



Landtag von Baden-Württemberg

136. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Montag, 14. Dezember 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 14:00 Uhr

Schluss: 17:51 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	8469
Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 13. Dezember 2020	
und Aussprache.	8469
Ministerpräsident Winfried Kretschmann.	8469, 8491
Abg. Andreas Stoch SPD	8473, 8497
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE.	8477, 8502
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	8480, 8504
Abg. Bernd Gögel AfD.	8483, 8499
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	8487, 8501
Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos).	8490
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	8490
Beschluss.	8506
Abg. Udo Stein AfD (zur Abstimmung).	8506
Nächste Sitzung	8507

Protokoll

über die 136. Sitzung vom 14. Dezember 2020

Beginn: 14:00 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 136. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg. Ich danke Ihnen, dass wir aus aktuellem Anlass so kurzfristig zu dieser Sondersitzung zusammenkommen können.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Boser, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Kenner, Herr Abg. Klos, Herr Abg. Maier, Herr Abg. Nelius, Frau Abg. Seemann, Herr Abg. Stächele, Herr Abg. Dr. Weirauch und Frau Abg. Zimmer.

Seitens der Regierung haben sich aus dienstlichen Gründen entschuldigt Frau Staatssekretärin Dr. Splett und ab 15:45 Uhr Frau Ministerin Dr. Eisenmann. Außerdem sind entschuldigt Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut sowie Frau Staatssekretärin Mielich.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der heutigen Tagesordnung auf:

Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Corona-Pandemie am 13. Dezember 2020

und Aussprache

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Grüß Gott, Pol Pot! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Habe ich das richtig gehört?)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Lage ist ernst, sehr ernst. Wir verzeichnen einen Höchststand an Neuinfektionen und einen Höchststand an Verstorbenen. Das exponentielle Wachstum ist zurück, das Virus ist stärker denn je.

In den letzten Wochen ist die Zahl der Neuinfizierten hochgeschwollen. In den letzten sieben Tagen haben sich allein in Baden-Württemberg 20 000 Menschen mit dem Virus angesteckt; bundesweit waren es fast 150 000. Die Sieben-Tage-Inzidenz steigt täglich. Sie liegt derzeit in Baden-Württemberg bei 187, bundesweit bei 176. Am Freitag sind in Deutschland fast 600 Menschen an und mit dem Virus verstorben – ein trauriger Höchststand.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „An“ oder „mit“? Das ist wichtig, Herr Ministerpräsident!)

Auch die Lage in den Krankenhäusern spitzt sich immer mehr zu.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben das Recht, ab und zu einmal Zwischenrufe zu machen. Aber Zwischenrufe – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe ja noch gar nicht begonnen!)

– Moment! Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben nicht das Recht, die Sitzung dauernd zu stören. Wenn Sie ständig dazwischenrufen, sind das keine Zwischenrufe mehr, sondern Dauerrufe, und dann gibt es andere Ordnungsmaßnahmen.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was heißt „ständig“?)

– Sie sind jetzt ruhig, bitte.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf: Herr Fiechtner, bei Ihnen werden wir das auch machen!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Auch die Lage in den Krankenhäusern spitzt sich immer mehr zu. Ich bin in ständigem Austausch mit Ärzten aus den Kliniken.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das stimmt gar nicht! Das ist falsch!)

Und was ich dabei zu hören bekomme, macht mir große Sorgen. Allein bei uns in Baden-Württemberg werden gerade 2 000 Covid-19-Patienten in den Krankenhäusern behandelt, 500 davon auf den Intensivstationen – so viele wie nie zuvor, Tendenz steigend.

An der Universitätsklinik Heidelberg etwa sind die Intensivkapazitäten zu fast 90 % ausgelastet, und auch in anderen Kliniken ist die Lage angespannt. Ärzte und Pflegepersonal auf den Intensivstationen sind an ihrer Belastungsgrenze.

(Zuruf: Ha, ha, ha! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Dazu kommt, dass sich wegen der steigenden Infektionszahlen auch immer mehr Klinikmitarbeiter mit dem Virus anstecken

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Märchenstunde, oder wie?)

und damit ausfallen.

(Zuruf: Das ist doch nicht wahr!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

So sind gerade in der Uniklinik Freiburg 5 % bis 10 % der getesteten Mitarbeiter positiv.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, Herr Dr. Fiechtner, und Sie brauchen sich auch gar nicht darum zu bemühen. Ich werde Zwischenfragen von Ihnen generell nicht beantworten.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Weil Sie keine Argumente haben! Weil Sie generell überhaupt gar keine Antwort hätten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Einen Moment, Herr Ministerpräsident! – Herr Abg. Dr. Fiechtner, erstens haben Sie vorhin den Ausdruck gebraucht: „Grüß Gott, Pol Pot!“ Dafür bekommen Sie einen Ordnungsruf.

Zum Zweiten: Wenn Sie weiterhin so stören, bekommen Sie den nächsten Ordnungsruf; und es geht noch weiter, wenn man weiterhin stört.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wunderbar!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ansonsten würde ich vorschlagen, dass ich in der zweiten Runde hinausgehe, damit Sie gern Ihre Fragen an mich stellen können, die ich dann auch gern beantworte.

Bereits jetzt werden fast alle ohne größeres Risiko für die Patienten verschiebbaren sogenannten elektiven Operationen verschoben, um die Kliniken zu entlasten. Aber natürlich haben auch diese Patienten ein Recht auf die Behandlung ihrer Leiden. Bei alledem müssen wir auch sehen: Es trifft längst nicht nur die Alten. Das Durchschnittsalter der intensiv beatmeten Patienten liegt etwa in der Uniklinik Freiburg bei nur 58 Jahren.

(Zuruf: Das ist Freiburg!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit den differenzierten Verschärfungen, die wir Anfang November beschlossen hatten, konnten wir für einige Zeit den exponentiellen Anstieg der Zahl der Neuinfektionen stoppen

(Zuruf: Krachend gescheitert!)

und das Infektionsgeschehen in eine Seitwärtsbewegung bringen. Das Ziel, unser Gesundheitssystem vor einer Überlastung zu schützen, hatten wir damit erreicht. Allerdings ist es nicht gelungen, mit diesen Maßnahmen die Infektionszahlen deutlich herunterzudrücken.

Nun sehen wir erneut einen massiven Anstieg; deshalb müssen wir jetzt weitere einschneidende Maßnahmen ergreifen und das öffentliche Leben radikal herunterfahren, um die Zahl der Neuinfektionen drastisch zu senken. Nur so können wir die Kontrolle über das Virus zurückgewinnen; denn erst bei einer Sieben-Tage-Inzidenz unter 50 sind die Gesundheitsämter wieder in der Lage, alle Kontakte nachzuverfolgen und die Infektionsketten zu brechen.

Tatsache ist aber: Ein kleines Feuer kann man schnell löschen, einen Flächenbrand dagegen nur sehr schwer. Deshalb hat meine Landesregierung am vergangenen Freitag landesweite Ausgangsbeschränkungen beschlossen, und deshalb haben die Bundeskanzlerin, meine Länderkollegen und ich uns gestern erneut beraten. Dabei waren wir uns einig: Die Lage ist bitterernst. Wir müssen die Kontrolle über das Virus zurückgewinnen. Das schaffen wir aber nur, wenn wir jetzt noch entschiedener handeln.

(Beifall – Zurufe)

Anders geht es nicht. Deswegen haben wir gemeinsam und sehr einmütig entschieden: Wir fahren das ganze Land herunter, und zwar konsequent.

(Zurufe, u. a.: An die Wand, meinen Sie!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, folgende Beschlüsse haben wir im Einzelnen gefasst – sie gelten erst einmal bis zum 10. Januar 2021 –:

Erstens: Die Kontaktbeschränkungen werden aufrechterhalten. Das heißt, es dürfen sich weiterhin maximal fünf Personen aus zwei Haushalten treffen. Kinder bis 14 Jahre können dazukommen. Für Familien werden wir für die Weihnachtstage, das heißt für den – nochmals verkürzten – Zeitraum vom 24. bis 26. Dezember, eine zusätzliche Option schaffen. Möglich sind danach auch Treffen mit maximal vier Personen, die nicht zum eigenen Hausstand, aber zum engsten Familienkreis gehören. Dazu gehören Ehegatten, Lebenspartner sowie Verwandte in gerader Linie, Geschwister, Geschwisterkinder, auch wenn dies mehr als zwei Hausstände bedeutet. Auch hier werden dazugehörige Kinder bis zum 14. Lebensjahr nicht mitgezählt.

(Zuruf: Mann, Mann, Mann!)

So wollen wir sicherstellen, dass Weihnachten zumindest im engsten Kreis gemeinsam gefeiert werden kann und dass niemand durch unsere Regelungen gezwungen wird, an Weihnachten allein zu sein.

(Zuruf)

Um das zu ermöglichen, werden die nächtlichen Ausgangsbeschränkungen für diesen Zweck nicht angewandt.

(Zurufe)

Aber machen wir uns nichts vor: Weihnachten wird in diesem Jahr trotzdem ganz anders als sonst. So manche Gewohnheiten und Rituale, die uns viel bedeuten, werden in diesem Jahr nicht möglich sein. Gläubige leiden unter den Beschränkungen in den Kirchen. Das macht uns auch alle zusammen traurig, aber es ist, wie es ist.

Die Alternativen wären das Gegenteil einer frohen Botschaft. Ein normales Weihnachten in diesem Jahr würde kurz danach in den Gesundheitsnotstand führen. Wir sehen, was Thanksgiving in den USA angerichtet hat. Deshalb sind all diese Einschränkungen in unserem ureigenen Interesse, auch wenn sie uns alle schmerzen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Nun zum zweiten Punkt: Der Einzelhandel wird ab dem 16. Dezember 2020 bis zum 10. Januar 2021 mit Ausnahme etwa von Lebensmittelgeschäften, Apotheken, Banken und Geschäften des dringenden Alltagsbedarfs geschlossen. Ebenso werden Dienstleistungsbetriebe im Bereich der Körperpflege wie etwa Friseursalons geschlossen. Kosmetikstudios und weitere körpernahe Dienstleistungen waren bei uns in Baden-Württemberg bereits geschlossen und bleiben es auch. Medizinisch notwendige Behandlungen wie etwa Physio- und Ergotherapie, Logopädie oder medizinische Fußpflege bleiben weiter möglich.

Meine Damen und Herren, diese Schließungen sind ein harter Schlag für die betroffenen Unternehmen. Das gilt ganz besonders für den Einzelhandel, für den das Geschäft vor Weihnachten traditionell besonders wichtig ist. Deshalb kann ich die Frustration und das Ungehaltensein vieler Betroffener gut verstehen. Wir haben in dieser Lage aber keine andere Wahl. Wir müssen jetzt die Kontakte radikal herunterdrücken, um das Virus wieder unter Kontrolle zu bekommen. Denn bei so hohen Infektionszahlen –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stein zu?

(Zurufe, u. a.: Nein!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Denn bei so hohen Infektionszahlen greifen auch die besten Hygienekonzepte nicht mehr. Ich versichere Ihnen aber: Wir versuchen nach Kräften, den wirtschaftlichen Schaden abzumildern, eine Insolvenzwelle zu verhindern und Existenzen zu sichern.

Dafür wird die Überbrückungshilfe III des Bundes für die Unternehmen, die direkt oder indirekt von den Schließungen betroffen sind, verbessert. Die Höhe des monatlichen Zuschusses wird auf maximal 500 000 € erhöht. Zudem soll es Abschlagszahlungen ähnlich wie bei den Novemberhilfen geben. Darüber hinaus wird es unbürokratische Teilabschreibungen von Waren geben, die durch die Schließung an Wert verlieren.

Wir stehen hinter unseren Unternehmen. Aber gesamtwirtschaftlich betrachtet ist es besser, jetzt in den Lockdown zu gehen. Wenn wir die Pandemie nicht unter Kontrolle bekommen, sind auf Dauer die wirtschaftlichen Schäden sehr viel größer.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Das sagen uns auch zahlreiche Ökonomen und Wirtschaftsexperten.

(Beifall)

Drittens: Die Schulen und Kitas in Baden-Württemberg werden vorzeitig schon am 16. Dezember geschlossen. Für Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen wird Fernunterricht angeboten. Für Kindergartenkinder und Schüler bis Klasse 7, deren Eltern an ihrem Arbeitsplatz unabkömmlich sind, wird es eine Notbetreuung geben, die von den Schulen bzw. den Kitaträgern organisiert wird. Wir appellieren an die Eltern, auf die Notbetreuung zu verzichten, wenn das möglich ist, um die Kontakte so weit wie möglich zu reduzieren.

Dabei geht es jetzt auch darum, die Lehrkräfte und Erzieherinnen so weit wie möglich aus dem Infektionsgeschehen zu nehmen, damit sich die Kontakte reduzieren.

Viertens: Der Verkauf von Pyrotechnik vor Silvester wird verboten, damit nicht durch Feuerwerk Verletzte die Krankenhäuser noch zusätzlich belasten.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sollen die das klauen, oder wie?)

Natürlich gelten bei uns in Baden-Württemberg die derzeitigen Ausgangsbeschränkungen auch in der Silvesternacht.

Fünftens: Wir appellieren eindringlich und mit Nachdruck an alle Arbeitgeber, die Betriebsstätten, soweit möglich, entweder durch Betriebsferien oder durch großzügige Homeoffice-Lösungen vom 16. Dezember bis zum 10. Januar zu schließen.

Sechstens: Die Lieferung und Abholung von Speisen bleiben weiter möglich. Der gemeinsame Konsum von alkoholischen Getränken im öffentlichen Raum wird nun bundesweit untersagt – so, wie es in Baden-Württemberg bereits gilt.

Siebtens: Zu den Einschränkungen im religiösen Bereich werde ich mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften weiter in engem Kontakt bleiben, um geeignete Regeln abzustimmen. In jedem Fall werden für Gottesdienste und Zusammenkünfte von Glaubensgemeinschaften Maskenpflicht und ein Mindestabstand von 1,5 m gelten. Der Gemeindegesang wird untersagt. Wo volle Kirchen zu erwarten sind, muss man sich vorher anmelden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Absurd!)

Das sind sozusagen Mindestregelungen. Weitere Einschränkungen werden mit den Kirchen besprochen. Das habe ich im Übrigen schon gemacht, und jetzt wird dies noch einmal besprochen, um zu sehen, was dann insgesamt das Ergebnis sein wird.

Achtens: Um den bestmöglichen Schutz in den Alten- und Pflegeheimen zu ermöglichen, werden Testungen des Pflegepersonals mehrmals pro Woche verpflichtend eingeführt. Das gilt auch für das Personal von mobilen Pflegediensten.

Neuntens: Bund und Länder verfolgen weiterhin eine Hotspot-Strategie, die in Baden-Württemberg aber wegen der hohen Infektionszahlen bereits landesweit umgesetzt ist.

Zehntens: Wir appellieren eindringlich an alle, bis zum 10. Januar auf nicht notwendige Reisen zu verzichten. Wer aus einem ausländischen Risikogebiet einreist, muss zehn Tage in Quarantäne gehen. Diese Quarantäne kann durch einen negativen Test, der frühestens am fünften Tag nach der Einreise gemacht wurde, beendet werden.

Meine Damen und Herren, am 5. Januar werden sich die Länderchefs erneut mit der Kanzlerin über das weitere Vorgehen im Kampf gegen das Virus beraten. Eines kann ich Ihnen heute allerdings schon sagen: Wenn die Zahlen bis dahin nicht deutlich heruntergehen, brauchen wir auch danach drastische Einschränkungen,

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sollen wir alle wegsperren? – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: So ein Quatsch!)

um das Leben und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu schützen. Die Zielmarke ist und bleibt die Sieben-Tage-Inzidenz von 50. Denn nur dann können die Gesundheitsämter die Infektionsketten wieder richtig nachverfolgen und können wir die Kontrolle über die Pandemie zurückgewinnen.

Wir müssen uns nämlich immer wieder vor Augen führen: Wenn die Infektionszahlen so hoch sind, dass die Kontakte nicht mehr umfänglich nachverfolgt werden, ist die Dunkelziffer derer, die andere anstecken, weil sie asymptomatisch infiziert sind,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die gibt's doch gar nicht!)

sehr hoch.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die gibt es nicht!)

Schätzungen gehen bis zum Drei- bis Fünffachen der gemeldeten Zahlen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Erzählen Sie doch keine Märchen!)

Deswegen ist das Senken dieser Zahlen von grundlegender Bedeutung, um die Kontrolle über die Pandemie zurückzugewinnen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Maßnahmen sind einschneidend. Sie greifen tief in unseren Alltag ein, beschränken unsere Freiheitsrechte und beeinträchtigen Wirtschaft, Bildung, Kultur und viele andere Bereiche der Gesellschaft.

Aber es geht in dieser bitterernsten Lage nicht anders. Das Virus lebt von Kontakten, und deshalb müssen wir unsere Kontakte jetzt, so gut es geht, einschränken.

(Zuruf)

Schaden vom Volk abzuwehren ist meine Pflicht als Ministerpräsident und ist die Pflicht aller Ministerinnen und Minister. Das haben sie und ich in einem Amtseid geschworen, und das gilt in dieser Pandemie umso mehr.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie haben den Pol-Pot-Vorwurf gehört!)

Für mich und alle anderen in dieser Regierung stehen das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung an erster Stelle. Ich bin überzeugt: Wir können es als aufgeklärte Gesellschaft nicht hinnehmen, dass täglich Hunderte Menschen durch das Virus sterben.

(Beifall – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das stimmt doch gar nicht!)

Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Menschen 40, 70 oder 85 Jahre alt sind. Der Schutz des Lebens steht über allem. Hier geht es um die Würde jedes Einzelnen, aber es geht auch um die Würde unserer Gesellschaft. Wir alle haben jetzt gemeinsam die Aufgabe und die Pflicht, Gesundheit und Leben zu schützen – und ich bin überzeugt: Wir haben auch die Kraft dazu.

Das gilt umso mehr, als es neben all den Hiobsbotschaften auch Zeichen der Hoffnung gibt. Wissenschaftler haben in kürzester Zeit wirkungsvolle Impfstoffe entwickelt.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Auch das stimmt nicht!)

Das ist der Schlüssel zur schrittweisen Rückkehr zum normalen Leben,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Erzählen Sie keine Märchen!)

und es zeigt: Es gibt ein Licht am Ende des langen, dunklen Tunnels.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Fake News!)

Meine Landesregierung tut alles dafür – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, nachdem die Ermahnungen nicht reichen – das ist nun die letzte Ermahnung –: Wenn Sie weiterhin dauernd stören, wenn Sie den Parlamentsbetrieb aufhalten und ihn stören, dann muss ich Sie ausschließen. Das ist die letzte Ermahnung.

(Beifall)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Meine Landesregierung tut alles dafür, dass wir mit dem Impfen loslegen können, sobald der erste Impfstoff genehmigt und da ist. Ich habe Ihnen ja in meiner letzten Regierungsinformation die Impfstrategie der Landesregierung vorgestellt,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

und ich kann Ihnen heute vermelden: Die Vorbereitungen laufen nach Plan. In wenigen Tagen sind die zentralen Impfzentren startklar. Und auch vor Ort, in den Stadt- und Landkreisen, werden unter Hochdruck Impfzentren errichtet.

Dabei hat mich besonders beeindruckt, wie viele Menschen aus dem ganzen Land freiwillig anpacken. Es haben sich bereits über 5 000 Ärztinnen und Ärzte, Pflegekräfte und Helfer bereit erklärt,

(Zuruf)

uns bei der landesweiten Impfoffensive tatkräftig zu unterstützen. Täglich bekommen wir Anrufe und E-Mails von Freiwilligen, die mithelfen wollen. Das, meine Damen und Herren, ist gelebter Zusammenhalt; das ist unser Baden-Württemberg, und darauf können wir stolz sein. Darauf können wir bauen.

(Beifall)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich danke allen, die ihren Beitrag dazu leisten, dass wir mit dem Impfen von Tag 1 an loslegen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Maßnahmen, die wir beschlossen haben, sind drastisch. Aber ob diese Maßnahmen wirken, wie stark sie wirken und wie schnell, hängt von jedem und jeder von uns ab. Es liegt in unserer Hand, ob wir die Kontrolle über das Virus in den nächsten Wochen zurückgewinnen können.

(Abg. Udo Stein AfD: Genauso wenig wie im Sommer!)

Ich bitte daher die Bürgerinnen und Bürger eindringlich: Bleiben Sie zu Hause, wann immer es geht. Beschränken Sie Ihre Kontakte auf das Allernötigste. Beachten Sie die AHA-Regeln – Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmasken tragen. Lüften Sie regelmäßig, nutzen Sie die Corona-Warn-App, arbeiten Sie, wann immer möglich, zu Hause, und vermeiden Sie nicht notwendige Fahrten mit dem ÖPNV.

Suchen Sie auch bitte nicht nach jeder Lücke, sondern schließen Sie die Lücke selbst, aus eigener Einsicht. Wir sind jetzt alle gefordert, unseren Beitrag zu leisten, aus Solidarität mit den Pflegekräften sowie den Ärztinnen und Ärzten, die am Rande der Erschöpfung um das Leben ihrer Patienten auf den Intensivstationen kämpfen, aus Verantwortung gegenüber unseren Mitmenschen, deren Gesundheit auch von unserem Verhalten abhängt, aber auch aus purem Eigennutz; denn je geringer die Zahl der Infizierten, desto geringer die Gefahr, dass wir uns selbst anstecken, erkranken und möglicherweise sterben.

(Oh-Rufe von der AfD – Zurufe, u. a.: Sterben müssen wir alle!)

Es liegt an unser aller Verhalten, ob wir die Ausbreitung des Virus stoppen und Gesundheit und Leben von allen schützen können. Das Virus ist stark. Wir müssen jetzt zeigen: Wir sind stärker.

Wenn wir uns an die Maßnahmen halten, stärken wir uns und schwächen das Virus. Im Frühjahr ist es uns durch eine große gemeinsame Kraftanstrengung gelungen, die Kontrolle über das Virus zurückzugewinnen. Ich bin mir sicher, es wird uns auch erneut gelingen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungsinformation haben die Fraktionen eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion vereinbart.

In der Aussprache erteile ich nun das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Tatsache, dass wir heute, an einem Montag, erneut in einer Sondersitzung dieses Landtags über die Coronapandemie diskutieren, ist ein weiterer Beleg dafür, wie dramatisch die Situation in unserem Land ist. Die Infektionszahlen steigen weiter, ebenso wie die Zahl der an oder

mit Covid-19 verstorbenen Menschen. Es besteht ganz konkret die Gefahr, dass die Behandlungskapazitäten in unseren Kliniken bereits in Bälde nicht mehr ausreichen.

Wenn wir es ernst meinen mit unserer Überzeugung, dass wir alles dafür tun müssen, dass in den nächsten Wochen nicht weiter mehrere Hundert Menschen pro Tag sterben, dann müssen wir jetzt handeln, und zwar mit aller Entschlossenheit;

(Beifall)

dann müssen wir feststellen, dass die Ende Oktober beschlossenen Maßnahmen nicht ausreichend und in Teilen wohl auch nicht geeignet waren, die Infektionswelle zu brechen; dann muss jetzt gehandelt werden.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle vorwegschicken: Die Auflagen und Einschränkungen, welche die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vereinbart haben, halten wir für richtig und zwangsläufig notwendig. Wir halten sie sogar für dringend nötig und angesichts der dramatischen Zahlen in vielen Kliniken unseres Landes für unausweichlich.

Wir müssen das Infektionsgeschehen bremsen – dringend, schnell und sehr deutlich. Wenn es nicht reicht, vom Gas zu gehen, muss man bremsen. Wenn das nicht reicht, braucht es eine Vollbremsung, eine Notbremsung. Darüber sind sich alle einig, die in der Lage sind, die Nachrichten aus der Medizin zu begreifen.

(Zuruf)

Ja, die SPD unterstützt diese Maßnahmen. Wir halten sie für notwendig, um eine noch schlimmere Lage zu verhindern. Aber ich habe Ihnen von der Landesregierung schon noch mehr zu sagen. Denn so froh ich bin, dass sich auch diese Landesregierung endlich von bestimmten Fakten hat überzeugen lassen, so sehr muss ich beklagen, wie lange es gedauert hat, wie störrisch man sich an Konzepte klammerte, die ganz offensichtlich schon lange gescheitert waren, und wie lähmend sich der Streit und die Profilierungssucht in dieser angebliehen Komplementärkoalition auf die Suche nach wirklichen Lösungen ausgewirkt haben.

(Beifall)

Wir haben in diesem Haus im November mehrfach über das Thema Corona und die notwendigen Maßnahmen diskutiert. Ich habe bereits am 24. November, einen Monat vor Heiligabend, deutlich gemacht, dass gehandelt werden muss. Politiker und Medien hatten damals nur noch ein Thema – wir erinnern uns –: Wie groß darf die Weihnachtsfeier sein? Wer darf wie Glühwein trinken? Wer darf wo an Silvester mit Böllern werfen? Es gab scheinbar kein wichtigeres Thema.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe damals nicht nur kritisiert, dass diese Debatten völlig abwegig waren und eine Zumutung für alle Menschen, die Corona bis an ihre Grenzen bringt, ich habe auch angemahnt, sich die Infektionslage anzusehen und zu bemerken, dass wir uns Lockersagen zu Weihnachten sozusagen gar nicht mehr zusammensparen können. Das gaben die Werte schon damals nicht her.

Ich erinnere mich noch an einen Ministerpräsidenten, der an dieser Stelle auf die von mir geäußerten Zweifel an den Lo-

(Andreas Stoch)

ckerungen zu Weihnachten glaubte darlegen zu müssen, dass das Weihnachtsfest verfassungsrechtlich geschützt sei – als ob irgendjemand in diesem Land die Abschaffung von Weihnachten gefordert hätte. Ich habe in der Verfassung nachgeschaut, Herr Ministerpräsident. Schon damals stand dort nirgends, dass Weihnachten nur dann stattfinden könne, wenn bis zu zehn Personen aus beliebig vielen Haushalten zusammen feiern können. Auch in der Bibel habe ich gesucht – Fehlanzeige.

Ich habe damals deutlich gemacht, dass ich in diesen Lockerungen eine verfehlte Signalwirkung sehe, die sich böse rächen könnte. Warum denn nicht, so wie jetzt geschehen, die Menschen auffordern, nur im engsten Familienkreis zu feiern? Das war meine Frage. Ich habe dann gehört, ich sei ein Panikmacher. Man hat darüber gespottet, die SPD wolle endlich etwas gegen ihre zu hohen Umfragewerte tun. Leute, die es besser mit mir meinten, machten sich Sorgen: Diese Lockerungen als zu weitgehend zu kritisieren sei doch politischer Selbstmord. – Nein, das war es nicht.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage der – –

Abg. Andreas Stoch SPD: Es war einfach nur die Wahrheit, und man konnte sie klipp und klar erkennen, wenn man den Kopf aus dem Sand zog und die Zahlen anschaute, die jeder überall anschauen kann, jeden Tag, auch heute, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Stoch, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Lindlohr zu?

Abg. Andreas Stoch SPD: Ich möchte meine Rede gern im Zusammenhang vortragen. Danke.

Ich kann verstehen, dass man sich ein Weihnachtsfest ohne Corona wünscht. Auch ich tue das. Aber wenn man Wunsch und Wirklichkeit nicht auseinanderhalten kann, dann hat man ein Problem in der Politik. Wir haben jetzt so gut wie keine Lockerungen mehr an Weihnachten, nur vom 24. bis zum 26. Dezember noch ein bisschen; an Silvester nicht mehr. Und wir erkennen, wie weltfremd die Versprechen von Böllern und Glühwein im November waren.

Es ist klar, dass diese Einschränkungen heftig sind, und es ist klar, dass diese bittere Pille niemandem im Land schmecken wird, aber es ist eben leider nötig.

Ich wage aber schon die Frage, ob es uns allen nicht leichter gefallen wäre, wenn man auf die Pläne für Lockerungen nicht von Anfang an verzichtet hätte, wenn man nicht groß versprochen hätte, was man nicht halten kann. Und ich wage die Frage: Wäre es nicht viel besser gewesen, sich nicht so lange, so überaus lange nur an das Prinzip Hoffnung zu klammern? Wäre es nicht besser gewesen, schneller und beherzter zu handeln, um dann vielleicht auch schneller wieder bessere Zahlen zu haben? Wäre das nicht die berechtigtere Hoffnung gewesen?

Stattdessen wurde gehofft, dass sich das Virus irgendwie von ganz allein aus dem Staub macht, wie man das seit dem Frühjahr gehofft hat: Nach Pfingsten ist es weg, nach den Sommer-

ferien, im Herbst, vielleicht ist es ja an Weihnachten weg. Das war die Hoffnung. Sie war verständlich und herzensgut, aber grottenfalsch. Man hing ihr immer wieder an – und das war eben keine lässliche Sünde.

Was das verkrampte Festklammern an dieser Hoffnung in Verbindung mit dem Glauben an unterkomplexe Lösungen so angerichtet hat, sehen wir doch am besten an den Schulen in unserem Land. Im Frühjahr, als die Pandemie noch neu war, hörte man noch auf Experten und Wissenschaftler. Da kamen Virologen in den Nachrichten und nicht die Bewerber um den CDU-Vorsitz. Da zeigten die Kameras Krankenhäuser und nicht jeden verblendeten Coronaleugner, der eine Fahne halten kann.

(Zurufe)

Damals hat man Schulen und Kitas geschlossen: pauschal, komplett, ohne Unterscheidung, was – das ist richtig – aus epidemiologischer Sicht die reine Lehre ist.

(Zuruf)

Doch die Politik muss eben abwägen zwischen der reinen Lehre und der Notwendigkeit, dieses Land am Laufen zu halten. Sie muss einen Weg wählen zwischen der Aufgabe, die Pandemie zu bekämpfen, und der Aufgabe, Hunderttausenden jungen Menschen ihre Bildung zu garantieren, Betreuung sicherzustellen und vor allem für Chancengleichheit zu sorgen.

Im Frühjahr haben wir die pauschalen Schließungen kritisiert, und wir hatten zu Pfingsten ein Konzept vorgestellt, das wir das „krisenfeste Klassenzimmer“ genannt haben. Es ging ausdrücklich um Wege, wie wir in einer Krise, während einer Pandemie und mit diesem Virus Bildung gestalten können, gerade in Zeiten einer zweiten Welle, um die Unterscheidung zwischen älteren und jüngeren Schülerinnen und Schülern, um einen Mittelweg zwischen Präsenz und Fernunterricht und auch um angemessene Lösungen für Kitas und Kindergärten. An Pfingsten hat das niemanden so recht interessiert, scheint mir. Lehrer ja, Schüler auch, und auch die Eltern. Wir sind mit diesem Konzept unterwegs – aber die Landesregierung, vor allem die Kultusministerin? Die Zahlen gingen doch runter.

Und eine Studie hat ergeben, dass kleine Kinder angeblich nicht die großen Infektionstreiber sind. Also schummelte man sich noch bis zum Ende des Schuljahrs durch, und nach den Sommerferien kam man dann mit einer neuen Erkenntnis: Augen zu und Fenster auf. Und die Schule bleibt auf jeden Fall offen – für alle Klassenstufen; koste es, was es wolle.

(Zuruf)

Studien, die längst belegt hatten, dass Kinder und Jugendliche ebenfalls Träger und damit Überträger des Virus sein können, wurden offensichtlich ignoriert. Am 18. November – ich habe die Pressemitteilung da – hatten wir Sie aufgefordert, den Schulen zu ermöglichen, angesichts der stark gestiegenen Infektionszahlen auf alternative Konzepte auszuweichen,

(Zuruf: So ein Quatsch!)

um eben komplette Schulschließungen zu verhindern. Wir haben damals gesagt: So wie jetzt, fahren Sie mit 180 – Ent-

(Andreas Stoch)

schuldigung, Herr Kollege Untersteller, bei Ihnen müssen wir die Messtoleranz noch abziehen –

(Heiterkeit)

gegen die Wand.

Und als die Experten sich immer lauter meldeten, hatte die Kultusministerin auch schon mal die Nerven, letzte Woche eine ganze Wissenschaftsakademie wie die Leopoldina abzukanzeln – diese sei nicht auf der Höhe der Zeit. Wer glaubt, in diesen Zeiten Wissenschaftsbashing betreiben zu können, in denen es doch darauf ankommt, den wissenschaftsbasierten gesellschaftlichen Konsens zu bewahren,

(Zurufe)

Frau Eisenmann, der handelt unverantwortlich.

(Beifall – Zuruf)

Wo waren denn der Schutz und die Fürsorgepflicht gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften? Keine Masken, keine Luftfilter, die man in den Monaten seit März auf ihre Wirksamkeit hätte prüfen können. Frau Eisenmann, seit März warten die Schulen auf Ihre Unterstützung. Seit März arbeiten die Schulen an und über der Belastungsgrenze. Wo sind Ihre Pläne und Strategien für den verantwortlichen Umgang mit dem Virus bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Betriebs an Schulen und Kitas?

Wenn jemand nicht auf der Höhe der Zeit ist, dann ist es die Kultusministerin Frau Eisenmann.

(Beifall)

Und, Herr Ministerpräsident, ich kann Sie da nicht außen vor lassen. Sie tragen Verantwortung für die Arbeit Ihrer Kabinettsmitglieder. Sie sind mitverantwortlich dafür, dass wir seit März an den Schulen eine Situation haben, in der sich viele Menschen alleingelassen fühlen mit dieser herausfordernden Situation. Dies ist eine Verantwortung von Grünen und CDU in dieser Regierung, die keine verantwortliche Bildungspolitik betreibt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall – Zuruf)

Wer glaubt, sich in diesen Zeiten auf seinen Wahlkampf und nicht auf seine Verantwortung – –

(Zurufe – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! – Herr Abg. Stoch, warten Sie bitte. – Meine Damen und Herren! – Die Uhr habe ich im Blick.

(Zuruf)

Herr Abg. Stoch hat das Wort, und es wäre nett, wenn Sie sich etwas mäßigen würden. Vielen Dank.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das Wort ja, aber nicht das Schreien!)

Abg. Andreas Stoch SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Zimmermann, das gilt auch für Sie, bitte.

Abg. Andreas Stoch SPD: Wer glaubt, sich in diesen Zeiten auf seinen Wahlkampf und nicht auf seine Verantwortung gegenüber den Menschen konzentrieren zu müssen,

(Zurufe – Unruhe)

der ist in einer Regierung fehl am Platze. Was Ihnen wichtig ist, kann man ja auch daraus ablesen, dass wohl am 11. Dezember in einer Kabinettsitzung zur Vorbereitung der Ministerpräsidentenkonferenz die Kultusministerin nicht anwesend war

(Zuruf: Sie war in Berlin!)

und stattdessen in Hintergrundgesprächen mit Journalisten zusammensaß. So sieht also die Prioritätensetzung in einer Krise aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf)

Wir können doch quer durch den Kabinettsgarten weitermachen. Erst jetzt lese ich in den Maßnahmen echte Schritte zur Sicherung unserer Alten- und Pflegeheime, ihrer Bewohnerinnen und Bewohner, ihrer Belegschaften. Jetzt, erst jetzt hat man den Eindruck, dass der Staat seine Verantwortung für diese Heime wahrnehmen will, so wie wir es seit Langem in mehreren Entschließungsanträgen hier in diesem Haus gefordert haben. Aber ich will mich gar nicht daran erinnern, wie lange und störrisch Sozialminister Lucha immer wieder so tat, als gingen ihn Pflegeeinrichtungen nichts an, als sei Corona dort quasi Privatsache. Viel zu lange waren diese Einrichtungen und die Kliniken bei der Beschaffung von Schutzkleidung oder bei der Organisation von Tests für die Beschäftigten sowie ihre Bewohnerinnen und Bewohner auf sich allein gestellt.

Vieles hat zu lange gedauert in diesem Land – viel zu lange. Wir haben deswegen wertvolle Zeit verloren, aber auch wertvolles Vertrauen der Menschen in diesem Land.

Und über das unsägliche Chaos mit dem Beginn der Weihnachtsferien brauche ich nichts mehr zu sagen, denke ich. Das war ein peinlicher Hickhack der ganz traurigen Spitzenklasse. So etwas darf nicht passieren, schon gar nicht drei Mal vor und zwei Mal zurück.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Virus fordert, dass wir Konsequenzen ziehen; Konsequenzen wie die deutlich beherzteren Schritte, die nun endlich folgen, nachdem wir das Scheitern des sogenannten „Lockdowns light“ seit mehr als zwei Wochen immer deutlicher erkennen können.

(Abg. Thomas Blenke CDU: War die Landesregierung daran beteiligt?)

Die Landesregierung sollte aber auch endlich Konsequenzen für ihre Arbeit ziehen. Kommen Sie aus dem Mus, wenn es um das Tempo Ihrer Entscheidungen geht. Und hoffen Sie nicht immer und immer wieder, dass die Zeit, die Sie sich gelassen haben, von den Menschen in Baden-Württemberg wieder hereingeholt wird. Würden Sie in Ihrer Koalition auch nur ein kleines bisschen weniger zaudern und streiten, dann müssten Sie Ihre Verordnungen nicht immer erst in der Nacht vor dem Inkrafttreten über das Land schicken, dann könnten sich alle Betroffenen ein klein wenig besser vorbereiten, gleich ob

(Andreas Stoch)

Friseur oder Bürgermeisterin, Schulleiter oder Nahverkehrsgesellschaft.

(Zuruf: Bürgermeister auch!)

Zweitens: Ändern Sie dringend die Paradigmen, an denen Sie Ihre Politik ausrichten. Alles, was wir uns aufbürden, tun wir, um das Virus zu bekämpfen. Und alles, was wir tun, muss dem Test standhalten, dass es auch wirksam ist, um dieses Virus zu bekämpfen. Es geht nicht um die Unterscheidung, Herr Ministerpräsident, was wir für gesellschaftlich wichtig halten und was wir für gesellschaftlich weniger wichtig halten. Wir müssen danach unterscheiden, ob die Maßnahmen gegen das Virus wirken oder nicht gegen das Virus wirken. Daran muss sich diese Politik orientieren, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Es geht dann eben nicht darum, was für die Politik leicht zu verordnen ist, sondern darum, was tatsächlich hilft. Es geht nicht darum, ob die Schulen pauschal auf oder pauschal geschlossen sind, sondern es geht um den meisten Unterricht mit dem geringsten Risiko. Das finden Sie nur auf einem Mittelweg.

Dass alles so schnell gehen muss, dass alles so unerwartet kam und so neu ist, das mag im Frühjahr 2020 gestimmt haben. Aber jetzt, im Winter 2020/2021, im Frühjahr 2021 kann das kein Argument mehr sein. Wir wissen, dass das Virus nicht über Nacht verschwindet, nicht in drei und nicht in vier Wochen. Wir sollten endlich damit aufhören, immer und immer wieder so zu tun, als müssten wir nicht weiter als auf die nächsten zwei bis drei Wochen blicken.

Vielleicht begreift die Landesregierung langsam, dass es nicht falsch war, dass wir eine Strategie für die zweite Welle gefordert haben. Vielleicht begreift sie dann auch, dass wir jetzt dringend anmahnen, nicht wieder nur bis zum 10. Januar zu planen. „Jetzt machen wir einen harten Lockdown, und dann gucken wir weiter“ – nein, bitte nicht schon wieder! Bitte endlich Strategien, die bis ins Frühjahr reichen und die die Infektionslagen mit Maßnahmen verbinden!

Wir alle wissen nicht, wie sich die aktuell beschlossenen Maßnahmen auf die Infektionszahlen auswirken werden, aber wir müssen den Menschen eine Perspektive geben, auf die sie zuarbeiten können: Was passiert, wenn wir eine bestimmte Inzidenz unterschreiten? Aber auch: Was passiert, wenn wir bestimmte Infektionssituationen mit noch steigenden Zahlen erleben? Wo sind hier die Antworten der Landesregierung, auf die die Menschen in diesem Land warten, meine sehr geehrten Damen und Herren? Das sind die Fragen, die Sie beantworten müssen.

(Beifall)

Wir haben in den letzten Wochen vieles von dem gefordert, was jetzt beschlossen wird, aber wir fordern Sie jetzt mit unserem heutigen Entschließungsantrag ganz konkret auf, für das neue Jahr eine Strategie, einen Plan vorzustellen und zu erarbeiten, mit dem wir den Menschen in Baden-Württemberg sagen können, wie es in den nächsten Wochen und Monaten weitergeht. Das brauchen die Menschen im Land: eine Perspektive und einen Plan – aber bitte nicht in der Art dieses

merkwürdigen Stufenplans aus dem September, der so weltfremd optimistisch war, dass er im Herbst binnen 14 Tagen Makulatur wurde.

Die Einschränkungen, die nun kommen und nötig sind, sind hart. Sie werden aber noch härter, wenn sie nicht verlässlich sind, nicht absehbar, wenn sie willkürlich wirken.

Und noch eine Konsequenz ist nötig: Harte Einschränkungen, wie sie jetzt nötig sind, brauchen eine solide gesetzgeberische Grundlage. Auch da hat diese Landesregierung in all den langen Monaten der Pandemie wenig dazugelernt. Da werden Ausgangsbeschränkungen – eine wirklich weitgehende Maßnahme, was die Grundrechte der Menschen angeht – im Kabinett beschlossen, als habe diese Regierung alle ihre Staatsrechtler in den Urlaub geschickt. Derart weitreichende Maßnahmen am Parlament vorbei zu beschließen ist nicht akzeptabel, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Eine letzte Konsequenz spreche ich hier noch zum Schluss an, weil sie vor allem Sache des Bundes ist und dort maßgeblich bei den Ministern Olaf Scholz und Hubertus Heil in guten Händen ist.

(Lachen)

Wenn wir als Allgemeinheit weitere Wochen und Monate Zigttausende Menschen an der Ausübung ihres Berufs hindern und hindern müssen, dann müssen wir als Allgemeinheit diesen Menschen auch weiter Hilfe zukommen lassen, damit diese Menschen ihre Arbeit nicht verlieren und ihre Existenzen nicht zerstört werden.

(Zuruf)

Wer jammert, das könne nicht ewig gehen, hat Volkswirtschaft nicht verstanden. Wenn wir jetzt nicht helfen, wird die Rechnung am Ende noch viel höher. Es geht um Existenzen, es geht um Firmen, um Arbeitsplätze, um den gesamten Kulturbetrieb in unserem Land. Sollte es Lücken geben, dann kann auch das Land hier einspringen.

Ich will das einmal in eine mathematische Gleichung gießen:

(Zuruf)

Wissenschaftliche Erkenntnis plus gesunder Menschenverstand

(Zurufe)

plus finanzielle Hilfen für Betroffene plus eine verantwortungsgeladene Abstimmung zwischen Regierung und Parlament ist gleich erfolgreiche Krisenbewältigung.

Das, was wir bei Ihnen erleben, ist: Wissenschaftliche Erkenntnis minus ständiger Streit zwischen Grünen und CDU minus falsche Zuständigkeiten innerhalb der Regierung minus Wahlkampfgetöse und Profilierungssucht minus Wissenschaftskritik à la Eisenmann, das ergibt erfolglose Krisenbewältigung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall – Unruhe)

(Andreas Stoch)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich bin kein Panikmacher. Jeder kann sehen, dass uns das Virus noch viele Monate beschäftigen wird. Es wird nicht im Januar verschwinden und auch nicht, wenn die Impfungen beginnen. Aber wir werden es eines Tages abhaken können. Bis dahin braucht dieses Land nicht nur schmerzhaft Einschnitte wie jetzt, sondern vor allem auch mutige Entscheidungen und kluge Strategien über den Tag hinaus. Nicht weniger als das ist es, was wir von dieser Landesregierung erwarten.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, bedanken – –

(Lachen – Zurufe, u. a.: Sehr gut! – Unruhe)

Präsidentin Muhterem Aras: Moment, Herr Abg. Schwarz, warten Sie bitte einmal. – Meine Damen und Herren, ich finde es einfach unerträglich,

(Zurufe, u. a.: Das stimmt! – Ich auch!)

dass man hier im Parlament alle paar Minuten um Ruhe bitten muss.

(Zurufe, u. a.: Wir auch!)

– Nein. Das geht jetzt an die gesamte AfD-Fraktion. Ich finde, es gebietet der Anstand, dass man dem Redner zuhört. Sie können ja einer völlig anderen Meinung sein, aber Zuhören gehört einfach dazu. Danke.

(Beifall)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich mich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, bedanken, dass Sie das Land beherzt, besonnen und entschlossen durch diese Krise führen.

(Beifall – Zuruf)

Sie orientieren sich am Kompass der Vernunft. So gelingt es trotz aller Unwägbarkeiten, die es in dieser Krise gibt, beharrlich auf einem klaren Kurs zu steuern. Das erzeugt Verlässlichkeit, das schafft Vertrauen. Denn Vertrauen brauchen wir in diesen Tagen. Das gibt auch Mut und Zuversicht.

Deswegen gehen die Vorwürfe des Kollegen Stoch ins Leere. Böller und Glühwein haben wir weder versprochen noch zugesagt.

(Zuruf: Das ist ja nicht wahr!)

Aber was wir zugesagt haben, Herr Kollege Stoch, ist, dass wir für die Weihnachtstage angemessene Regelungen finden, dass wir auch an die Familien denken, die getrennt voneinander leben, dass wir an Patchworkfamilien denken,

(Zuruf)

die nicht in einem Hausstand zusammenleben.

(Zuruf)

Diese angemessenen Regelungen, diesen Kurs der Verhältnismäßigkeit, den praktizieren wir jeden Tag. Darauf bin ich stolz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Ich danke dafür, dass die Landesregierung großen Wert darauf legt, das Parlament umgehend zu informieren. Das geschieht in der heutigen Sitzung. Das ist auch in Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden am Wochenende geschehen. Ich halte das für sehr wichtig.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ihren Vorwurf, es sei am Parlament vorbei gehandelt worden, den weise ich zurück. Denn wir haben gemeinsam, Baden-Württemberg als eines der ersten Bundesländer, ein Landes-Pandemiegesetz auf den Weg gebracht. Wir werden es in dieser Woche nochmals nachschärfen. Mit Sondersitzungen und mit Entschließungsanträgen untermauert das Parlament, dass es hinter den Maßnahmen der Regierung steht. Sie und die SPD mögen zwar nicht mitgestimmt haben, aber der Landtag hat mit seiner Mehrheit die Maßnahmen der Regierung immer gebilligt. Es ist ganz wichtig, das festzustellen, Herr Kollege Stoch.

(Beifall)

Der Ministerpräsident hat die Lage in seiner Rede sehr eindrücklich dargestellt. Dem schließe ich mich an. Wir haben im November von einer „Seitwärtsbewegung“ gesprochen. Die damals ergriffenen Maßnahmen haben das weitere Wachstum angehalten, aber sie waren nicht ausreichend, um das Virus zu stoppen. In den letzten Tagen zeigt sich, dass wir erneut einen exponentiellen Anstieg der Infiziertenzahlen erleben, der sich in einer Exponentialfunktion abbildet. Das klingt nüchtern, aber dahinter stecken Schicksale. In den letzten Wochen gab es in Deutschland mehr als 3 000 Tote durch das Coronavirus.

(Zuruf: Aha!)

Das sind historische Dimensionen.

(Zurufe)

Die Kliniken schlagen Alarm; viele Intensivbetten sind belegt; das Pflegepersonal ist Tag und Nacht im Einsatz – all das macht es notwendig, zu diesen harten Maßnahmen zu greifen.

In dieser dramatischen Lage haben wir das Richtige getan: Wir haben die Schnellbremsung eingeleitet. Aber was heißt Schnellbremsung? Der Zug kommt eben nicht unmittelbar zum Stehen. Ja, leider wird in den nächsten Tagen noch mit einer Steigerung der Fallzahlen zu rechnen sein.

Doch für uns in der grünen Landtagsfraktion ist klar: Jetzt kommt es auf jeden Tag an. Deswegen war es richtig, Herr Ministerpräsident, dass Sie sich gestern mit der Kanzlerin und Ihren Kolleginnen und Kollegen getroffen haben. Und es war richtig, dass Baden-Württemberg am Freitag weiter gehende Beschränkungen erlassen hat. Denn jeder Tag zählt, liebe Kol-

(Andreas Schwarz)

leginnen und Kollegen. Deswegen nochmals vielen Dank dafür, Herr Ministerpräsident, dass Sie so rechtzeitig und sehr entschlossen gehandelt haben.

(Beifall)

Herr Kollege Stoch, Sie haben Weihnachten angesprochen. Ich will es Ihnen noch einmal in Erinnerung rufen: Diese Landesregierung, vorneweg der Ministerpräsident, hat sehr frühzeitig nach der Ministerpräsidentenkonferenz gesagt: Diese Regelung geht zu weit. Diese Regierung hat die Weihnachtstage auf das klassische Weihnachtsfest eingeschränkt. Es war sehr wichtig, dass wir das gemacht haben; das war ein wichtiger Beitrag, um das Virus zu stoppen. An dieser Aufgabe müssen wir jetzt gemeinsam weiterarbeiten. Jetzt geht es um den Schutz der Gesundheit und um den Schutz der Bevölkerung. Darum geht es jetzt. Alle sind aufgerufen, ihren Beitrag dazu zu leisten – auch in diesem Haus, wenn ich in diese Ecke blicke.

(Zuruf)

Herr Stoch, Sie haben die Kommunen und die Rechtsverordnungen angesprochen. Dazu möchte ich den Präsidenten des Städtetags zitieren, Ihren Genossen Peter Kurz, den ich sehr schätze. Er hat nämlich am Freitag, 11. Dezember, gesagt – ich zitiere –:

Die Städte halten eine Verschärfung der Coronabestimmungen für unumgänglich und sprechen sich einmütig für einen harten Lockdown von zwei bis drei Wochen aus.

(Zurufe)

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Angesichts der fortschreitenden Infektionsdynamik halten wir landesweite Regelungen für notwendig.

Das heißt, die Präsidenten der kommunalen Landesverbände haben sich am Freitag hinter diese Linie der Landesregierung gestellt und haben es mit unterstützt, dass das Land Baden-Württemberg am Freitag vorangeschritten ist.

(Beifall – Zurufe)

Damit wird deutlich: Diese Verantwortungsgemeinschaft aus Land und Kommunen funktioniert.

(Zurufe – Unruhe)

Meine Damen und Herren, wir ziehen die Notbremse, um das Virus zu stoppen. Das machen wir mit Entschlossenheit. Nur so können die Maßnahmen wirken. Wir handeln besonnen, begründet und auch wohlüberlegt. Die Einschränkungen, über die wir heute reden, sind eben kein Aktionismus. Ja, sie greifen in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger unmittelbar ein, aber sie sind erforderlich, geeignet und angemessen. Die Maßnahmen, die wir jetzt ergreifen, sind wirkungsvoll, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Sie sind hart, aber in dieser Lage auch verhältnismäßig.

Ich erinnere mich noch, wie es im Frühjahr war. Damals gab es in anderen Regionen Europas, z. B. in Frankreich, Italien und Spanien, Ausgangssperren. Hinter diese Ausgangssperren würde ich tatsächlich ein Fragezeichen setzen, weil ich

nicht weiß, ob sie verhältnismäßig sind. In dieser Situation sind wir hier aber nicht.

Umso wichtiger ist es, dass die jetzt vorgeschriebenen Kontaktbeschränkungen eingehalten werden. Die Lage ist ernst. Sie wird viele hart treffen. Jetzt ist noch mehr Solidarität gefragt. Für meine Fraktion ist daher klar: Nur gemeinsam können wir diese schwere Krise meistern. Wir können sie nur meistern mit Solidarität, mit Empathie und mit dem Wissen, dass jede Kontaktaufnahme eine Ansteckung bedeuten kann.

Daher möchte ich an dieser Stelle noch einmal all denjenigen meinen Dank aussprechen, die eben genau diese Solidarität leben: den Bürgerinnen und Bürgern, die die Maßnahmen umsetzen, den Pflegekräften, den Ärztinnen und Ärzten in den Kliniken und in den Teststationen – und bald auch in den Impfstationen –, den Lehrerinnen und Lehrern, den Erzieherinnen und Erziehern, die Kindertagesstätten und Schulen offen gehalten haben, unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, den Wissenschaftlern, die an einem Impfstoff arbeiten, und natürlich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen, die diese Konzepte erstellen. Ihnen allen gebührt mein herzlicher Dank. Vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall)

Im Kern geht es um fünf Maßnahmen, die jetzt anstehen. Der Herr Ministerpräsident hat sie angesprochen: Kontakte reduzieren, die weiter gehende Schließung der Schulen und der Geschäfte ab Mittwoch, die Hotspot-Strategie, um wieder auf eine Inzidenz von unter 50 zu kommen, und den Appell, im Homeoffice zu arbeiten und nicht notwendige Reisen zu vermeiden.

Dazu will ich noch zwei wichtige Anmerkungen machen: Ich schließe mich diesem Appell an, Herr Ministerpräsident. Ja, ich richte den dringenden Appell an Unternehmerinnen und Unternehmer, Homeoffice und mobiles Arbeiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszubauen. Wir können das staatlicherseits kaum regeln. Aber Homeoffice und mobiles Arbeiten sind ein wichtiges Instrument, um die Zahl der Kontakte zu reduzieren. Deswegen wünsche ich mir, dass möglichst viele Unternehmen in Baden-Württemberg auf Homeoffice setzen und für die nächsten Tage das mobile Arbeiten ausbauen.

(Vereinzelt Beifall)

Das gilt im Übrigen auch für Weihnachten und Silvester. Wir werden in diesem Jahr keine rauschenden Feste zum Jahreswechsel feiern. Weihnachten wird im kleinsten Familienkreis stattfinden, aber selbstverständlich mit großer Herzlichkeit. Weihnachten und Silvester sind für viele Menschen besondere Tage. Dass wir diese Tage in diesem Jahr nur eingeschränkt feiern können, ist außergewöhnlich, aber leider notwendig. Dafür bitte ich die Bürgerinnen und Bürger um Verständnis.

Die jetzt im Raum stehenden Maßnahmen sind notwendig, um das Virus zu stoppen. Sie sind erforderlich und auch geeignet dafür, und sie sind im Vergleich mit den Maßnahmen anderer Staaten auch verhältnismäßig.

Aber ich sage es ganz offen: Das sind schon harte Maßnahmen. Und daran freut sich sicher kein Ministerpräsident; da-

(Andreas Schwarz)

ran freut sich auch kein Fraktionsvorsitzender, wenn er hier solche Maßnahmen verkündet. Aber es sind die richtigen Maßnahmen. Deswegen, Herr Ministerpräsident, haben Sie, hat die Regierung hier die Unterstützung meiner Fraktion.

(Zurufe)

Das Virus wird uns auch im Jahr 2021 fordern. Es ist daher notwendig, jetzt zu klären, was das für den Januar, den Februar und den März bedeutet. Ich bin froh, Herr Minister Lucha, dass Sie hierzu schon eine Impfstrategie vorgelegt haben. Baden-Württemberg ist gut vorbereitet, um die Impfungen in die Fläche zu bringen, sobald der Impfstoff bei uns ankommt. Wir begrüßen es, dass bereits ab Januar mit der Ausgabe des Impfstoffs begonnen werden kann.

Uns in der grünen Landtagsfraktion sind die Kinder und Jugendlichen wichtig, uns sind die Familien wichtig. Die vorgezogenen Weihnachtsferien sind zunächst einmal eine ganz klare Entscheidung, und sie geben allen Planungssicherheit.

Sie werden durch die Notbetreuung abgedeckt. Uns ist sehr wichtig, dass die Notbetreuung genutzt werden kann – etwa von Alleinerziehenden, von Menschen in systemrelevanten Berufen. Uns ist darüber hinaus wichtig, dass die Notbetreuung von den Kindern genutzt werden kann, denen es zu Hause nicht gut geht, weil die Verhältnisse dort für sie vielleicht schwierig sind.

Wir wünschen uns auch, dass die Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher ein Augenmerk auf die Kinder haben. Und wenn Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen und Erzieher für bestimmte Kinder die Notbetreuung empfehlen, dann sollten wir uns großzügig zeigen und die Notbetreuung flexibel handhaben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Wichtig ist jetzt, zu klären, wie es nach dem 10. Januar weitergeht. Es gibt ja keinen Schalter, mit dem man die Schulen einfach ein- und ausschalten könnte. Wir müssen daher klären, wie es Mitte Januar weitergehen soll, wie es im Januar, im Februar und im März weitergehen wird. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, die Schulen und gerade die Kinder müssen wissen, worauf sie sich einstellen können.

Wenn wir uns in den Schulen umhören, stellen wir fest: Viele Schulen haben inzwischen gute Konzepte für den digitalen Unterricht geschaffen. Sie haben sich darauf vorbereitet, dass sie Klassen insgesamt oder teilweise digital beschulen können. Auch die technische Infrastruktur hat sich verbessert. Wir stellen ja Gelder für die Lehrerdienstgeräte zur Verfügung.

Deswegen ist es mir wichtig, dass wir den Schulen jetzt den Rücken stärken. Die Schulen benötigen eine sichere Möglichkeit, digitalen Unterricht anzubieten, in Wechselmodelle zu gehen. Gerade beim Fernunterricht wollen wir den Schulen jetzt die notwendige Sicherheit geben.

(Beifall)

Und dort, wo es keinen Fernunterricht gibt, geht es darum, die Lüftungen der Räume zu verbessern, für bessere, vielleicht auch für größere Klassenräume zu sorgen, rasch FFP2-Masken an Lehrerinnen und Lehrer auszugeben.

(Zuruf: Auch an Grundschulen!)

In meinen Augen gilt das insbesondere für die Grundschulen und die sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Wir schlagen vor, möglichst schnell einen runden Tisch einzuberufen, an dem alle am Schulleben Beteiligten Platz haben

(Zuruf)

und bei dem darüber gesprochen wird, wie der Schulunterricht im zweiten Halbjahr aussehen kann. Denn für uns ist klar: Die Schulen brauchen Planungssicherheit. Bildungserfolg und Bildungsgerechtigkeit schreiben wir ganz groß.

(Beifall – Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Krise trifft Kunst, Kultur, den Messebau, Gastronomie und Tourismus – und jetzt auch noch den Einzelhandel, und das mitten im umsatzstärksten Monat des Jahres. Es ist für mich vollkommen klar, dass wir hier handeln müssen. Wir brauchen schnelle und unbürokratische Hilfen für Unternehmen und Selbstständige. Die Programme des Bundes klingen gut. Wir begrüßen und unterstützen sie. Ich höre jedoch immer wieder Klagen darüber, wie lange diese Programme in der Umsetzung dauern. Die Unternehmen brauchen jetzt Beistand, damit sie über den Winter kommen, und es braucht eine gute Lösung für Soloselbstständige – und diese kann nicht „Hartz IV“ lauten.

(Beifall)

Das Kabinett wird morgen Landeshilfen verlängern. Ein Beispiel dafür ist die Krisenberatung für Soloselbstständige, für kleine und mittlere Unternehmen – eine ganz wichtige Unterstützung, um gerade den kleinen Unternehmen zu helfen, die Liquidität zu sichern und Strategien zur Krisenüberwindung zu entwickeln.

Ich darf mich ganz herzlich bei der Wirtschaftsministerin bedanken. – Frau Staatssekretärin, geben Sie diesen Dank weiter. Wir nehmen sehr wohl wahr, Frau Staatssekretärin, was in unserem Wirtschaftsministerium geleistet wird und was Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun. Wir finden, es sind ganz wichtige Maßnahmen, die Sie hier entwickelt haben.

(Beifall)

Ebenso werden weitere Unterstützungen für den Bereich Kunst und Kultur auf den Weg gebracht. In Abstimmung mit der Bundesregierung soll dies sichergestellt werden. Es geht darum, Künstlerinnen und Künstler, die Amateurmusik und die Breitenkultur zu unterstützen.

(Zurufe)

Frau Staatssekretärin Olschowski, ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, dass Sie entsprechende Überlegungen angestellt haben. Wir finden es wichtig, dass wir gerade in dieser Krise Kunst und Kultur, die Amateurmusik, die Breitenkultur nicht im Stich lassen, sondern unterstützen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lage ist ernst; aber gemeinsam können wir es schaffen, gestärkt aus der Krise zu

(Andreas Schwarz)

kommen. Unser Plan dafür heißt „Zukunftsplan Baden-Württemberg“; denn wir denken an heute, an morgen und an übermorgen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg der führende Standort für Maschinenbau und Automobilwirtschaft bleibt.

(Zuruf: Na klar! Ach nee!)

Die Coronakrise hat den Strukturwandel und die nötige Transformation noch einmal beschleunigt. Mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft gibt es eine Grundlage, diesen Transformationsprozess zielgerichtet weiterzubetreiben. Wir haben auch nochmals umfangreiche Investitions- und Innovationsprogramme aufgelegt, um den Standort Baden-Württemberg zukunftssicher zu machen. Wir wollen den Wohlstand erhalten und Arbeitsplätze schaffen – das ist der baden-württembergische Weg, und dafür stellen wir jetzt die Weichen.

(Beifall)

Dazu gehört auch, dass wir im nächsten Jahr nochmals den Fokus auf den Einzelhandel in unseren Innenstädten legen. Denn was ist das Interessante am Einzelhandel in unseren Innenstädten? Das ist doch die Tatsache, dass der stationäre Einzelhandel zu lebenswerten Städten und lebendigen Zentren beigetragen hat. Das hat etwas mit Aufenthaltsqualität zu tun. Es macht ja gerade das lebens- und liebenswerte Baden-Württemberg aus, dass wir einen so starken stationären Einzelhandel haben. Deshalb sage ich zu, dass wir im Frühjahr nächsten Jahres mit einem Neustartprogramm

(Zurufe)

den stationären Einzelhandel in Baden-Württemberg, die inhabergeführten Geschäfte unterstützen werden. Wir haben ein fulminantes Interesse daran, dass unsere Städte lebens- und liebenswert bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Solidarität ist das Wort der Stunde. Nur gemeinsam schaffen wir es durch diese Krise. Nur gemeinsam, in gelebter Solidarität, bekommen wir das Virus eingedämmt. Hier sind wir alle gefordert. Leisten wir unseren Beitrag dazu, und bleiben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, gesund.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2020 wird ganz ohne Frage in die Geschichte eingehen. Es hat uns Debatten beschert und Entscheidungen abverlangt, wie wir es alle wahrscheinlich niemals für möglich gehalten hätten.

(Zuruf: Das stimmt!)

Auch jetzt, kurz vor Weihnachten, bestimmt das Virus unser Leben und unser Handeln. Aber wichtig ist und bleibt: Wir überlassen uns nicht einfach der Pandemie und ihrer wirklich unerbittlichen Logik. Wir treten ihr entgegen. Ja, wir halten ihr stand, und zwar auch mit mutigen Entscheidungen, wie Sie, Herr Kollege Stoch, fordern, mit dem Erfindungsreich-

tum und den Ressourcen der aufgeklärten Wissensgesellschaft, mit der Kraft der erwähnten Solidarität und der Mitmenschlichkeit sowie mit der Ethik der unteilbaren Menschenwürde. Ja, jetzt ist Solidarität gefragt. Danke an alle, die diese Solidarität in diesen Tagen leben.

(Beifall – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Deshalb will ich in diesen Adventstagen schon einmal sagen: Bei allem Leid und allem Streit

(Zuruf)

haben die Pandemie und ihre Herausforderungen in diesem Jahr in unserem Land auch viel Gutes zum Vorschein gebracht. Das gibt uns Mut und Hoffnung, auch für die nächsten Wochen.

Deshalb danke ich allen, die mitmachen, die sich an die Regeln halten, die Geduld beweisen und damit vor allem Verantwortung leben. Ich danke allen, die in den Krankenhäusern, in den Rathäusern, in den Gesundheitsämtern, in den neuen Impfzentren, bei der Polizei, bei den Rettungsdiensten oder einfach von Mensch zu Mensch helfen. Das ist der wahre Reichtum unseres Landes.

(Beifall)

Der Ministerpräsident hat die Lage beschrieben und uns eben die aktuellen Zahlen genannt. Der Bundespräsident hat von einer – Zitat – „bitternsten Situation“ gesprochen. Der Coronawinter hat uns fest im Griff, und der exponentielle Anstieg ist zurück. Wir haben gehört: Die Zahl der Neuinfektionen pro Tag liegt bei 20 000 und die Sieben-Tage-Inzidenz bei uns in Baden-Württemberg derzeit bei 187 gegenüber 176 bundesweit. Wir befinden uns auf einer neuen – das will ich sagen – harten Bergetappe.

Es war der gemeinsame Plan von Bund und Ländern seit Ende Oktober, die Infektionszahlen mit moderaten Einschnitten zu drücken.

(Zuruf: „Moderat“ ist gut!)

Es ging dabei einmal mehr um die stets neue, fragile und auch volatile Abwägung von Freiheit und Gesundheit.

Leider ist es uns damit nicht so, wie erhofft, gelungen, die Welle zu brechen. Das Virus bleibt tückisch. Es lässt uns auch keine Pause und keinen Freiraum. Die Ausschläge sind schnell und stark. Nehmen wir z. B. die Entwicklung dieser Tage in Thüringen, wo es ganz lange sehr wenige Fälle gab. Dort haben sich seit dem 1. November dreimal so viele Menschen angesteckt wie in der ganzen Zeit davor.

Wir haben jetzt die lange gefürchtete Situation, dass viele Krankenhäuser bereits am Limit sind. Wir wissen, auch die Jüngeren sind betroffen, und haben gehört, in Freiburg beträgt das Durchschnittsalter der Covid-19-Patienten auf der Intensivstation 58 Jahre.

Die Intensivmediziner mahnen: Die Lage ist schlimmer, als es die Zahlen sagen – so ist es tatsächlich. Ich habe mit Vertretern vom Max-Planck-Institut in Heidelberg in den Sommermonaten und auch jetzt im Herbst immer wieder gespro-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

chen. Sie haben uns vorausgesagt, dass es schlimmer wird, und darauf hingewiesen, dass wir immer in den Rückspiegel schauen und das exponentielle Wachstum in der Zukunft mit bedenken müssen.

Wer noch immer meint, Corona sei eine bessere Erkältung, der verweigert sich der derzeitigen harten Wirklichkeit auf den Intensivstationen.

(Beifall)

Die Ärztinnen und Ärzte, die Pflegerinnen und Pfleger kämpfen dort gegen das Virus und auch um das Leben vieler Menschen. Sie haben einen Anspruch darauf, dass wir sie mit dem Notstand nicht alleinlassen. Sie dürfen erwarten, dass wir es uns nicht auf ihre Kosten zu leicht machen. Zu viele Menschen sterben, und zu viele erleiden schwere Krankheitsverläufe.

Wenn sich jetzt auf den Intensivstationen – bei steigender Tendenz – 500 Covid-19-Patienten befinden, wie es der Ministerpräsident erwähnt hat, und bei anderen Erkrankungen OPs schon wieder verschoben werden, dann müssen wir das sehr ernst nehmen. Zu groß ist die Gefahr, dass Patienten nicht mehr so versorgt werden können, wie es nötig wäre und wie es vor allem möglich sein muss.

Diese akute Zuspitzung verengt den Spielraum. Juristen sprechen manchmal von der Ermessensreduzierung auf null, manche sagen: „TINA – There is no alternative“.

Es ist momentan alternativlos, dass diese Entscheidungen getroffen wurden. Es geht jetzt um die unmittelbare Gefahrenabwehr. Deshalb ist der klare und konsequente Lockdown leider unvermeidbar geworden. Das Ziel muss sein, Deutschland über Weihnachten – hoffentlich – zur Ruhe zu bringen. Wir stehen deshalb zu den Entscheidungen, auch zu der Entscheidung der Landesregierung. Wir sehen, dass mildere Mittel das Infektionsgeschehen nicht rasch und durchgreifend genug stoppen können.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nachdem heute die Redezeit begrenzt ist, erst am Ende meiner Rede.

Wir finden es richtig, dass die Landesregierung jetzt im föderalen Verbund handelt und dabei konsequent ist. Ich finde es völlig korrekt, wenn man sagt, man muss das Feuer löschen, wenn es noch klein ist, und nicht erst dann, wenn es sich schon zu sehr ausbreitet. Im Moment können die Infektionszahlen nicht mehr zurückverfolgt werden – dies ist bei einem Inzidenzwert von über 50 schon nicht mehr möglich. Im Moment ist bei 75 % der Corona-Infektionen eine Rückverfolgung nicht möglich. Was ist die Ursache? Das ist doch der Punkt, warum wir zu dieser Entscheidung, dass wir handeln müssen, stehen.

Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben erneut Hilfen und Erleichterungen für die Unternehmen, Freiberufler, Selbstständigen vereinbart, die besonders von den Einschränkungen betroffen sind. Die Verbesserungen der Überbrückungshilfe III, die leichtere Abschreibung von Warenwertverlusten, die Ausweitung auf Unternehmen mit Umsatzrückgängen oh-

ne Schließung sind nah an der wirtschaftlichen Realität und wichtig.

Ich will zum Einzelhandel, der erwähnt wurde, schon sagen: Sie brauchen Beistand und erhalten diesen. Ich appelliere an den Sozialminister, zuzustimmen, dass, wenn schon geschlossen werden muss, zumindest dem Onlinehandel dort trotzdem Umsatz ermöglicht wird, analog wie auch bei den Regelungen für die To-go-Gastronomie.

(Beifall)

Die Beschlüsse der gestrigen MPK sind übrigens schnell gefallen, eindeutig und einmütig. Das ist für mich ein klares Signal dafür, dass der Föderalismus krisenstabil ist, dass er seine tarierende und auch seine integrierende Funktion erfüllt. Denn schon wieder haben wir in den Kommentaren der Schläumeier aus Berlin dieser Tage gehört, wie kritisch es mit dem Föderalismus sei. Wir alle kennen den Begriff Flickenteppich. Hier aber ist im Konsens schnell, rasch und richtig entschieden worden. Und darum muss es gehen.

(Beifall)

Die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten haben gestern einmal mehr in einem breiten und, wie ich finde, auch bemerkenswert parteiübergreifenden Konsens entschieden. Das ist ein hoher Wert; es ist ein Wert an sich. In Deutschland ist der Kampf gegen das Virus eine Frage der Verantwortung und nicht des Parteibuchs.

Die Menschen im Land gehen diesen Weg mit; sie unterstützen ihn, ja, sie erwarten aktuell sogar harte Einschnitte von der Politik. Das haben auch die kommunalen Landesverbände gefordert. Dazu stehen auch wir. Wir haben am Wochenende die Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen gelesen, und auch dort sehen wir: Rund 50 % wollten sogar eine Verschärfung der Coronamaßnahmen.

(Zuruf: Deswegen kommt sie!)

Mitte November sind es gerade einmal halb so viele gewesen.

(Zurufe)

Die Entscheidung der Regierungen kann also auf eine breite Akzeptanz setzen – eine Akzeptanz, die wichtig ist – und auf diese auch weiter hoffen.

(Vereinzelt Beifall)

Es bleibt ja auch ganz entscheidend, dass die Menschen weiterhin mitziehen.

Ich verstehe, dass die Unsicherheiten, auch die wechselnden Ansagen der Politik, derzeit an den Nerven zehren.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt seien wir doch einmal alle ehrlich: Die Mails, die von Frustrationen künden, nehmen zu, und der Ton wird dabei härter. Insoweit müssen wir alle hier, glaube ich, zusammenstehen.

(Zuruf: Bald müsst ihr zurückrudern!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Ich verstehe auch den Wunsch vieler nach endgültigen Plänen und abschließenden Strategien. Aber gerade die aktuelle Entwicklung lehrt uns doch einmal mehr: Die eine Strategie, die uns sicher, planbar und frei von Zumutungen durch diese Pandemie bringt, die gibt es halt nicht. Es gibt sie nirgendwo in der Republik, und es gibt sie auch nirgends in Europa.

Herr Kollege Stoch, es gibt sie übrigens auch bei keiner Partei. Sie haben in einer der letzten Debatten gefordert, man müsse in Szenarien denken. Natürlich; keine Frage. Aber ich will schon sagen:

(Zurufe)

Nicht jede Korrektur ist ein Zeichen für Unvermögen und Planlosigkeit. Diese Krise verlangt es einfach, dass wir in enger Taktung lagebezogen und risikosensibel jeweils nachsteuern. Wir sollten deshalb fair bleiben.

Ich kann nur sagen: Es war richtig, dass wir so lange wie möglich am Präsenzunterricht festgehalten haben.

(Beifall)

Zu der diesbezüglichen Kritik möchte auch ich noch einen Satz sagen: Natürlich lässt es sich in der Opposition leicht kritisieren. Aber Tatsache ist: Sobald man in der Verantwortung steht, sieht die Welt teilweise ganz anders aus. Die Ex-post-Betrachtung ist natürlich auch immer eine andere als die Ex-ante-Betrachtung. Ich will nur sagen: Die sieben SPD-Ministerpräsidenten haben an allen MPK-Beschlüssen mitgewirkt. Der Vizekanzler, SPD, war mitbeteiligt. Die Vorsitzende der MPK, SPD, war ebenfalls beteiligt.

Ihr Vorwurf der Strategielosigkeit: Gerade Frau Hubig, eine Kultusministerin von der SPD, hat immer betont, dass der Präsenzunterricht das einzig Sinnvolle, das einzig Wertvolle ist.

(Beifall)

Ich füge hinzu – – Ich will das überhaupt nicht – –

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Ist das Ihr einziges Argument?)

– Nein. Ich will ein weiteres nennen. Weil Sie die Wissenschaft ansprechen: Wir haben heute gehört, dass die Oxford-Universität ebenfalls Untersuchungen angestellt hat – eine Befragung mit verheerenden Ergebnissen zum Lernerfolg, wenn zu Hause die Struktur gefordert wird. Das ist die Realität. Wir wissen mittlerweile, dass der Lernerfolg durch Präsenzunterricht nun einmal ein ganz anderer ist, als wenn die Kinder sich daheim selbst strukturieren müssen.

Ich sage es auch einmal als Vater eines 15-jährigen Sohnes: Da musst du schon ganz schön hinterherschauen, damit die Kinder die richtige Sendung einschalten.

(Heiterkeit – Beifall – Zurufe – Unruhe)

Selbst bei den Studenten – –

(Zurufe, u. a.: Landtags-TV!)

– Livestream „landtag-bw.de“, bitte.

(Heiterkeit)

Aber jetzt Spaß beiseite. Es ist natürlich schon eine Herausforderung. Selbst für Studenten, die nur Onlineunterricht haben, ist es schwer, sich den Tag zu strukturieren, wenn sie nicht an der Universität unterrichtet werden. Erst recht gilt dies für Minderjährige.

Deshalb sollten wir schon deutlich sagen: Ganz unabhängig von der Parteifarbe – alle, die in Deutschland Verantwortung für die Schulen tragen, kommen letztendlich zu den gleichen Entscheidungen.

Daher sollten wir in der Kritik ein wenig abrüsten. Wir alle wollen das Beste. Wir alle wollen die beste Bildung für unsere Kinder.

(Beifall)

Natürlich finden Entscheidungen nicht im luftleeren Raum oder im Elfenbeinturm statt. Die Abwägung zwischen Gesundheit und Freiheit muss jeden Tag neu getroffen und auch neu erkämpft werden.

(Zuruf: Wer kämpft bitte? Wer?)

Erinnern wir uns doch: Noch Mitte Oktober haben die Gerichte – auch in diesem Land Baden-Württemberg – die damaligen Regelungen zu Sperrstunden und zum Beherbergungsverbot gekippt.

(Zuruf: Zu Recht!)

Die Überschrift lautete, Herr Kollege: „Gerichte retten unseren Herbsturlaub“. So lautete die Schlagzeile selbst in der „Bild“-Zeitung. So war damals die Debattenlage, und so waren damals die Prioritäten.

(Zurufe)

Weder die öffentliche Stimmung noch die Rechtsprechung waren damals bereit für härtere Eingriffe.

Ich sage das deshalb, weil man jeden Tag Schlaumeier liest oder hört, die natürlich in der Ex-post-Betrachtung alles besser wissen.

(Beifall)

Ja, das ist unglaublich. Im März/April kommentierte ein Herr im ZDF sogar mit dem Vergleich mit einem Gefangenenchor, weil es einen Shutdown gab. Jetzt plötzlich heißt es, die ergriffenen Maßnahmen seien zu spät und zu wenig. Man muss sich das einmal vor Augen halten, wenn man so etwas von den Besserwissern in den Medien, aber auch bei den Verbänden hört. Hinterher ist man immer klüger als vorher. Nur: Die Politik muss entscheiden, sie muss handeln, sie muss mit Perspektive und in Verantwortung entscheiden. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Die Verantwortung und die Folgen tragen andere!)

Ich will gar nicht bestreiten – die Kollegen haben es doch teilweise erwähnt –, dass mit dem Wissen von heute objektiv gesehen wahrscheinlich schon früher der richtige Zeitpunkt gewesen wäre, die Bremse zu ziehen. Das wird doch überhaupt nicht bestritten.

(Zuruf: So ist es!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Das sagt doch auch gar niemand. Aber wir sind doch jetzt in einer Situation, in einer Lage, in der es richtig ist, mit Blick auf Weihnachten schon am 16. Dezember strengere Maßnahmen zu ergreifen.

Jetzt will ich auch mal dem Vorwurf entgegentreten, die Zeit im Sommer sei – so heißt es wohlfeil – verschlafen worden. Wir haben – auch das sollte man sich mal vor Augen führen – die Gesundheitsämter im Sommer mit Hunderten Stellen verstärkt. Das Konjunkturpaket des Bundes hat 4 Milliarden € allein für den öffentlichen Gesundheitsdienst zusätzlich bereitgestellt. Die Landesregierung wird, wie erwähnt, morgen Landeshilfen verlängern. Das Spektrum der Empfänger reicht bis hin zur Amateurmusik und zur Breitenkultur, aber vor allem kommen sie den Unternehmen in unserem Land, dem Mittelstand zugute. Die Bundeswehr hilft beim Tracing. Baden-Württemberg hat 300 000 Schülerlaptops angeschafft, um künftig alle Schüler beim Fernlernen zu erreichen.

Wer also so tut, als hätte die Politik vor der zweiten Welle die Hände in den Schoß gelegt, der kennt die Lage wohl nur aus Berliner Talkshowstudios.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Reinhart, lassen Sie zwei Zwischenfragen zu, und zwar von Herrn Abg. Dr. Schweickert und Herrn Abg. Dr. Fiechtner?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja, am Ende gern. Aber ich muss erst noch meine Ausführungen zu Ende bringen.

(Zuruf: Also nein!)

Dieses Virus kann uns vieles lehren. Es lehrt uns vor allem Demut. Es lehrt uns auch, dass in dieser Krise niemand Wahrheit und Wissen für sich allein gepachtet hat. Es lehrt uns, dass manche flotte Forderung schneller überholt oder auch widerlegt sein kann; das meine ich auch bezogen auf Verbände und auf Medien. Das Virus lehrt uns, dass wir mit unseren menschlichen Machbarkeitsvorstellungen doch auch an Grenzen stoßen.

Das gilt z. B. auch für den sogenannten Cocooning-Ansatz, also den besonderen Schutz, über den wir gerade auch bei älteren und gefährdeten Menschen nachdenken müssen. Aber es gibt in Deutschland 21 Millionen Menschen über 60 Jahre. Wir werden sie nicht alle hinter Dekontaminationsschleusen isolieren können. Auch das gehört zur Realität und Wahrheit.

Wir sind auch kein Staat wie China oder Korea, wo man alles sozusagen von oben herab verordnen kann.

Aber klar ist: Dass das Virus gerade zuletzt wieder massiv in die Altersgruppe der Betagten hineindiffundiert ist, dass es erneut in Pflegeeinrichtungen grassiert, das dürfen und können wir nicht akzeptieren. Deshalb müssen wir mehr testen, testen, testen, und wir müssen bei diesen Pflegeheimen auch den besonderen Schutz ins Auge fassen. Auch das gehört zur Wahrheit. Wir müssen deshalb alles tun für den besonderen Schutz von Pflegeheimen. Hier können, hier müssen wir noch besser werden.

Auch die Corona-Warn-App hat noch Potenziale. Angesichts von Tausenden Toten müssen wir uns schon ernsthaft fragen: Können wir wirklich nicht ein paar Abstriche beim Datenschutz hinnehmen,

(Zurufe)

um vielleicht viele Leben zu retten? Auch diese Diskussion sollten wir noch einmal neu führen.

(Beifall)

Denn jetzt gilt es, die Zahl der Kontakte zu reduzieren. Wir haben auch schon eine Hotspot-Strategie entwickelt. Diese muss weiter ausgebaut werden. Ein Weiteres sind die Appelle, zu Hause zu bleiben. Ein ungewöhnliches, stilles, für viele sicher auch einsames Weihnachtsfest steht uns bevor.

Es bleibt uns die Hoffnung, dass es mit der Impfung das einzige Weihnachten im Schatten der Pandemie bleiben wird. Deshalb ist es wichtig, dass die Impfvorbereitungen, wie angesprochen, jetzt mit Hochdruck laufen. Erste Impfzentren wurden errichtet. Leider braucht die Europäische Union bei uns länger, um diese Notfallzulassung zu ermöglichen, anders als in Großbritannien, in den USA oder in Kanada. Ich bedaure das außerordentlich. Ich will hier schon einmal den Bundesgesundheitsminister zitieren. Er hat gesagt: „Jeder Tag, den wir früher beginnen können zu impfen, mindert Leid.“

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb appelliere ich an uns alle, dass es rasch vorangeht, vielleicht auch mit einer Sicherstellungsverordnung für den medizinischen Bedarf.

(Zuruf: Eine Impfung ist keine neue Coca-Cola!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bis wir das Virus endlich losgeworden sind, brauchen wir noch Geduld und auch Durchhaltewillen. Helfen wir einander dabei, teilen wir die Verantwortung! Dann werden nach diesen dunklen Monaten für dieses wunderbare Land auch wieder hellere Tage im Zukunftsland Baden-Württemberg kommen. Darum muss es gehen.

(Beifall – Zu- und Gegenrufe)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, lassen Sie mich zunächst einmal meiner Verwunderung Ausdruck verleihen. Wie ich von Herrn Schwarz gehört habe, haben Sie die Fraktionsvorsitzenden gestern über die Ergebnisse informiert. Ich habe bedauerlicherweise keinen Anruf von Ihnen erhalten. Vielleicht können Sie dazu noch Stellung beziehen.

(Zurufe)

Meine Kollegen möchte ich da um Nachsicht bitten; ich konnte sie nicht informieren, weil ich keine Informationen bekommen habe.

Lassen Sie meine Ausführungen nun mit einem treffenden Zitat von Mark Twain beginnen. Dieses Zitat beschreibt so gut wie, glaube ich, kein anderes die Arbeitsweise, den Zustand dieser Landesregierung:

Kaum verloren wir das Ziel aus den Augen, verdoppelten wir unsere Anstrengungen.

(Bernd Gögel)

So wie unsere Landesregierung das Ziel vor Augen verloren hat und deshalb ab Mittwoch doppelte Anstrengungen unternimmt: den harten Lockdown, meine Damen und Herren. Diesmal mit einer Besonderheit: mit Ausgangssperren. Das ist einmalig in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Nicht einmal während der Hongkong-Grippe Ende der Fünfzigerjahre wurde über solche Dinge nachgedacht.

(Beifall – Zuruf)

Darauf haben sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten gestern geeinigt.

Welche Gefühle haben sie bei der Bevölkerung bedient? Die Angst, an Corona zu erkranken, die Angst um die Gesundheit der Familie, die Angst um den Verlust der Arbeitsplätze, die Existenzangst, die Zukunftsangst und die Angst vor der Angst, diese Gefühle wurden bedient, meine Damen und Herren.

All das ruft nicht nur schwere seelische und psychische Störungen bei den Menschen hervor, sondern führt zu psychosomatischen und dauerhaften Verhaltensstörungen im Alltagsleben der Bürger in unserem Land. Die Spätfolgen werden wir noch zu spüren bekommen, meine Damen und Herren.

(Zuruf: Das interessiert die doch nicht!)

Unkoordinierte Maßnahmen der Regierung, unüberlegtes Handeln, immer wieder neue Verbote, die im wöchentlichen Takt eingeführt werden, verunsichern die Bürger; sie bereiten ihnen Angst.

(Zuruf)

Die Angst ist ein uraltes Mittel der Manipulation. Mithilfe von Angst und Einschüchterung sind die Gesellschaften manipulierbarer und besser kontrollierbar.

Meine Damen und Herren, die überdurchschnittlich hohen Sterbefallzahlen im Oktober, November 2020 sind fast ausschließlich auf eine Zunahme von Sterbefällen in der Altersgruppe der über 80-Jährigen zurückzuführen. Die Sterbefallzahlen der unter 80-Jährigen sind hingegen zurückgegangen. Das wird nicht von der AfD behauptet, sondern dieser Befund wird von Daten des Robert Koch-Instituts bestätigt,

(Zurufe)

wonach Todesfälle in Zusammenhang mit dem Coronavirus gehäuft bei Menschen ab 80 Jahren auftreten.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, anstatt diese Alters- und Risikogruppen besonders zu schützen und für ausreichendes medizinisches Fachpersonal in Pflegeheimen und Krankenhäusern zu sorgen,

(Zuruf)

setzen Sie lieber unsere Grundrechte außer Kraft.

(Beifall – Zuruf)

Wohl wissend, dass das Virus noch lange in unserem Land unterwegs sein wird, benutzen Sie Ihre Unfähigkeit zum Han-

deln, um unsere Grundrechte weiterhin über Monate oder sogar Jahre außer Kraft zu setzen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Meine Damen und Herren, Sie – ich meine hier die Landesregierung – haben bis jetzt mit der Schrotflinte geschossen, und jetzt schießen Sie mit einer Kanone, ohne zu wissen, was Sie eigentlich treffen wollen.

(Beifall – Zuruf: So ist es!)

Was Sie in jedem Fall treffen, meine Damen und Herren, das ist die Wirtschaft unseres Landes.

(Zuruf: Das sind die Sozialisten!)

Die Prognosen sehen überhaupt nicht rosig aus. Das Kurzarbeitergeld kann doch kein Dauerzustand sein. Es ist doch wohl kein Geschäftsmodell.

Am vergangenen Freitag in der Bundestagsdebatte sagte der CDU-Haushaltspolitiker Axel Fischer – ich zitiere –:

Wohlstand wird von leistungsfähigen Arbeitskräften an produktiven Arbeitsplätzen erwirtschaftet, nicht durch die Auszahlung von Lohnersatzleistungen.

Da hat er völlig recht.

(Beifall)

Ihr politisch erzeugtes Tief bringt für das Jahr 2021 einen Insolvenzsturm – also ein frohes neues Jahr für die Branchen, die bald eine gewaltige Insolvenzwelle erleben müssen.

Bundeswirtschaftsminister Altmaier rief die Bürger dazu auf, wegen der Infektionsrisiken auf den Einkauf von Weihnachtsgeschenken in diesen zwei, drei Tagen zu verzichten. Ja, vor vier Wochen dagegen hat er das Einkaufen bei den örtlichen Einzelhändlern noch als patriotische Aufgabe bezeichnet. Wissen Sie, wie wir so etwas bezeichnen? Wendehals.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Chef der Kommission Kreditversicherung im Versichererverband GDV sagte:

„Es ist klar, dass die Welle bald brechen wird“, ... und zwar, wenn die Insolvenzantragspflicht zum Jahreswechsel wieder in Kraft tritt. „Die Risiken steigen und sind schwieriger zu kalkulieren. Wir sind an dem Punkt, an dem die staatlichen Hilfen mehr Schaden anrichten als nützen.“

Meine Damen und Herren, nach dem ersten Lockdown sagte der eben schon erwähnte Wirtschaftsminister Altmaier, dass der wirtschaftliche Abschwung in der Coronapandemie noch im Herbst ein Ende haben könne. In der „Bild am Sonntag“ sagte er noch im Juli:

Ich bin mir sicher, dass wir den Abschwung unserer Wirtschaft nach der Sommerpause stoppen können und spätestens ab Oktober die Wirtschaft in Deutschland wieder wächst.

(Bernd Gögel)

Ich kann mich noch erinnern, gehört zu haben: Mit einem starken Wumms aus der Krise im Herbst 2020.

Allerdings, meine Damen und Herren, liegt er da völlig daneben. Unsere Wirtschaft ist bereits jetzt, im Jahr 2020, um fast 6 % geschrumpft. Laut ifo Institut ist der Überschuss des Staates von 52,5 Milliarden € im Jahr 2019 in diesem Jahr auf minus 170,6 Milliarden € abgestürzt, weil die Ausgaben wegen der Stützung der Wirtschaft drastisch steigen und die Einnahmen sinken. Im kommenden Jahr wird der Fehlbetrag noch 86,9 Milliarden € erreichen und im übernächsten Jahr noch immer 68,4 Milliarden €.

Ich glaube, die Zahlen muss man sich einfach einmal genau anschauen. Man muss wissen, dass diese Zahlen nicht in zwei, drei, fünf, zehn oder 20 Jahren zu erwirtschaften sind. Es werden Generationen diese Beträge zurückzahlen haben und darunter leiden. Es sind die Jungen, die darunter leiden, die jetzt auch nach neuesten Umfragen tatsächlich im Demokratieverständnis, im Glauben an die Demokratie so langsam nachlassen. Es bröckelt. Wenn Sie diese Generation verlieren, dann haben wir insgesamt in der Demokratie verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Einstein sagte einmal:

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.

(Zuruf: Genau!)

Und was macht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn? Er versucht, mit der immer gleichen Denkweise das Virusproblem zu lösen. Wie wir jetzt sehen, hat er sein Lockdown-Versprechen gebrochen. Anfang September sagte er wörtlich bei einem Auftritt in Bottrop – ich zitiere –:

Man würde mit dem Wissen von heute – das kann ich Ihnen sagen – keine Friseure mehr schließen und keinen Einzelhandel mehr schließen. Das wird nicht noch einmal passieren. Wir werden nicht noch einmal Besuchsverbote in den Pflegeeinrichtungen brauchen. Wir haben doch etwas dazugelernt in den letzten Monaten, wie wir uns schützen können, ohne dass es diese Maßnahmen braucht. Dafür braucht es aber vor allem eben z. B. die Maske.

Unglaublich, meine Damen und Herren! Unglaublich! Das sagte Gesundheitsminister Spahn, eventueller Kanzlerkandidat der CDU.

(Vereinzelt Lachen)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sollte rechtzeitig, schnell, sachlich und umfassend die Bevölkerung über Schutzmaßnahmen informieren. Das hätte umgehend nach dem Ausbruch der ersten Corona-Erkrankungen in China im Dezember 2019 geschehen müssen.

Wir haben es zigmal thematisiert: Zu spät, viel zu spät wurde überhaupt reagiert. Man hätte tatsächlich im Dezember und im Januar eine weltweite Pandemie verhindern können, wenn man China abgeriegelt hätte, was der WHO überhaupt nicht

in den Kram gepasst hat. Deshalb ist es eine unglaubliche Organisation, meine Damen und Herren.

(Beifall)

In einer globalisierten Welt ist es nur eine Frage von Stunden bzw. Tagen, bis die Epidemie in Europa oder Deutschland angekommen ist. Die Landesregierung wusste schon seit Längerem über die mögliche Ansteckungsgefahr und hat nichts dagegen unternommen, meine Damen und Herren. Baden-Württemberg sei für die möglichen Coronavirus-Infektionen gut gewappnet, hieß es noch im März.

Die AfD forderte die Daseinsvorsorge für alle Bürger bereits im März und im April. Der deutsche Staat müsse die Daseinsvorsorge im Gesundheitssystem allen Bürgern gegenüber garantieren. Das ist unser Recht. Sie sind dazu verpflichtet, diese zu gewährleisten, meine Damen und Herren.

Am 4. November haben wir, die AfD, die neuen Corona-Verordnungen scharf kritisiert. Damals hieß es, die Inzidenzzahl von 50 auf 35 positiv auf Corona Getestete zu senken. Wir sagen bewusst „positiv Getestete“ und nicht „Infizierte“;

(Beifall)

wie fälschlicherweise die Regierung und alle anderen Politiker und Medien das immer wieder darstellen.

(Zuruf: Sehr gut!)

Allerdings lagen schon damals diese Zahlen weit über der 200er-Marke. In dieser Situation versprach uns die Regierung, dass durch die neu getroffenen Maßnahmen die Zahlen bis Ende November deutlich niedriger würden und dass wir ein schönes Weihnachtsfest feiern dürften. Welch eine Illusion, meine Damen und Herren. Jetzt liegen die Inzidenzzahlen schon weit über der 300er-Marke.

Meine Damen und Herren, wir haben auch gesagt, dass wir uns bis Ende April in der Grippesaison befinden und dass wir mit hohen Zahlen von Infektionen rechnen müssen – wie in jedem Grippewinter.

(Beifall – Zuruf: Sehr gut!)

Im November sagten wir: Wenn die Landesregierung ihre Strategie – die wir, die AfD, für völlig falsch halten – weiterverfolgt, dann kommt es unweigerlich zu weiteren Schließungen. So geschieht es. Ab dem kommenden Mittwoch wird das öffentliche Leben vollständig heruntergefahren; Ausgangssperren werden verhängt. Traurige Weihnachtstage und ein perspektivloser Rutsch ins neue Jahr rücken näher, obwohl die Landesregierung ganz genau wusste, dass auch SARS-CoV-2 wie alle Grippeviren dauerhaft in der Welt bleiben wird und dass dieses Virus wie alle anderen Grippeviren jährlich mutieren wird. Daher müssten wir realistisch denken und handeln und langfristige Konzepte für den Umgang mit dem Virus entwickeln. Das müssen Sie entwickeln; Sie regieren das Land. Frau Merkel und die Bundesregierung müssen das entwickeln. Der bewusst genannte Herr Spahn müsste solche Konzepte entwickeln

(Zuruf: Wenn er es denn könnte!)

und nicht alle vier Wochen ein neues Märchen erzählen.

(Bernd Gögel)

Das Land und der Bund haben bis jetzt nur ein hervorragendes Konzept entwickelt: schließen, öffnen, teilschließen und ganz schließen. Das ist aber keine dauerhafte Lösung für die Bürger in unserem Land, meine Damen und Herren, das ist keine Lösung für unser gesellschaftliches Leben, das ist keine Überlebensstrategie für unsere Wirtschaft.

(Beifall)

Wir benötigen langfristige Planungen,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

um den Bürgern und der leidenden Wirtschaft in unserem Land eine Zukunftsperspektive zu ermöglichen.

(Zuruf: Das kann die Regierung nicht!)

Deshalb fordern wir Sie auf: Handeln Sie endlich! Handeln Sie, und stellen Sie Konzepte vor, die tragfähig sind und über das Jahr 2021 hinausreichen.

(Vereinzel Beifall)

Ich glaube, niemand in diesem Raum ist der Ansicht, dass das Virus uns am Ende des Jahres 2021 verlassen haben wird, niemand wird davon ausgehen, dass wir am Ende des Jahres 2021 eine Herdenimmunität haben werden, niemand wird davon ausgehen, dass bis zum Ende des Jahres 2021 70 %, 80 % der Bundesbürger geimpft sein werden. Jeder, der vernünftig denkt, weiß: Dieses Virus wird uns über Jahre weiter beschäftigen.

(Beifall – Zuruf)

Ich zitiere gern die Worte von Marie Curie:

Was man verstehen gelernt hat, fürchtet man nicht.

Dies sollte das Motto der Landesregierung sein – nicht Angst und Panikmache, sondern Aufklärung, das Anbieten vernünftiger Alternativen.

Wir, die AfD, fordern Sie deshalb auf: Beheben Sie den Personalmangel in den Krankenhäusern – der ist nicht erst seit zehn Monaten vorhanden; das ist ein längerfristiges Problem.

(Zurufe, u. a.: Ja!)

Denken Sie nicht einmal darüber nach, weitere Krankenhäuser zu schließen.

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Besorgen Sie die Notausrüstungen, die Schutzausrüstungen für das Personal, die Schnelltests für das Personal in diesen Einrichtungen, und zwar sofort.

(Zuruf)

Stellen Sie medizinische FFP2- und FFP3-Masken für die vulnerablen Gruppen zur Verfügung, und zwar kostenlos und sofort.

(Vereinzel Beifall)

Bestimmen Sie gesonderte Einkaufszeiten für vulnerable Gruppen und Senioren. Informieren Sie die Bürger in unserem

Land darüber, wie sie am besten ihr Immunsystem stärken können, um sich gegen das Virus zu schützen.

(Vereinzel Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gögel, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Bernd Gögel AfD: Nein. Ich möchte meine Ausführungen zu Ende bringen.

(Zurufe)

Entlasten Sie den ÖPNV dort, wo so viele Menschen aufeinandertreffen, durch zusätzliche Busse und Ruftaxis für Senioren.

(Beifall – Zuruf)

Als Beispiel an dieser Stelle begrüßen wir das Konzept, welches von Oberbürgermeister Palmer für die Stadt Tübingen entwickelt wurde.

(Zuruf: Guter Mann!)

Ihr grüner Parteifreund, Herr Kretschmann, zeigt Ihnen, wie es geht.

(Beifall – Zuruf: Jawohl!)

Die Bürger sollten auf eigene Fahrzeuge umsteigen. Diese sind derzeit das sicherste Verkehrsmittel, um sich und andere vor Ansteckungen zu schützen. Sie müssen diese Bottlenecks beseitigen. Sie können nicht morgens Gruppen von Schülern in überfüllten Bussen in die Schulen bringen und sie mittags wieder abholen. Sie können nicht morgens die Arbeitnehmer in überfüllten ÖPNV-Verkehrsmitteln zur Arbeit hin- und abends zurückfahren lassen. Das sind Bottlenecks, das sind wirklich die Verteilungsstellen, die man unterbrechen muss.

(Zuruf: Virenschleudern!)

Selbstbestimmung geht für die AfD immer vor Fremdbestimmung.

(Beifall – Zuruf: Das braucht man doch alles gar nicht! Zurück zum normalen Leben!)

Sie haben versprochen, dass Sie Schulen und Kitas unter allen Umständen geöffnet halten und in jedem Fall Präsenzunterricht aufrechterhalten wollen. Jetzt gehen wir einfach einmal davon aus, dass diese vier Tage zusätzlichen Urlaub bedeuten – u. a. vielleicht mit Betreuung für Kinder, die zu Hause keine Betreuung genießen können. Wir gehen aber auch zu 100 % davon aus, Herr Ministerpräsident, dass die Schulen und Kindergärten ab dem 10. Januar wieder geöffnet sind und dass Präsenzunterricht stattfindet.

(Beifall)

Wir werden Ihre Entschließungsanträge heute ablehnen. Wir halten Ihre Maßnahmen für nicht angemessen und für nicht ausgewogen.

(Zuruf: So ist es!)

(Bernd Gögel)

Wir halten das Schließen von Gastronomie und Hotellerie nach wie vor für falsch. Dort gab es keine großen Ansteckungsketten. Dort wurden die Hygienekonzepte vorbildlich eingehalten.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Deshalb: Öffnen Sie die Gastronomie und die Hotellerie, zerstören Sie nicht dieses Gewerbe in Baden-Württemberg.

Das sind klare Vorstellungen der AfD. Ich weiß, Sie halten davon überhaupt nichts. Trotzdem müssen Sie sich das anhören und darüber nachdenken.

(Abg. Anton Baron AfD: Unser runder Tisch!)

Wir freuen uns auch über den Vorschlag eines runden Tisches von Herrn Schwarz.

(Zuruf: Aha!)

Diesen Vorschlag haben wir schon vor Monaten gemacht. Ich glaube, ein runder Tisch mit vielen Meinungen bringt einen im Denken weiter. Vielleicht fällt Ihnen dann das entsprechende Konzept ein.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wir sind dankbar dafür, dass der Landtag von Baden-Württemberg am heutigen Tag die Gelegenheit hat, über die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zu debattieren und sich im Wege der Abstimmung über Entschließungsanträge dazu zu positionieren. Wir hätten uns aber gewünscht, dass eine solche Debatte auch über die am Freitag verhängten Ausgangsbeschränkungen möglich gewesen wäre; denn das sind massive Eingriffe in die Grundrechte von Menschen. Vor diesem Hintergrund wäre es sinnvoll gewesen, wenn man am Donnerstag den Entschluss gefasst hätte, auch für Freitag eine Sondersitzung des Landtags von Baden-Württemberg einzuberufen.

(Beifall)

Was die Lage angeht, sehen wir sehr deutlich, dass die Pandemie, die Zahl der positiv Getesteten, die Zahl der symptomatisch Erkrankten und zunehmend leider auch die Zahl derjenigen, die mit schweren Verläufen die Krankenhäuser belegen, im Land eine Dimension angenommen haben, die es notwendig macht, zu reagieren. Vor diesem Hintergrund sage ich in aller Deutlichkeit: Die FDP/DVP-Landtagsfraktion ist mit Ihnen der Meinung, dass es notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen.

Wir sind allerdings nicht in der Lage, den Entschließungsantrag der Regierungsfaktionen in der vorliegenden Form zu beschließen. Dieser Antrag beinhaltet schon das eine oder andere, was wir mittragen. Das gilt beispielsweise für Ziffer 4 oder auch für Ziffer 5 auf Seite 2, wobei wir erfreut feststel-

len, dass Sie sich langsam, aber sicher von Ihrer reinen Contentment-Strategie abwenden und sich einer Protektionsstrategie zuwenden. Den effektiven Schutz von Risikogruppen weiter zu verstärken, ist nämlich genau dies.

Nicht zustimmen können wir aber Ziffer 1, in der die bisherigen Maßnahmen quasi gelobt werden. Denn zu loben sind die bisherigen Maßnahmen nicht.

Der Kollege Reinhart hat in einer der vorangegangenen Landtagsdebatten den britischen Journalisten John Kampfner zumindest sinngemäß zitiert. Dessen Buch mit dem Titel „Why the Germans Do it Better“ ist zu einem Bestseller geworden, weil man im Sommer tatsächlich der Auffassung gewesen ist, Deutschland mache es besser als viele andere Staaten. Gestern hingegen, Herr Ministerpräsident, hat Ihr Partner im Klub der Umsichtigen, der bayerische Ministerpräsident Söder, es so formuliert – ich zitiere –:

Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland schnell das Sorgenkind in ganz Europa.

Wenn ich im Sommer ein Buch mit dem Titel „Why the Germans Do it Better“ lese und mein offensichtlich engster Partner dann wenige Monate später erklärt: „Wir sind auf dem Weg dahin, das Sorgenkind in Europa zu werden“, dann hat man offensichtlich einiges falsch gemacht. Dann wurde der Sommer offensichtlich eben doch verschlafen und hat man viele Maßnahmen nicht eingeleitet. Und dann hatte man bis vor wenigen Tagen offensichtlich auch eine falsche Strategie.

(Beifall)

Das sind schon zwei zentrale Vorwürfe, die wir Ihnen nicht ersparen können.

Ebenso sind wir wie die SPD-Fraktion der Meinung – Herr Kollege Stoch, Sie haben ja auch einen Entschließungsantrag vorgelegt –, dass es nicht ausreicht, zu sagen: „Jetzt ist die Situation so, jetzt machen wir einen Lockdown“, ohne zu sagen, wie wir nach unserer Vorstellung aus dem Lockdown wieder herauskommen. Die Forderung nach einer solchen Wenn-dann-Strategie, Herr Kollege Stoch, ist schon richtig. Was wir allerdings bemängeln, ist, dass Sie sich in Ihrem Entschließungsantrag allein auf die Inzidenz konzentrieren. Es gibt, wie schon mehrfach geäußert, auch noch andere Parameter, die wir gern ansetzen würden, um diese Pandemie zu beurteilen.

Am 15. Oktober – ich darf an die damalige Landtagsdebatte erinnern – habe ich Ihnen vorgehalten, Sie machten sich zum Sklaven einer Strategie, die im Grunde unweigerlich zu einem zweiten Lockdown führen wird. Genau dies ist eingetreten.

Aus der Landtagsdebatte vom 30. Oktober nur einige Stichworte, sowohl von mir als auch vom Kollegen Stoch: Symbolpolitik, Aktionismus, Schrotflintenpolitik. Das mit der Schrotflinte, Herr Ministerpräsident, haben Sie ja in der vergangenen Woche in einem Interview affirmiert, indem Sie gesagt haben: „Ja, wir waren mit der Schrotflinte unterwegs.“ Es mag für sich noch nicht verwerflich sein, wenn man sagt: „Wir haben keine Strategie und probieren es einmal.“ Das Schwierige aber ist, wenn eine solche Strategie möglicherweise kontraproduktiv wirkt. Ich darf zitieren, was ich am 30. Oktober im Landtag von Baden-Württemberg gesagt habe:

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wenn Sie den Menschen verbieten, sich an Orten zu treffen, wo der Infektionsschutz gewährleistet ist, werden sie in andere Bereiche abgedrängt, ... wo das nicht gewährleistet ist. ... Dann erreichen Sie eine Förderung des Infektionsgeschehens und keine Eindämmung.

Genau das ist möglicherweise passiert: Sie haben mit Ihrer bisherigen Strategie des sogenannten Wellenbrecher-Lockdowns die Infektionszahlen eben nicht gesenkt, sondern Sie haben sie vermutlich gefördert, und deshalb sind wir in der jetzigen Situation, meine Damen und Herren.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Was meinen Sie mit Infektion, Herr Rülke?)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Sie jetzt plötzlich wieder den Oberbürgermeister von Tübingen an Ihren Busen drücken wollen.

(Zuruf: Oh, oh!)

Sowohl der Ministerpräsident als auch der Kollege Schwarz waren zu hören.

(Zuruf)

– Nein, Frau Lösch, Ihnen unterstelle ich es nicht.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Vielen Dank!)

Aber vom Ministerpräsidenten und dem Kollegen Schwarz war am Wochenende zu hören: „Wir haben ihn jetzt wieder lieb, unser Borisle.“

(Zuruf)

So waren Sie zu verstehen. Denn er ist in Tübingen offensichtlich erfolgreicher als Sie gewesen –

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf)

wobei man schon zu Recht die Frage stellen kann: Schmückt er sich da mit fremden Federn? Haben nicht andere dieses Konzept federführend erarbeitet, und er vermarktet es nur am besten? Aber sei's drum. Das, was Palmer und andere in Tübingen entwickelt haben, ist eine Protektionsstrategie, und diese funktioniert offensichtlich besser als Ihre Eindämmungsstrategie.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Fiechtner zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ganz sicher nicht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Ich darf an dieser Stelle den Oberbürgermeister von Tübingen zitieren:

Wir hätten jede Art von Lockdown mit moderner Kontaktverfolgung wie in Taiwan oder Südkorea und Schutz der Risikogruppen wie in Tübingen vermeiden können.

Protektion statt Eindämmung – es war falsch, was Sie gemacht haben. Offensichtlich leuchtet Ihnen das jetzt zunehmend ein, und deshalb wollen Sie ihn wieder ins Boot holen.

Der Ministerpräsident hat eingeräumt, dass der Sommer verschlafen wurde. Er hat eingeräumt, dass Sie nicht mit dem gerechnet haben, was passiert ist, indem er öffentlich geäußert hat:

Damit haben wir nicht gerechnet; das muss man schon ehrlicher Weise sagen.

Insofern gehört zur Wahrheit auch, dass die Tatsache, dass wir in diese Lage gekommen sind, schon auch mit der Politik im Land Baden-Württemberg sowie mit falschen Entscheidungen der Ministerpräsidentenkonferenz zu tun hat.

Dennoch gibt es bei den 16 Punkten, die die MPK am vergangenen Sonntag beschlossen hat, Punkte, die wir mittragen. Es ist richtig – Punkt 11 –, die Pflegeheime in den Blick zu nehmen. Es ist richtig – Punkt 13 –, an die Bevölkerung zu appellieren, vernünftig zu sein, auf Reisen zu verzichten und sich auch über die Feiertage zu beschränken.

Was zu diffus ist, ist Punkt 14 im Zusammenhang damit, was Sie für die Wirtschaft vorhaben. Hier wird unscharf erklärt, wie die Folgen des erneuten Lockdowns abgemildert werden sollen. Und wen Sie einmal mehr nicht in den Blick nehmen, das sind die mittelbar Betroffenen. Ich höre, dass man sagt: „Na ja, wenn wir jetzt – vorgezogen – den Handel in den Weihnachts-Lockdown schicken und die Händler dann auf Waren sitzen bleiben, dann ersetzen wir ihnen den Verlust.“ Aber was ist mit den Zulieferern? Was ist mit denen, die für Silvester kalkuliert haben? Dies war schon einmal Gegenstand einer vorangegangenen Landtagsdebatte; aber einmal mehr schweigen Sie sich dazu aus.

Was wir ebenfalls nicht mittragen können, ist Punkt 7, bezogen auf die Schulen. Denn diese Springprozedur in der Bildungspolitik ist – Kollege Stoch hat es ausgeführt – mittlerweile schon mehr als problematisch.

Ich will nur ansprechen, was am heutigen Tag ein Lehrerverband der Kultusministerin ins Stammbuch geschrieben hat, nämlich dass sie immer bestimmte Forderungen als völlig abwegig bezeichnet, um sie dann wenige Tage später überstürzt und zur Verwirrung des gesamten Bildungswesens zu übernehmen.

Nehmen wir das Frühjahr. Im Frühjahr hat ein Lehrerverband die Schließung der Schulen gefordert. Daraufhin hat die Kultusministerin von diesem Pult aus erklärt, das sei eine völlig unverantwortliche Forderung. Zwei Tage später hat sie es umgesetzt. Hinsichtlich der Weihnachtsferien oder Weihnachtspause oder was auch immer – die Verwirrung ist ja groß – hat der Ministerpräsident zunächst erklärt: Diese beginnt in diesem Jahr zwei Tage früher. Die Kultusministerin hat gesagt, das trägt sie mit. Dann hat sie gewaltig die Muskeln spielen lassen und hat erzwungen, dass der Unterricht an diesen zwei Tagen doch stattfinden soll,

(Zuruf)

und jetzt ist übermorgen an den Schulen in Baden-Württemberg auf einmal Schluss.

Glauben Sie ernsthaft, mit einer solchen Politik könnte man im Land Baden-Württemberg Vertrauen in die politisch Handelnden und ins Bildungswesen gewinnen, meine Damen und

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herren? Das, was Sie hier machen, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall)

Dann haben Sie, Herr Ministerpräsident, im Frühjahr erklärt, Sie geben eine Studie in Auftrag. Diese Studie soll die Frage beantworten, ob kleine Kinder in besonderem Maß Träger der Infektion sind. Daraufhin haben Sie diese Studie vorgestellt. Die Kultusministerin durfte sogar vorab die Öffentlichkeit informieren – beim Impfstoff wäre das so eine Art Notfallzulassung – und erklären: „Der Tenor dieser Studie ist, dass die kleinen Kinder ungefährlich sind. Deshalb machen wir die Kindergärten und die Schulen – zumindest die Grundschulen – wieder auf.“ Das haben Sie anschließend auch gemacht.

Wenn das aber so ist, Herr Ministerpräsident, warum schließen Sie dann jetzt die Kindergärten und Grundschulen wieder? Das ist doch unlogisch. Sie haben hier im Landtag von Baden-Württemberg erklärt: „Wir machen das, was die Wissenschaft sagt.“ Das hat die Wissenschaft aber so nicht erklärt, Herr Ministerpräsident.

(Vereinzelt Beifall)

Was die älteren Schüler anlangt, da folgen wir Ihnen durchaus. Wir können durchaus nachvollziehen, Herr Ministerpräsident, dass es für die älteren Schülerinnen und Schüler, für die dieser Befund der vier Universitätskliniken in Baden-Württemberg nicht gilt, notwendig sein kann, Schulen zu schließen.

Und sicher ist es auch sinnvoll, einerseits für die jüngeren Schüler bis Klasse 7 und auch für jene, die keine Eltern haben, die in systemrelevanten Berufen tätig sind, die Notbetreuung vorzuhalten. Es ist sicher auch richtig, den Fernunterricht für die Abschlussklassen zu gewährleisten.

Wir stellen uns aber schon die Frage, warum für die Jahrgänge dazwischen – Klasse 8 und folgende – quasi überhaupt kein Bildungsangebot mehr gewährleistet werden soll. Die Erklärung kann ja nur eine sein: weil Sie es nämlich versäumt haben, die digitale Ausstattung der Schulen auf einen Stand zu bringen, von dem aus das möglich ist.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist auch Teil Ihres Versagens, dass die Schüler der Klasse 8 und folgende jetzt in den Lockdown müssen, meine Damen und Herren. Auch das sind Versäumnisse dieser Landesregierung.

Für die Unternehmen predigen wir immer wieder das Instrument des Verlustrücktrags. Ich habe erfreulicherweise vor einigen Tagen andere Töne aus Ihrem Lager gehört. Im Beschluss findet sich das nicht. Wie schon erwähnt, sind die mitteilbaren Branchen wieder einmal ausgeklammert.

Es ist nun offensichtlich leider so, dass dieser Lockdown unvermeidbar geworden ist. Aber es wird höchste Zeit, ihn zu nutzen, um endlich, was auch die SPD-Fraktion fordert, eine Strategie zu entwickeln. Entwickeln Sie endlich eine Strategie. Sagen Sie uns endlich, was Sie im weiteren Verlauf der Pandemie vorhaben. Sagen Sie uns, wie Sie die Wirtschaft,

wie Sie das gesellschaftliche Leben nach diesem Lockdown wieder öffnen wollen und was die Kriterien sind.

Wenn Sie nun von Tübingen gelernt haben und wenn sich Teile dieser Protektionsstrategie jetzt endlich auch in Ihren Anträgen widerspiegeln, dann kann ich nur sagen: Machen Sie bitte weiter. FFP2-Masken in Altenheimen ebenso wie Luftfilter und Schnelltests,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

ein Ampelsystem im Sinne von Herrn Streeck – wir haben das schon mehrfach gefordert –, eine Weiterentwicklung der App sowie Luftfilter und FFP2-Masken in Schulen für die Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für die Schülerinnen und Schüler, das sind die Maßnahmen, die notwendig sind, um das Infektionsgeschehen dort zu begrenzen, wo Infektionen wirklich vorkommen und wo Sie Infektionen wirklich bekämpfen können. Dies gilt auch für Altenheime, wo es vulnerable Gruppen gibt. Diese Strategie ist notwendig. Es ist zu wenig, zu sagen: „An dieser Stelle brauchen wir einen Shutdown. Darüber, wie wir aus diesem Shutdown wieder herauskommen, haben wir uns keine Gedanken gemacht; das erläutern wir euch vielleicht später.“ Das ist zu wenig für verantwortliche Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall)

Deshalb, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus, wird sich die FDP/DVP-Fraktion bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen enthalten.

(Zuruf: Schwach!)

Wir sind der Überzeugung, dass manches davon – ich habe es angesprochen – richtig ist, dass aber nicht alles richtig ist, beispielsweise die Vorschläge zum Thema Bildung. Schon gar nicht ist es richtig, sich selbst auf die Schulter zu klopfen und zu loben, wie Sie es in Ziffer 1 für das angeblich bisher Geleistete tun.

Deshalb haben wir im Sinne dessen, was ich an dieser Stelle gefordert habe, einen eigenen Entschließungsantrag vorgelegt, der das widerspiegelt, was ich in meiner Rede deutlich gemacht habe. Diesen Antrag werden Sie ablehnen, das ist Ihr gutes demokratisches Recht. Aber Sie können nicht sagen, wir machten keine Alternativvorschläge.

Da ich feststelle – es ist am Beispiel Tübingen auch offensichtlich bewiesen –, dass Sie anfangen zu lernen, wollen wir auch die Hoffnung nicht aufgeben, dass Sie unseren Entschließungsantrag, nachdem Sie ihn abgelehnt haben, dann vielleicht heimlich abends herausnehmen und beginnen, den Lockdown, den sie leider in Ihrer Politik in die Wege geleitet haben, zu überwinden. Dann ist diese Debatte am heutigen Tag nicht umsonst gewesen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Pfeiffer, Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Werte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Schon Aristoteles wusste, der Mensch ist ein auf Gemeinschaft angelegtes Wesen. Gemeinschaft ist kein Luxus, sie gehört zum Wesen des Menschseins. Heute sollen Menschen, die ihr Menschsein leben wollen, als unmoralisch abgestempelt, ja kriminalisiert werden. Sie seien, wie Herr Strobl am Freitag sagte, unverantwortlich, unvernünftig, unverschämt.

Der sächsische Ministerpräsident forderte unterdessen ganz klare autoritäre Maßnahmen des Staates. Für viele liegt bereits ein Hauch von Orwells „1984“ in der Luft. Grundrechte sind offensichtlich dringend benötigte Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat. Grundrechte dienen dem Zweck des Menschen, Mensch sein und bleiben zu können. Dass der Mensch ein soziales Wesen ist, bringt schon immer mit sich, dass Keime übertragen werden. Hierzulande sterben rund 30 000 Menschen pro Jahr an Lungenentzündung, 300 000 müssen stationär behandelt werden, schätzungsweise 20 000 sterben an Krankenhauskeimen – zumindest auf dem Papier.

Hätte man schon immer millionenfaches Erkranken und Sterben verhindern können, wenn man Menschen isoliert hätte, ihnen ungesunde Lebensweisen verboten hätte, Sport und Diät verordnet hätte?

Science Fiction? Nein. Der Verweis auf das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Leben scheint jetzt in der Tat zum Blankoscheck der Politik geworden zu sein, den Politiker nun offenbar grenzenlos nutzen wollen. Kein Staat dieser Welt aber kann ein Leben ohne Krankheit, Unfälle und Tod erzwingen. Ein absolutes Recht auf Leben gibt es nur insofern, als der Staat jedes menschliche Leben vor Übergriffen durch Dritte effektiv schützen kann.

Ganz abgesehen davon vermisste ich eine saubere Abwägung zwischen den Schäden durch die staatlichen Maßnahmen und der Krankheit selbst. Zumindest kann oder will die Landesregierung das derzeit nicht beziffern. Verboten, Isolieren und Einsperren, das wird für die Politik zunehmend zum kategorischen Imperativ. Es wird eine Politik der Entmündigung des Menschen und der Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben.

Seit Oktober wird dem Bürger eingebläut, er könne möglicherweise das Weihnachtsfest im Kreise der Familie verbringen, wenn er sich nur an die – nach Gutsherrenart verabschiedeten – Maßnahmen halte. Dass diese Salamtaktik nicht primär die Pandemiebekämpfung, sondern vielmehr volkserzieherische Motive zum Ziel hat, wurde bereits vom Verfassungsrechtler Ferdinand Kirchhof festgestellt und für unzulässig erklärt. So entsteht ein Klima des Misstrauens und der Denunziation. Experten sprechen von depressiven Störungen, Angststörungen und Persönlichkeitsstörungen als Langfristfolgen des Lockdowns. Wir fahren die Wirtschaft gegen die Wand, verschulden uns massiv, beschädigen das Leben von Vereinen und Verbänden; wir vernichten Existenzen und riskieren Suizide. Schon lange wird daher gefordert, gezielt die vulnerablen Gruppen zu schützen. 98 % der Todesfälle finden nämlich dort statt. Dass dies geht, bewies unlängst der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer.

Anderswo aber fehlt offensichtlich der politische Wille zum Schutz der Risikogruppen. Jan Fleischhauer schrieb am Samstag:

Wir sind in der Lage, Massentests für Reiserückkehrer anzuordnen, aber die Politik sieht sich außerstande, die Besucher von Altenheimen auf Corona untersuchen zu lassen. Das ist die Lage im Covid-Winter 2020.

Es ist ein Skandal sondergleichen, dass der Schutz der Risikogruppen nicht ernsthaft angegangen wurde, und es ist auch Ihr Versagen – eine Kombination aus Ignoranz und Unfähigkeit, einschließlich des seit Jahren nicht gelösten Problems des Pflegenotstands.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Pfeiffer, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Harald Pfeiffer (fraktionslos): Stattdessen erklärt man Menschen, die nur ganz normal leben wollen, zu Sündenböcken; man nimmt ihnen ihre Grundrechte und verursacht derzeit nicht zu beziffernde Kollateralschäden.

(Vereinzelte Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Gestern um 22 Uhr – Primetime – Anne Will: eine illustre Runde über den Lockdown, der jetzt ansteht, und mit dabei Professor Dr. Uwe Janssens, Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin. Dieser verkündet wortreich und emotionsgeladen, wie wichtig es ist, endlich die gravierenden, die durchgreifenden Maßnahmen über das deutsche Volk ergehen zu lassen. Die Intensivstationen seien so belastet, sie würden überquellen von Patienten; man würde dieser Lage kaum Herr werden.

Um 22:13 Uhr rief ich bei dessen eigener Intensivstation an und verlangte den diensthabenden Arzt, der dann auch mit mir sprach. Ich fragte: Wie viele Patienten mit Covid liegen denn auf der Station? 19 Betten hat diese Station, und Stand gestern lag auf dieser Station kein einziger Patient.

(Zurufe)

Mit solchen Halbwahrheiten und ganzen Lügen werden wir am Nasenring herumgeführt. Solche Propagandisten in den Fernsehsendern, die nur dazu dienen, das Volk in Angst und Panik zu versetzen!

Dann die ganzen Geschichten mit Infektionen und Tests. Ein Test, der noch nicht einmal in der Lage ist, zwischen einem aktiven und einem inaktiven Virus zu unterscheiden – wie der Berliner Senat zugeben musste –, dessen Positivergebnis wird hier einfach mit Infektion gleichgesetzt. Wenn ein Patient drei Mal in einer Woche positiv getestet wird, erhöht sich die Infektionsstatistik um genau drei.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ein Test, der also zu nichts in der Lage ist, soll dazu dienen, Maßnahmen zu ergreifen.

Dann kommt die Impfung. Was für ein Unsinn! Ich habe es schon mal gesagt: Es ist eine Mordimpfung. Ein pharmazeutisches Produkt, für das noch nicht einmal toxikologische Daten vorliegen, soll einfach über die Menschen ergossen wer-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

den. Im Raum stehen eine Unfruchtbarmachung der Frauen, schwere allergische Reaktionen. Und das wollen Sie den Bürgern einfach so zumuten. Jawohl, Sie können es, weil Sie die Bürger zuvor in Angst versetzt haben.

Sie riskieren das Leben der Bürger. Sie riskieren Existenzen. Sie vernichten ein ganzes Land. Sie führen Menschen in Leid, Panik, Verderben und Tod.

Sie können die Maßnahmen – Mundschutz tragen, Abstand halten, Quarantäne, Lockdown – noch nicht einmal begründen. Auf eine Anfrage, die ich gestellt habe, heißt es:

Die Überprüfung der nicht-pharmakologischen Maßnahmen wird nicht dokumentiert. Demnach existieren keine Verwaltungsvorgänge bzw. Aktenzeichen über die Ergebnisse.

Eine absolute Kapitulation, eine Frechheit! Sie muten den Menschen Quarantäne zu und können noch nicht einmal nachweisen, warum Sie das tun. Aber Sie führen unser Land in ein Verderben.

An dieser Stelle ist es höchste Zeit.

(Zuruf)

– Ja, bitte? Haben Sie eine Frage?

(Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Die Redezeit, Herr Abg. Dr. Fiechtner!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): An dieser Stelle ist es höchste Zeit.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ja, es ist höchste Zeit.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): An dieser Stelle ist es höchste Zeit: Nachdem es nicht mehr gelingt, mit den Regeln des Rechtsstaats zum Recht zu kommen, ist die Bürgerpflicht zum Rechtsgehorsam durchbrochen, und Artikel 20 Absatz 4, der Widerstand der Bürger wegen des Staatsstreichs ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, haben Sie mich gehört? Es ist höchste Zeit, dass Sie aufhören, weil Ihre Redezeit lange abgelaufen ist.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... eines gleichgeschalteten Parlaments, einer Exekutive, die sich für nichts zu schade ist, und einer Legislative, die sich anpasst, ist geboten.

(Zurufe, u. a.: Unverschämt! – Unglaublich! – Mein Gott! – Unruhe)

– Parteilstreber.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, ich darf Ihnen noch einmal das Wort überlassen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich erst einmal bei den Regierungsfractionen bedanken für die Unterstützung durch den Entschließungsantrag, für die Beschlüsse, die

wir gemeinsam gefasst haben. Aber auch bei den Oppositionsfractionen SPD und FDP/DVP sehe ich doch eine grundsätzliche Unterstützung dieser Maßnahmen, so, wie wir sie jetzt mit dem Lockdown ergreifen,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch verbrecherisch!)

wobei es natürlich Differenzen in einzelnen Fragen gibt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Verbrecherisch!)

Vielen Dank für diese grundsätzliche Unterstützung. Das ist, glaube ich, in dieser Zeit wichtig.

Zu Ihnen, Herr Gögel, möchte ich sagen: Sie sind genau wie alle anderen Fraktionsvorsitzenden umgehend von den Ergebnissen unterrichtet worden.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich habe es allerdings versäumt, Sie hinterher anzurufen; das stimmt.

(Zurufe, u. a.: Aha!)

Sie müssen sich allerdings in Ihrer Fraktion schon mal darüber einigen: Ist das nun ein gefährliches Virus, und es ist eine Pandemie, oder ist es eine harmlose Grippe? Darüber müssen Sie sich einfach mal untereinander einigen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Eine mittelschwere Grippe laut John Ioannidis!)

Denn das, was Sie hier präsentieren, ist höchst widersprüchlich,

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Sie lenken ab vom Thema!)

und es ist sehr schwierig, damit umzugehen. Man kann nicht – wie Sie es tun – einerseits sagen, das, was da passiert, sei gar nicht gefährlich, und andererseits dann wieder hinsichtlich der Verteilung von Masken und was weiß ich was Kritik üben. Das passt nicht zusammen. Einigen Sie sich doch einfach mal darauf, was Sie wollen.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, möchten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zulassen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich finde es sehr schön, dass Sie sich an den Positionen der AfD abarbeiten wollen. Aber wäre es nicht sinnvoller, sich wirklich der Coronasituation zu widmen? Sie lenken vom Thema ab.

Vielen Dank.

(Lebhafter Widerspruch – Lebhafter Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, an Ihnen arbeite ich mich eben gerade nicht ab. Gerade das habe ich nicht vor.

(Beifall)

Dafür ist die Situation dann doch zu ernst.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hinterher sind wir alle klüger.

(Zurufe, u. a.: Die Grünen nicht!)

Der Philosoph Sören Kierkegaard hat es etwas umfassender ausgedrückt:

Das Leben kann man nur rückwärts verstehen, aber leben muss man es vorwärts.

(Zuruf: Genau!)

In dieser Situation befinden wir uns nun mal in dieser Pandemie. Wir brauchen die Erfahrungen, die wir in diesen Monaten machen; denn über das Virus und seine Verbreitung wissen wir noch immer viel zu wenig. Auch die Studien, die Sie genannt haben – – Wir haben auch andere Studien. Das Bild ist nicht mehr so einheitlich, etwa dazu, was Kinder und Jugendliche betrifft. Wir sind da also ein lernendes System. Das ist einfach so.

Das grundlegende Problem, das wir zurzeit haben, ist, dass wir bei mindestens über 60 % der Infektionen nicht mehr sagen können, woher sie kommen, woher sich die infizierte Person die Infektion geholt hat. Das macht einfach das Problem aus. Wenn man das nicht weiß, wie soll – das frage ich Sie mal – dann die Strategie aussehen? Wenn man gar nicht wirklich weiß, wo sich die Leute angesteckt haben, wie soll dann die Strategie aussehen, die die Pandemie gezielt bekämpfen soll? Das möchte ich gern einmal von irgendjemandem hören. Das habe ich bisher noch nie gehört.

(Beifall – Zurufe)

Die Wissenschaftler haben uns noch einmal ganz eindringlich gesagt – wir haben sie nämlich noch einmal ins Kabinett geholt, bevor wir die Entscheidung getroffen haben –: Das Entscheidende ist: Wir müssen herunterkommen von diesen hohen Infektionszahlen, und dann schlägt auch wieder die Stunde von Strategien und Plänen. Vorher sind sie überhaupt nur sehr, sehr bedingt möglich.

(Abg. Anton Baron AfD: Dunkelziffer!)

Ich verstehe, dass dauernd gefordert wird: Planbarkeit und Wenn-dann-Szenarien. Aber das ist bei diesen sehr hohen Infektionszahlen weithin illusorisch. Das muss ich Ihnen leider sagen, weil uns das die Wissenschaftler so sagen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Herr Abg. Stein würde gern eine Zwischenfrage stellen. Ist das möglich?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Einen kleinen Moment. – Darum haben sie so dringend an uns appelliert,

diesen Schritt jetzt zu gehen, damit die Infektionszahlen sinken und wir dann wieder in einen Bereich kommen, in dem wir die Pandemie kontrollieren können, weil wir wieder etwas über die Infektionsketten wissen, wo sie entstehen und wo sie sich weiterverbreiten. Das ist genau der Punkt.

Darum haben wir uns so entschieden, wie wir uns entschieden haben – für diese harten Maßnahmen –, weil wir sonst Ihre Wünsche auch nach dem 10. Januar nicht erfüllen können. Das muss man leider so deutlich sagen.

Wenn wir bis zum 10. Januar nicht runterkommen, müssen wir wieder entscheiden: Was machen wir mit den Schulen? Dann müssen wir wieder entscheiden: Was machen wir mit den Betrieben? Da kann ich Ihnen ziemlich sicher sagen: Wir werden dann diese Beschränkungen wohl nicht aufheben können, sondern vielleicht müssen wir sie sogar noch mal verschärfen. Denn wir haben keineswegs alles stillgelegt, wie Sie behauptet haben, sondern es sind nur bestimmte Bereiche der Wirtschaft betroffen. Das Arbeitsleben und das wirtschaftliche Leben finden in weiten Bereichen nach wie vor statt. Es ist klar: Man kann eine Baustelle nicht im Homeoffice aufstellen, und man kann im Homeoffice auch kein Auto produzieren.

Das heißt, es gibt eben bestimmte Bereiche, in denen es notwendig ist, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an ihren Arbeitsplatz gehen. Aber der dringende Appell lautet, wo immer es möglich ist, Homeoffice zu machen, und wo immer es möglich ist, dann auch in dieser Zeit Betriebsurlaub und Betriebsferien zu machen. Das ist der dringende Appell.

Dann will ich doch noch mal darauf hinweisen: Sie waren da nicht gerade der Leiseste, Herr Kollege Rülke, und Sie auch nicht, Herr Stoch. In einer früheren Phase der Pandemie haben wir doch sehr, sehr intensiv über die Verhältnismäßigkeit unserer Maßnahmen gesprochen.

(Zuruf)

Da musste ich mir doch einiges anhören.

(Abg. Anton Baron AfD: Zu Recht!)

Und – darauf will ich auch einmal hinweisen – die Gerichte haben nicht wenige der Maßnahmen, die wir gemacht haben, für unverhältnismäßig erklärt und aufgehoben.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Stoch SPD: Zu Recht!
– Abg. Anton Baron AfD: Vollkommen richtig!)

Das muss man einfach auch mal sehen. Daran sind wir doch wohl gebunden. Jetzt ist wieder eine allgemeine Maskenpflicht in der Ludwigsburger Innenstadt vom Gericht aufgehoben worden – erfreulicherweise nur für diejenigen, die geklagt haben. Es wurde nicht die ganze Verordnung aufgehoben.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Also waren und sind wir noch immer in der Abwägung der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Darum dauert es auch manchmal etwas länger, weil wir in einem Rechtsstaat leben und das beachten müssen, und nicht, wie manche Leute denken: Wenn die Bundeskanzlerin jetzt eine flammende Rede hält, dann gilt

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

unmittelbar danach das, was sie dort gesagt hat. So ist es eben nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gott sei Dank!)

Vielmehr müssen wir solche Verordnungen machen; die müssen sattelfest sein. Wir müssen das, was sie erwartet, selbst beachten. Wie Sie gesehen haben, genügt es den Gerichten nicht immer. Aber das darf man doch bitte mal nicht ausblenden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, ich muss Sie bitte noch mal unterbrechen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Die wirksame Strategie ist natürlich, sehr, sehr früh alles stillzulegen. Aber wäre das verhältnismäßig? Hätte das vor Gericht und vor Ihrem kritischen Urteil standgehalten? Sicher nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Haben wir doch gar nicht verlangt!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Schweickert. Lassen Sie die zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Einen kleinen Moment. – Deswegen haben wir am 2. November die Beschlüsse getroffen, die wir getroffen haben. Warum? Weil wir Ansagen aus der Wissenschaft hatten,

(Zuruf: Wer?)

dass wir, wenn sich die Leute auch umfänglich an die Maßnahmen halten, damit rechnen können, die Welle zu brechen. Deswegen haben wir diese Beschlüsse und nicht noch schärfere gefasst.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer aus der Wissenschaft?)

Das war schlichtweg der Grund.

Die Wissenschaftlerin, die uns beraten hat, hat gesagt: „Es war den Versuch wert.“ Das hat sie ganz ernsthaft gemeint. Aber es hat nun mal nicht gereicht. Wir waren auch viele Wochen in einer Seitwärtsbewegung. Die Zahlen sind in der ersten Zeit sogar langsam gesunken und erst jetzt, vor wenigen Tagen, hochgeschwollen.

Herr Kollege Rülke, weil Sie das angesprochen haben mit den Ausgangsbeschränkungen: Als mir am Donnerstag um 5 Uhr zum zweiten Mal die Zahl von über 4 000 Infizierten in Baden-Württemberg gemeldet wurde, habe ich in der Tat die Reißleine gezogen und mir gesagt: „Du musst jetzt etwas machen.“ Das war das allererste Mal, dass ich vorgeprescht bin und nicht auf alle Beschlüsse der MPK gewartet habe. Denn ich habe Gefahr im Verzug gesehen und mich in solch einer Situation, in der die Zahlen dermaßen nach oben gehen, verpflichtet gefühlt, jetzt diese Ausgangsbeschränkung mit harten Ausgangssperren nachts zu machen, die auch erfreulicherweise ganz gut eingehalten wird. Mannheim hat das vorgemacht. Denn ich wollte nicht in Kauf nehmen, dass wir noch Tage warten müssen, nämlich bis Mittwoch, bis überhaupt wichtige Einschränkungen passieren.

Zu den anderen Fragen – Geschäfte, Schulen – habe ich nichts beschlossen, denn die sind natürlich weit umstrittener und prekärer. Da ist es auch wichtig, im Konsens vorzugehen. Aber bei den hohen Infektionszahlen, der Steigerung, die wir in Baden-Württemberg hatten, schien es mir angemessen, das zu machen.

Ich habe dann am Freitag eine Sonderschalte des Kabinetts gehabt, und wir haben das besprochen. Für diese Maßnahme habe ich das Parlament jetzt nicht extra gebeten, zu kommen. Aber es soll nicht an mir liegen. Ich werde in Zukunft, wenn noch einmal solche Dinge anliegen, die zwar nur einen einzelnen Punkt betreffen, aber sehr wichtig sind, durchaus der Parlamentspräsidentin schreiben, dass sie das Parlament einberufen kann. Das nehme ich also als Kritik von Ihnen auf.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer sind Ihre Wissenschaftler, Herr Kretschmann?)

Jetzt will ich noch einmal sagen: Perspektive und Planungen gehen nur bei niedrigen Zahlen. Deswegen haben wir uns jetzt für solche durchgreifenden Maßnahmen entschieden. Das ist einfach der Grund.

Jetzt zur Strategie: Containment oder Protection? Das ist keine Alternative.

(Beifall)

Es ist keine Alternative. Wir können eine vernünftige Protection gar nicht machen, wenn wir nicht die Zahlen drastisch nach unten bekommen.

Meine Damen und Herren, 30 % bis 40 % der Bevölkerung gehören zu Risikogruppen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen es gesagt hat: Es sind allein 21 Millionen Personen über 60 Jahre. Dazu kommen sehr viele andere Millionen Menschen, die aus anderen Gründen zu den belasteten Gruppen zählen. Jetzt frage ich Sie: Was heißt Protection für dieses eine Viertel bis eine Drittel der Bevölkerung? Was soll denn das heißen?

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Balzer zu?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das müsste einem doch mal jemand sagen, was das heißen soll. Deswegen tun wir das, was möglich ist.

Dass wir jetzt ganz verstärkt etwa in Alten- und Pflegeheimen testen und darauf achten, dass dort keine Infektionen hineingetragen werden, das ist der Fall. Dort werden FFP2-Masken verteilt. Dort wird getestet, wie es jetzt auch der Beschluss vorsieht. Das heißt, das machen wir jetzt.

Allerdings: Zu der Zeit, als Tübingen das gemacht hat, wo man sich sehr früh auf dem Markt Masken besorgt hat, hätten wir sie bundesweit gar nicht gehabt. Das heißt, es wäre bundesweit zu diesem Zeitpunkt gar nicht möglich gewesen. Das kann eine einzelne Kommune machen, aber wir hätten es umfänglich gar nicht machen können.

Es ist halt so: Wenn einer im Theater aufsteht, sieht er natürlich besser, aber wenn alle aufstehen, nicht mehr.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Genau!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das ist das Problem bei der Geschichte. Das sind keine Vorwürfe an die Stadt Tübingen und ihren Oberbürgermeister, aber das war zum damaligen Zeitpunkt nicht in dem Sinn verallgemeinerbar, wie es den Eindruck erweckt hat. Jetzt wird groß vom Tübinger Weg gesprochen. Auf diesem Weg sind wir schon längst, und das wird nach Maßgabe der Mittel und Instrumente gemacht, die wir dazu haben, und der Logistik, mit der das verteilt wird. Insofern sind wir genau auf diesem Weg.

(Beifall)

Aber da es sehr viel mehr Vulnerable gibt als jene in Alten- und Pflegeheimen, geht Protection ohne Containment nicht. Deswegen müssen wir von diesen hohen Zahlen herunter, damit wir genau das wieder machen können.

Also überlegen Sie mal: Wenn wir bei den hohen Infektionszahlen von 30 000 oder gar 40 000, die wir jetzt hatten, die Nachverfolgung machen würden, wenn es überhaupt ginge, dann hätten Sie jeden Tag zwei Millionen Menschen in Quarantäne. Wie soll denn das funktionieren? Wer soll denn das machen? Also geht es nur zusammen. Das ist genau die Strategie, die wir verfolgen. Wir sind da, glaube ich, auf einem richtigen Weg.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer sind Ihre Wissenschaftler, Herr Kretschmann?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Wären Sie vielleicht, Herr Ministerpräsident, bereit, zwei Zwischenfragen von Abgeordneten zuzulassen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, jetzt. Herr Abg. Dr. Schweickert hat mich schon früh gefragt.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, ich bin Ihnen dankbar für das Zulassen von zwei Zwischenfragen. Die erste: Sie haben gerade das Thema Protection angesprochen. Können Sie mir erklären, was daran sinnvoll ist, wenn wir jetzt bei der kostenlosen Ausgabe der FFP2-Masken die älteren Leute, die am besten zu Hause bleiben, vor die Apotheken in die Warteschlangen bringen, um sich die FFP2-Masken abzuholen, statt dass Kommunen mit DRK, Feuerwehr oder THW sie ihnen bringen? Wie passt eine solche Maßnahme zum Bereich Protection? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage: Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin gesagt: Sie verstehen die Verzweiflung in der Wirtschaft. Wenn heute noch 50 % des Jahresumsatzes fehlen und diesen in den letzten zwei Wochen des Jahres vielleicht die Firma Amazon macht, gleichzeitig in Ihrer Regierung aber unklar ist, ob es für den stationären Einzelhandel Click-and-Collect- oder Versandmöglichkeiten geben soll, dann frage ich Sie: Verstehen Sie die Verzweiflung?

Was sagen wir den Menschen in der Wirtschaft, denen groß Hilfen angekündigt wurden – beispielsweise für die Gastronomie –, die dazu geführt haben, dass die Beherbergungsverbote von den Gerichten nicht wieder aufgehoben worden sind, wenn sie dann am Kleingedruckten scheitern?

Oder was sagen wir denen – das ist der letzte Punkt –, die einen Antrag auf Soforthilfe I gestellt hatten und die unsicher

sind, wie es weitergeht, weil sich permanent alles ändert im Hinblick auf die Antragsformulare und die Art und Weise, wie Anträge gestellt werden können? Diese müssen Angst haben, dass irgendwann, wenn in fünf Jahren Corona vorbei ist, das Finanzamt kommt, eine Betriebsprüfung macht und sagt: „Hier haben wir ein Problem.“ Was sagen wir den Leuten, die aufgrund der sich permanent ändernden Vorgaben an die Wirtschaft unsicher sind?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Kollege Schweickert, ich sehe nicht, dass sich Menschen über die Maßnahmen und Hilfen beschwerten, die wir in Baden-Württemberg gemacht haben.

(Zuruf)

Das sehe ich überhaupt nicht. Die Leute sind froh darüber.

Beim Bund ist es alles ein bisschen schwieriger und komplizierter. Ich will das auch gar nicht kritisieren. Es stehen schwierige EU-rechtliche Fragen zur Debatte. Darauf habe ich nun keinen direkten Einfluss. Das müssen die Bundesbehörden selbst machen und sich mit uns committen, wenn wir das umsetzen sollen. Wir können da nur einen allgemeinen Druck machen.

Ich sage es Ihnen noch mal, Sie haben es gesehen: Nachdem es mit den Abschlagszahlungen nicht gut lief, sind diese erhöht worden. Wir sind da dran. Aber wir können die Arbeit der Bundesbehörden nicht übernehmen. Da müssen Sie sich schon über Ihre Kollegen im Bundestag direkt an die Bundesbehörden wenden. Ich kann nicht mehr tun, als dass wir allgemein Druck machen. Die Minister machen das. Ich möchte nicht wissen, wie oft die Wirtschaftsministerin in Telefongesprächen und -schalten ist und sich wirklich krummlegt, damit das geschieht. Also, da tun wir das Mögliche.

(Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wird die Landesregierung Click and Collect und Versandhandel zulassen?)

– Ja, da sind wir dabei. Es ist einfach ein Beispiel. Sofort steht etwas im Raum.

Aber schauen Sie: Das Prinzip ist erst mal: Wir wollen jetzt einfach verhindern, dass sich Menschen in Städten wieder ansammeln – aus welchen Gründen auch immer. Schauen Sie: Es macht keinen Sinn, dass wir die Läden schließen und dann das Geschehen sozusagen beim Abholen vor dem Laden stattfindet. Das macht doch keinen Sinn. Deshalb versuchen wir es jetzt mit dem umgekehrten Weg: ein Bringsystem. Darauf haben wir uns, glaube ich, schon geeinigt. Das ist jetzt in der Mache, sodass auch die örtlichen Geschäfte den Leuten, die etwas brauchen, dies bringen können. Das Bringsystem ist möglich, das Holsystem nur für Lebensmittel. Das ist das, was wir gerade heute noch einmal besprochen und verhandelt haben. Ich hoffe, dass ich jetzt niemandem vorgegriffen habe. Aber das wird ungefähr der Weg sein. Ich hoffe, dass das in Ihrem Sinn ist.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Würden Sie auch die Frage von Herrn Abg. Dr. Balzer beantworten? Kann Herr Abg. Dr. Balzer auch eine Zwischenfrage stellen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ja, noch eine Zwischenfrage.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Balzer, dann stellen Sie bitte Ihre Frage.

Abg. Dr. Rainer Balzer AfD: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, danke für das Zulassen der Frage. – Sie haben vorhin sehr schön ausgeführt, dass die Nennung der Zahlen von über 4 000 Infizierten in Baden-Württemberg am letzten Donnerstag und letzten Freitag Sie zu klugem Handeln veranlasst hat.

Meine konkrete Frage ist – 4 000 Infizierte oder mehr –: Wie viele Menschen – diese Frage haben Sie meiner Partei, uns vorhin auch gestellt – sind denn jetzt tatsächlich richtig schwer erkrankt, sodass man darüber reden kann, ob das eine leichte, eine starke oder eine ganz massive Grippe ist, die sofortige Eingriffe im Krankenhaus erfordert?

(Zurufe)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich habe Ihnen das doch beantwortet. Es sind 2 500 Menschen auf den Intensivstationen.

(Zuruf)

Man muss Folgendes sehen: Erstens: Das Problem ist die Zahl. Die Dunkelziffer – das habe ich Ihnen ja gesagt – ist bei der Infektionslage, die wir haben, sehr viel höher.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

Das ist nur die Zahl der Gemeldeten.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja!)

In Wirklichkeit sind es mehr.

Zweitens: Es ist klar – das kann man ungefähr sagen –, dass ein bestimmter Prozentsatz davon schwer krank wird. Man muss leider auch sagen, dass ein Teil davon sterben wird. Das weiß man. Dazu kommt, dass heute auch mehr Menschen in den Krankenhäusern liegen, die nicht auf die Intensivstation kommen, sondern andere Stationen belegen. Das alles sind Tatsachen.

Die Zahlen können Sie gern jederzeit erfragen. Das Recht haben Sie als Abgeordneter. Sie bestreiten es aber offensichtlich. Ich weiß gar nicht, was diese Debatte soll. Wir müssen uns hier nicht über Zahlen streiten, die uns die Krankenhäuser melden. Das kann jeder einfach erfahren. Man muss es nur ernst nehmen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall)

Man muss es ernst nehmen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es gab noch eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Stein.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, jetzt bitte nicht.

(Zurufe, u. a.: Jetzt aber, bitte! – Jetzt langt es!)

Ich will noch etwas sagen: Herr Kollege Stoch, wir haben das letzte Mal über die Regelung für das Weihnachtsfest geredet. Ich habe mit einigem Respekt gesagt, dass man selbstverständlich auch Ihre Position vertreten kann, dass sie durchaus vertretbar ist. Das kann man aus epidemiologischen Gründen überhaupt nicht bestreiten. Ich habe aber erklärt, warum wir damals eine andere Regelung gefasst haben. Ich habe erläutert, dass wir sie aus den allgemeinen Gründen des Feiertagschutzes so gefasst haben.

Bei Weihnachten kommt immer noch hinzu, dass es ein wichtiges Familienfest ist. Deswegen sind wir dabei geblieben, die Kontakte für die Familien ein Stück zu erweitern. Wir haben aber versucht, die Kontakte so einzugrenzen, dass ein Minimum an verwandtschaftlichen Kontakten möglich ist. Wir haben sowohl den Zeitraum als auch die Möglichkeiten der Kontakte etwas eingeschränkt. Darüber kann man in der Tat unterschiedlicher Auffassung sein. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat sich jetzt noch einmal sehr einmütig für diesen Weg entschieden.

Jeder, der es nicht muss, ist aber aufgerufen, dass er das Weihnachtsfest anders feiert, als er es gewohnt ist. Ich persönlich war durch die Umfrage beunruhigt, bei der 40 % der Befragten trotz der schon weiteren Lockerungen gesagt haben, dass sie sich an die Regeln nicht halten werden. Jeder weiß doch, dass der Innenminister nicht die Polizei in die Wohnungen schicken kann, damit sie nachschaut, wie viele um den Christbaum herumsitzen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das geht doch schlichtweg nicht. Das kann doch ernsthaft niemand vom Innenminister erwarten. Also sind wir in besonderer Weise darauf angewiesen, dass sich die Menschen, die sich versammeln, an die Regeln halten. Nur im Einzelfall kann man das kontrollieren. Deshalb sind wir bei dieser Regelung geblieben. Offensichtlich ist es mit einer hohen Emotionalität verbunden, dass man das Weihnachtsfest irgendwie mit seinen Angehörigen und allerengsten Freunden feiert. Deshalb haben wir uns so entschieden.

Aber auch die, die überhaupt keine Kontakte wollen – auch dazu gab es bei der Ministerpräsidentenkonferenz eine Stimme –, verdienen Respekt. Auch das kann man gut begründen.

Dann will ich noch etwas zu den Fragen zur Schule sagen. Wir alle sind uns einig – das wissen inzwischen auch alle –, wie wichtig der Präsenzunterricht ist. Ich kann der Kultusministerin nicht verübeln, dass sie für diesen Präsenzunterricht kämpft. Das kann ich ihr doch nicht übel nehmen. Das ist einfach ihre Aufgabe.

(Beifall)

Darum geht es jetzt. Jetzt haben wir aber eine andere Infektionslage. Da gab es ein gewisses Hin und Her. Aber ich will auch noch einmal sagen: Das war doch sehr, sehr lange vor der Entscheidung über die Regelungen zur Weihnachtszeit. Jetzt muss man nicht so tun – das war drei Wochen vorher –, als hätte es alle gleich in Ungemach gestürzt, weil es an drei Tagen mal ein Hin und Her gab.

Dass es nicht gut ist, so etwas zu machen, bestreitet ja niemand – schon gar nicht in der Pandemie. Aber die Einschät-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

zungen von mir und ihr waren einfach unterschiedlich. Ich will noch einmal sagen: Mit Wahlkampf hatte das überhaupt nichts zu tun, überhaupt gar nichts!

(Vereinzelt Beifall – Zurufe – Unruhe)

Wir haben in der Regierung vereinbart, ich habe mit der Kultusministerin, der Spitzenkandidatin der CDU, vereinbart:

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir werden keinen Coronawahlkampf führen.

(Beifall – Zuruf: So ist es!)

Die Bevölkerung kann von uns auch zu Recht erwarten, dass wir das in einer schweren Krise nicht machen. Ungewöhnlicherweise wird es so sein: Wir werden in dieser Krise notfalls bis zum allerletzten Tag vor der Wahl zusammen regieren und zusammen regieren müssen,

(Zuruf: Bis zur letzten Stunde!)

weil das die Lage erfordert, und das werden wir auch machen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe – Unruhe)

Die Bevölkerung hat zu Recht einen Anspruch darauf, dass wir da nicht einfach in die Pause gehen. Das, was in den Monaten vor einer Wahl sonst natürlich üblich ist, wird in diesem Fall nicht möglich sein.

Ich will noch einmal sagen: Die Entscheidung, die wir dann getroffen haben – – Mir ging es jetzt um die pandemischen Fragen in dieser Auseinandersetzung. Die waren mit dem Kompromiss, den wir schließlich gefunden haben, in Wirklichkeit erfüllt. Das will ich noch einmal sagen. Wir gingen von der These aus, dass es bei den Kleinen und Kleinsten nicht notwendig ist – und für die Älteren Fernunterricht. Damit sind die Erfordernisse der Pandemie erfüllt.

Was ist jetzt anders? Jetzt geht es – ich habe das damals ja gesagt – – Wir haben die Regelungen nicht für die Lehrerinnen und Lehrer gemacht. Darüber, wie diese Regelungen aussehen, gab es natürlich auch Proteste. Das hatte nichts mit einer Geringschätzung von Lehrerinnen und Lehrern zu tun. Vielmehr erfolgte der damalige Beschluss wegen der Schülerinnen und Schüler, der Millionen Schülerinnen und Schüler. Das war der Grund.

Jetzt, bei der hohen Zahl von Infektionen, ist das anders. Jetzt geht es auch um die Erzieherinnen und Erzieher, um die Lehrerinnen und Lehrer und um die Eltern, sobald diese ihre Kinder in den Kindergarten bringen. Eltern, die ihre Kinder in den Kindergarten bringen, sollen nicht wie üblich wieder zusammenstehen und über die Probleme ihrer Kinder reden. Auch das soll reduziert werden.

(Zuruf: Sehr gut!)

Dass sie das normalerweise machen, kann jeder verstehen. Aber auch das soll jetzt unterbleiben – deswegen nun die noch etwas schärfere Maßnahme. Das heißt, wir haben jetzt, Herr Kollege Rülke, Herr Kollege Stoch, eben auch die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher sowie die Eltern, die zur Schule kommen, im Blick.

Bei einer anderen Infektionslage kann man sagen: „Bei einem Verhältnis von 120 000 Lehrkräften zu einer Million Schüler muss man das nicht machen.“ Aber jetzt muss man auch das machen. Das ist schlichtweg die Begründung dafür, warum das so gemacht wird.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Jawohl! – Sehr gut!)

Von diesen Beschlüssen soll doch auch ein klares Signal ausgehen. Und das Signal muss heißen: Leute, jetzt ist endlich mal Schluss damit, dass man sich irgendwo tummelt.

(Vereinzelt Lachen)

Das ist einfach das Signal – darum die milderen Ausgangsbeschränkungen am Tag, damit man einkaufen kann. Und wenn man eingekauft hat, geht man nach Hause und hält eben nicht noch ein Schwätzchen vor dem Laden.

(Zuruf: Genau!)

Und wenn man die Kinder in den Kindergarten gebracht hat, geht man nach Hause.

(Zuruf)

Darum ist jetzt geschlossen worden, um einfach auch klarzumachen: „Liebe Leute, macht das jetzt nicht.“ Dass wir das ansonsten machen, ist das Normalste und Schönste von der Welt – aber jetzt eben nicht. Das war das Signal: Wir brauchen einfache, klare und durchgreifende Regeln. Und das ist damit, glaube ich, erfolgt.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Ministerpräsident, Frau Abg. Reich-Gutjahr würde gern eine Frage stellen. Lassen Sie die zu?

(Zurufe, u. a. Abg. Udo Stein AfD: Moment mal, da bin ich vorher dran!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Reich-Gutjahr, bitte.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Bei der Diskussion über dieses Thema geht es ja sehr emotional zu. Was wir aber brauchen, sind klare Perspektiven. Deshalb wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns sagen würden, was in den nächsten zweieinhalb Wochen, die Ihnen, der Regierung, zur Verfügung stehen, konkret an Strategien entwickelt wird, damit wir wissen: Wenn die Situation X eintritt, dann machen wir Folgendes, wenn die Situation Y eintritt, machen wir das andere, und wenn die Situation Z eintritt, haben wir noch etwas anderes vor. Das ist es, was die Menschen jetzt von dieser Regierung erwarten; denn es ist ja nicht so, dass man es nicht planen kann. Ich würde mir wünschen, dass Sie uns sagen, wie Ihre Pläne sind, damit wir uns auf etwas einstellen können und dies dann rechtzeitig hier im Plenum diskutiert werden kann.

Danke schön.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Abgeordnete,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

es gibt eine klare Perspektive. Das heißt, die Bevölkerung wird durchgeimpft, und dann ist es herum mit dieser Pandemie. Das ist die klare Perspektive.

(Beifall – Zurufe)

Wir sind dabei, dies zu organisieren. Das ist die einzige klare Perspektive, die es – Gott sei Dank – gibt.

(Unruhe)

Alles andere, was geschieht, ist minder klar. Es hängt immer von der Infektionslage ab, Frau Abgeordnete; das ist nun einmal so.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wenn es uns hoffentlich gelingt,

(Zuruf)

zum 10. Januar – oder wenig später – die Sieben-Tage-Inzidenz wieder in den Bereich von 50 zu bekommen, dann können wir wieder eine klare lokale Hotspot-Strategie auflegen, die diesen Namen auch verdient. Wenn das ganze Land – wie jetzt – schon auf 200 zugeht, was soll dann eine Hotspot-Strategie? Was für einen Stufenplan soll ich da machen? Das ist schon die Stufe Dunkelrot, das können Sie in den Übersichten sehen. Also: Wenn wir herunterkommen, dann wird noch einmal klarer gemacht – es wird jetzt auch erarbeitet –, welche härteren Maßnahmen wir in den einzelnen Stufen auflegen, und dann können wir es Ihnen sagen.

(Unruhe)

Man kann natürlich sagen: ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich darf um Ruhe bitten, meine Damen und Herren!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: ... So, liebe Bevölkerung, wenn die Zahlen am 10. Januar nicht unter 50 liegen, dann geht es so weiter, und es kommt noch etwas dazu.

(Zurufe, u. a.: Ja, genau, dann sperren wir sie weg!)

So wird es wahrscheinlich sein. Aber dazu legen wir ja jetzt die Maßnahmen fest – nicht, dass wir im selben Zustand sind wie jetzt, sondern hoffentlich darunter. Wenn wir darunter sind, dann schlägt wieder die Stunde der lokalen Begrenzung, der lokalen Strategien. Die Pandemiestufen, die der Sozialminister festgelegt hat, liegen vor, sind aber nicht greifend genug. Wir wissen jetzt, dass wir klarere, schärfere Regelungen für die einzelnen Stufen treffen müssen, und diese werden dann, denke ich, sicher vorliegen. Das Mehr an Klarheit ist da nicht zu machen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Binder und Frau Abg. Lindlohr, würden Sie jetzt bitte das Gespräch einstellen!

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich sage Ihnen auch: Da jedes Virus anders ist, können Sie das auch nicht ins Infektionsschutzgesetz schreiben, sonst müssten Sie es bei jeder neuen Pandemie, die kommt, novellieren. Bei den Masern beispielsweise – so hat mir ein Infektiologe gesagt – genügt es, wenn jemand mit Masern in einen Klassenraum geht. Nach fünf Minuten ist die ganze Klasse angesteckt, weil Masernviren eine 30-mal höhere Infektiosität als das Coronavirus haben.

So ist jedes Virus anders, und Sie müssen für jedes Virus eine andere Strategie auflegen. Deshalb werden wir, solange die Infektionszahlen so hoch sind, immer auch ein Stück auf Sicht fahren; es bleibt uns gar nichts anderes übrig. So haben wir es gemacht, und ich kann nicht so tun, als hätten wir nicht erfolgreich gearbeitet. Das war der Fall. Über den ganzen Sommer waren die Infektionszahlen sehr niedrig. Wir wussten natürlich, dass eine zweite Welle kommt; Sie müssen mich schon richtig zitieren. Dass sie in dieser Schärfe und Geschwindigkeit kommt, haben wir unterschätzt – jedenfalls ich. Das kann man überhaupt nicht bestreiten. Davon sind wir in der Tat nicht ausgegangen.

Jetzt wissen wir mehr, also will ich noch einmal sagen: Wir versuchen, gemeinsam die Infektionszahlen herunterzubekommen. Wenn uns das gelingt, dann können wir auch wieder planbarer handeln, und wenn nicht, werden wir weiter auf Sicht fahren müssen. Das muss ich Ihnen so offen sagen. Ich bin gespannt, ob jemand ganz andere Angebote machen kann. Die habe ich bisher nicht vernommen.

Insofern habe ich noch einmal eine Bitte; das ist eine ganz wichtige Bitte. Ich merke es schon wieder an den vielen E-Mails und Briefen, die ich bekomme. Jeder fragt: „Darf ich das noch?“ Es ist ein bisschen der Geist dieser Lückensucherei:

(Zuruf: Ja!)

Wo darf man jetzt gerade noch was machen? Mein Rat an uns alle ist, genau umgekehrt vorzugehen, nicht nach jeder Lücke in der Verordnung zu suchen, danach zu suchen, was man noch darf, sondern von der Vernunft gegebenenfalls auch öffentlich Gebrauch zu machen und zu sagen: „Ich mache nicht alles, was ich darf. Ich mache das, was das Virus nicht liebt: Ich vermeide Kontakte.“ Wenn wir alle uns daran halten und dafür werben, haben wir gute Chancen, dass wir am 10. Januar ein erhebliches Stück weiter sind als heute.

Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall – Zurufe, u. a.: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Fraktionsvorsitzender Stoch, bitte.

(Oh-Rufe – Weitere Zurufe)

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, nach dem, was Sie jetzt gerade in dieser zweiten Runde hier vorn am Pult erzählt haben,

(Zuruf)

(Andreas Stoch)

sehen Sie mich einigmaßen ratlos.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zurufe)

Denn das, was ich befürchtet hatte, dass diese Landesregierung, dass Sie persönlich uns – nicht nur dem Parlament, sondern auch den Menschen in Baden-Württemberg – keine Antworten geben können, wie es im neuen Jahr weitergeht,

(Zuruf: Glasklar!)

das macht mich nachdenklich. Sie fragten eingangs: Was sollen wir tun? Was hätten wir tun sollen? Ich möchte eines mal klar sagen – ich kann das für meine Fraktion so sagen –: Wir sind der Überzeugung, dass die gestern beschlossenen Maßnahmen richtig und wichtig sind, um dieses Infektionsgeschehen zu stoppen. Denn wir alle wollen uns nicht vorstellen, wie es wäre, wenn wir es einfach geschehen ließen, dass in den nächsten Tagen und Wochen noch mehr Druck auf unsere Kliniken, auf die Intensivstationen, auf Pflegerinnen und Pfleger, auf Ärztinnen und Ärzte zukommt.

Es ist doch eindeutig, dass eine bestimmte Zahl von Infektionen eine bestimmte Zahl von schweren Verläufen, auch von tödlichen Verläufen bedeutet. Wer dann so tut, als gäbe es eine Alternative zu diesen Maßnahmen, der handelt verantwortungslos, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr gut!)

Ich wollte das vorwegschicken, um Ihnen klarzumachen, was die Basis, auf der wir hier diskutieren, ist. Aber wir müssen doch als Parlamentarier hier drin, nachdem wir gemerkt haben, dass in den letzten Wochen wohl nicht alles so gut gelaufen ist, die Frage stellen: Was lernen wir aus den letzten Wochen für den Beginn des nächsten Jahres? Der Lerneffekt, Herr Röhm, ist pädagogisch wichtig.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gefragt: Was hätten wir tun sollen?

(Zurufe)

Nein, ich habe keine Glaskugel daheim; wir haben auch keine bei uns im Fraktionssaal. Wir haben uns aber, nachdem die Infektionszahlen schon im Oktober deutlich angestiegen sind, gefragt: Was könnte man tun? Wir haben hier in diesem Parlament, in den Parlamentsdebatten deutlich gemacht, dass wir die Maßnahmen, die damals getroffen wurden, zum Teil skeptisch bewerten, und zwar genau dort, wo wir das Gefühl hatten, dass die falschen Parameter bei der Entscheidung, welche Dinge wir jetzt nicht mehr erlauben, angelegt wurden.

Jetzt gehe ich mal bis in den März zurück, um Ihnen den Zusammenhang klarzumachen. Wir haben im März festgestellt, dass überall dort, wo ziemlich viele Menschen zusammenkommen und wo vielleicht nicht kontrolliert werden kann, wer zusammenkommt, die größte Gefahr besteht, sogenannte Superspreader-Ereignisse zu haben, wo das Virus unkontrolliert weitergegeben wird. Deswegen gibt es seit März keine Großveranstaltungen mehr mit vollen Stadien im Sport, deswegen gibt es auch keine großen Kulturveranstaltungen, wo man nicht weiß, wer neben wem steht – die großen Konzerte, die

großen Open-Air-Veranstaltungen sind in diesem Jahr alle ausgefallen. Grund war, dass wir vermeiden wollten, dass Menschen unkontrolliert nah beieinander sind – Stichwort Kontakte.

Über den Sommer haben wir ein Stück weit Normalität gelebt, aber Konzerte und volle Stadien gab es noch immer nicht. Wir haben gemerkt, dass über den September, Oktober hinweg – das haben uns Virologen vorhergesagt, nämlich dass sich die Situation ab dem Moment, ab dem wieder mehr in geschlossenen Räumen stattfindet, ändert – die Weitergabe der Viren wieder zunahm. Schon Ende Oktober, Anfang November haben wir hier im Parlament gesagt, dass es nicht reicht, zu unterscheiden, was wichtig und was nicht wichtig ist, sondern dass man fragen muss, bei welchem Ereignis eine hohe Gefahr der Weitergabe des Virus besteht und wo möglicherweise durch zusätzliche Maßnahmen das Risiko der Weitergabe des Virus gesenkt werden kann. – Nur, um das einmal in den Zusammenhang zu stellen.

Wir haben in unserem Entschließungsantrag, den wir vor sechs Wochen hier in dieses Parlament eingebracht haben, z. B. einen Vorschlag zum Arbeitnehmerschutz gemacht. Wir haben vorgeschlagen – Sie haben vorhin die Tätigkeit auf einer Baustelle als Beispiel genannt; diese kann man nicht im Homeoffice erledigen; völlig richtig –, dass es dort, wo sich Menschen durch ihre berufliche Tätigkeit begegnen, wo sie die Kontaktbeschränkung, den Abstand nicht einhalten können, besondere Schutzmaßnahmen braucht. In dem Entschließungsantrag von damals steht als Aufgabe für die Unternehmen, „ein der neuen Pandemielage angepasstes Hygiene- und Schutzkonzept zu erarbeiten“, und wir forderten auch, dies verstärkt zu kontrollieren.

Denn genau aus dem Grund, den Sie angesprochen haben, nämlich die Frage nach den Ereignissen, bei denen das Virus weitergegeben wird, haben wir gesagt: Dort, wo Menschen auf engem Raum zusammen sind, wo die Abstandsregeln nicht eingehalten werden können, muss man handeln. Wir haben nicht gesagt, dass das falsch ist, sondern dass zusätzliche Maßnahmen gebraucht werden.

Das Gleiche gilt doch für die Schulen: Wenn Sie sich in den letzten zwei, drei Monaten einmal die Zahlen des RKI angeschaut haben, dann stellen Sie fest, dass Kinder und Jugendliche zwar weniger oft an Covid-19 erkranken, dass sie aber, was die Infektionswahrscheinlichkeit angeht – und zwar, je älter die Schüler sind, desto mehr –, sehr wohl Träger und damit Überträger dieses Virus sein können.

Wenn dann 25 bis 30 Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren mit Lehrerinnen und Lehrern in einem Klassenzimmer sitzen, kann zwar durch Lüften das Risiko reduziert werden, aber das Risiko wird noch immer virulent bestehen, da in dieser Situation der Abstand nicht eingehalten werden kann.

Wir haben dann angesichts steigender Infektionszahlen hinterfragt, ob es möglich ist, diese Situation so weiterlaufen zu lassen, es in einer Pressekonferenz am 18. November angesprochen und hier im Landtag am 26. November einen Entschließungsantrag vorgelegt und darin gesagt, dass es, damit uns das Infektionsgeschehen nicht entgleitet, doch besser ist, Schulschließungen dadurch zu vermeiden, dass intelligente Konzepte, z. B. Wechselunterricht, eingeführt werden. Die

(Andreas Stoch)

sen hat übrigens irgendwann auch einmal Kollege Lucha als richtige Lösung beschrieben. Oder fährt man dann mit 180 gegen die Wand, bis man die Schulen komplett zumachen muss? Sie haben doch riesiges Glück, dass jetzt Weihnachtsferien sind. Andernfalls müssten Sie die Schulen drei oder vier Wochen zum Schaden der Kinder in diesem Land zusperren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Deswegen: Fragen Sie jetzt hier nicht, was Sie hätten tun können. Sie hätten sehr viel tun können. Vor allem müssen Sie – der 10. Januar ist übrigens ein Sonntag, Herr Gögel; da schicken wir niemanden in die Schule – den Schulen sagen, wie es ab dem 11. Januar eigentlich weitergeht. Nach dem, was Sie gerade auf die Frage von Frau Reich-Gutjahr gesagt haben, heißt das, dass Sie bei Inzidenzen von über 50 nicht wieder anfangen können, weil Sie dann in der Logik, die Sie hier gerade vertreten haben, sagen: „So lange können wir das nicht nachverfolgen, und deswegen können wir das nicht machen.“ Das ist übrigens das, was das RKI sagt: Bei einer Inzidenz von über 50 mindestens Wechselunterricht, wenn nicht Fernunterricht.

Ich bin ein großer Anhänger des Präsenzunterrichts, aber ich bin ein noch viel größerer Anhänger davon, Schulschließungen zu vermeiden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist der schlimmste Schaden, der hier gerade verursacht wird.

(Beifall)

Das Bildungssystem ist so komplex, wie es ist. Da kann ich nicht sagen: „Ich mache Schule, und auch Kitas müssen offen bleiben.“ Ich muss sagen, unter welchen Bedingungen ich Kitas und Schulen offen halten kann und mit welchen Modellen ich sie offen halten kann. Wo sind denn solche Konzepte? Das ist genau das, was wir von Ihnen wissen wollen. Das ist das, was die Lehrerinnen und Lehrer, die Schulleiter an der Schule wissen wollen. Wie sollen die denn den Zeitraum ab dem 11. Januar planen, wenn Sie ihnen nichts dazu sagen?

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Für mich ist das, was hier heute gesagt wurde, ein Ausdruck von – es tut mir sehr leid – großer Hilflosigkeit. Denn wir wissen nicht, was in den nächsten Wochen passiert. Wir können den Menschen draußen auch nicht sagen, was diese Landesregierung tut, falls die Sieben-Tage-Inzidenz sinkt – und zwar unter einen bestimmten Wert. Nur zu sagen: „unter 50“, das ist ein bisschen wenig. Wenn Sie einen Inzidenzwert von 100 haben – – Da haben manche Bundesländer wie z. B. Niedersachsen gesagt: „Wir gehen in den Wechselunterricht bei den höheren Klassen.“ Das wäre ja zumindest mal eine Ansage. Dann könnten sich die Schulen darauf vorbereiten. – Die Schulen sind übrigens darauf vorbereitet,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

und zwar nicht wegen des Kultusministeriums, Herr Röhm, sondern trotz des Kultusministeriums.

(Beifall)

Deswegen: Wenn wir hier über die richtigen Maßnahmen diskutieren, dann sollten wir nicht über die Frage diskutieren, was für die Gesellschaft wichtig ist und was nicht. Denn wir

würden die Akzeptanz bei den Menschen verlieren, wenn diese das Gefühl haben, hier würden Dinge gleich behandelt, die gar nicht gleich sind.

Wenn wir über die Maßnahmen sprechen, die unsere Wirtschaft ganz unmittelbar betreffen, dann müssen wir jetzt Lösungen suchen, um den Schaden so klein wie möglich zu halten. Das heißt für mich, dass natürlich im Einzelhandel dann auch Möglichkeiten da sein müssen, um Amazon nicht immer stärker werden zu lassen. Vielmehr müssen wir dem kleinen, familiengeführten Einzelhandel in Baden-Württemberg die Möglichkeit geben, beispielsweise durch einen solchen Bring-service in dieser wichtigen Zeit auch Umsatz zu machen. Dabei ist für mich wichtig, dass wir nicht mit der Sense durch das Land gehen, sondern dass wir unterschiedliche Dinge auch angemessen und korrekt unterschiedlich behandeln.

(Zuruf)

Das heißt für mich auch für Januar, Februar und März, dass Kneipen und Diskotheken nicht mit der Speisegastronomie gleichgestellt werden, wo viel Geld in Lüftungsanlagen investiert wurde und viel Geld in die Hand genommen wurde, damit die Menschen dort mit den entsprechenden Hygienekonzepten sicher sind.

(Beifall)

Es ist kein Widerspruch, wenn ich von Ihnen verlange, dass ein Konzept dafür vorgelegt wird, wie eine Wiedereröffnung aussehen kann. Das bedeutet eben nicht, dass ich die Ernsthaftigkeit der aktuellen Situation nicht annehmen würde.

Meine Damen und Herren, wir brauchen endlich einen Plan für Baden-Württemberg, wie dieses Land in die nächsten Monate kommt. Hier zu sagen: „Es wird durchgeimpft, und dann haben wir das Problem gelöst“ – mit Verlaub: Das ist unterkomplex. So werden wir dem Problem für Baden-Württemberg nicht gerecht, und so geben wir den Menschen auch keine Zuversicht für eine gute Zukunft.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, nun haben Sie das Wort.

(Zurufe von der AfD, u. a.: Moment mal! – Gegenruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Fraktionsvorsitzendenrunde! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, nehmen Sie die Herren Gögel und Rülke zuerst!)

– Herr Abg. Gögel, bitte.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, eine Erklärung für den nicht erfolgten Anruf gab es leider nicht. Ich nehme das mal so entgegen. In der Vergangenheit hat es funktioniert, und ich gehe davon aus, dass es auch in der Zukunft wieder funktionieren wird. Die Begründung – fehlende Positionen in der AfD – kann ich so auch nicht stehen lassen.

(Zurufe)

(Bernd Gögel)

In der AfD gibt es eine sehr, sehr große Mehrheit, die genau hinter den Positionen steht, die ich heute hier dargestellt habe.

(Beifall)

Diese große Mehrheit vertrete ich, und ich vertrete diese auch in der Fraktion der AfD. Dass es so wie in der Gesellschaft insgesamt auch in der AfD einzelne Menschen, einzelne Mitglieder gibt, die völlig konträre Ansichten zu diesem Thema haben, das mag sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie selber!)

Aber für mich gilt dies mit Sicherheit nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie widersprechen sich! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Sie widersprechen sich doch die ganze Zeit, Herr Rülke!)

– Ja, Herr Rülke kann mich da auch nicht aus dem Konzept bringen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben ja gar keins! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich habe da meine klare Position.

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich geäußert nach dem Motto: „Jetzt wird durchgeimpft, basta!“ Ich habe aber dieser Tage gelesen, dass einer Umfrage zufolge viele der Menschen, die in Pflegeeinrichtungen beschäftigt sind, sich nicht gegen Corona impfen lassen wollen. Das erschreckt mich persönlich, aber das müsste Sie eigentlich noch mehr beunruhigen. Denn es wäre ja eigentlich die Grundvoraussetzung, dass die Mitarbeiter in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern sich tatsächlich impfen lassen wollen. Da muss also noch einiges an Aufklärungsarbeit und Werbung betrieben werden.

(Zuruf)

„Jetzt wird durchgeimpft, basta!“, das funktioniert mit Sicherheit so nicht. Denn man muss auch die Bedenken der Menschen respektieren, die sagen: „Mir ist das ein zu hohes Risiko. Für mich ist das nicht ausreichend überprüft. Es liegen keine ausreichenden wissenschaftlichen Erkenntnisse vor.“ Auch diese Haltung nötigt Respekt ab, und das muss man auch akzeptieren.

(Vereinzelt Beifall)

Es kann auf jeden Fall nicht so laufen, dass diese Menschen an ihrem Arbeitsplatz unter Druck kommen, sich impfen zu lassen, da ihnen sonst ein Verlust des Arbeitsplatzes droht. Das wäre ein fataler Irrweg. Ich hoffe nicht, dass es so weit kommt.

(Zurufe)

Zu den Ausgangssperren:

(Zuruf: Es gibt gar keine Ausgangssperren!)

Es ist zwar richtig, dass man sagen kann: „Wir haben Ausgangssperren verhängt.“ Nur: Ob diese Maßnahme dann auch vor den Gerichten Bestand hat, das muss man abwarten. Denn Ausgangssperren – das habe ich in meiner Rede in der ersten

Runde schon erwähnt – sind einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie sind mit Sicherheit einer der größten Eingriffe in die Grundrechte der Bürger in unserem Land.

Hier muss man doch hinterfragen: Wer waren denn die Gruppen, die sich im Winter nachts nach 21 Uhr, 22 Uhr im Freien aufgehalten haben und Alkoholpartys gefeiert haben? Waren das nicht dieselben Gruppen, die hier in Stuttgart große Partys gefeiert haben?

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das stimmt!)

Die muss man dann auch mal benennen. Da muss man Ross und Reiter benennen.

(Zuruf)

Dafür kann man nicht die gesamte Bevölkerung in Geiselschaft nehmen

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

und einsperren, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Nennen Sie hier Ross und Reiter! Ganz im Ernst: Wer von uns möchte sich denn abends, nach 20 Uhr, wenn alles geschlossen ist, draußen aufhalten?

(Zuruf: Der Herr Fiechtner! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Der Herr Fiechtner? Das ist möglich. Er ist leider gerade nicht da.

(Zurufe)

– Ja, ja.

Noch mal zu Ihren Zahlen: 3 000, 4 000, viereinhalbtausend Menschen; das sind Menschen, die positiv getestet wurden – mit einem hoch fragwürdigen Testverfahren.

(Vereinzelt Beifall)

Da müssen Sie auch verfolgen: Wie viele von diesen positiv getesteten Menschen haben tatsächlich Symptome, haben einen Krankheitsverlauf, müssen zum Hausarzt, müssen eventuell ins Krankenhaus?

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wenn Sie diese Kette so nicht verfolgen können, dann müssen Sie die Kette von hinten her verfolgen: Wie viele Menschen mit einer solchen Erkrankung kommen tatsächlich ins Krankenhaus zur Behandlung, auf die Intensivstation oder werden sogar beatmet?

(Zuruf: Genau!)

Von dieser Seite aus müssen Sie dann beobachten, und dann können Sie daraus Ihre Maßnahmen ableiten.

(Zuruf)

Sie können aber nicht umgekehrt von den Testungen her vorgehen. – Ich weiß nicht, wie viele Menschen heute hier im

(Bernd Gögel)

Haus getestet wurden und wie viele Positiv- und wie viele Negativfälle es gab. Auf jeden Fall garantiere ich, dass auch hier bei den Testungen eine hohe Fehlerquote vorlag, wie in der Öffentlichkeit insgesamt.

(Beifall – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE:
Sie garantieren das?)

– Das kann ich Ihnen garantieren, ja. Sie müssen nur mal eins und eins zusammenzählen. Sie sollten anfangen, mehr zu lesen. Die Morgenlektüre bildet und bringt einen auf einen Wissensstand, bei dem man auch bei dem Thema, um das es hier geht, mitdebattieren kann.

Insgesamt ist festzuhalten: Unsere Position, die Position der AfD, habe ich hier klargemacht. Dafür stehen wir; die ist mehrheitsfähig. Und darüber möchten wir mit Ihnen auch in der Öffentlichkeit diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Der nächste Redner ist Herr Abg. Dr. Rülke für die FDP/DVP.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch mich, Herr Ministerpräsident, hat die Aussage etwas verblüfft, als Sie gesagt haben: „Wir impfen alle durch, und dann ist die Pandemie beendet.“ Also, ich habe es bisher so verstanden, dass auch Sie nicht für eine Impfpflicht eintreten.

Wenn man nun sieht, dass etwa 30 % der Bevölkerung – nach Umfragen; Sie zitieren ja gern Umfragen – erklären, sich nicht impfen lassen zu wollen, dann ist eigentlich die logische Schlussfolgerung aus Ihrer Aussage, dass diese Pandemie nie endet.

(Abg. Winfried Mack CDU: Nein, das muss man den Leuten erklären!)

– Ja, gut, Kollege Mack erklärt es den 30 %, und dann lassen sich alle impfen.

(Zurufe)

Wenn das gelingt, dann ist es gut. Aber, Kollege Mack, ich habe selbst bei Ihnen gewisse Zweifel, dass die härtesten Impfgegner sich von Abg. Mack von der Ostalb dazu bewegen lassen, sich impfen zu lassen. Also: Mit dieser Möglichkeit muss man immerhin rechnen.

(Zurufe, u. a.: Unterschätzen Sie den Kollegen nicht!
– Gegenrufe – Unruhe)

Wenn das so ist, dann reicht eben die Aussage nicht aus: „Wir impfen alle durch, und dann ist die Pandemie zu Ende“, sondern dann treffen wir uns möglicherweise an dem Punkt, an dem wir sagen: Wir werden an irgendeiner Stelle mit dem Virus leben müssen.

(Zurufe, u. a.: Das ist auch nicht schlimm!)

Natürlich wünschen wir uns, dass sich möglichst viele impfen lassen. Sie haben ja gesagt, Sie wollen die Eindämmungs-

strategie mit der Protektionsstrategie verbinden. Dann wird es weiter notwendig sein, vulnerable Gruppen, insbesondere auch in Alten- und Pflegeheimen, zu schützen. Aber irgendwann ist der Punkt erreicht, wo man sagt: Ja, jetzt sind hinreichend viele geimpft, jetzt haben wir die vulnerablen Gruppen geschützt, und jetzt müssen wir mit einem gewissen Restrisiko leben und dann die Gesellschaft, die Wirtschaft und die Schulen wieder öffnen.

Genau das ist der Punkt, bei dem Sie Antworten schuldig geblieben sind, Herr Ministerpräsident. Sie haben gesagt: Da fahren wir halt auf Sicht, und wenn es am 10. Januar noch immer einen Inzidenzwert von über 50 gibt, dann ändert sich gar nichts, und dann werden wir die Maßnahmen möglicherweise sogar noch verschärfen. Also, ich glaube mal, dass die Mehrheit der Bevölkerung da etwas mehr von der Politik erwartet als eine solche Aussage.

(Beifall)

Das ist nicht hinreichend.

(Beifall)

Natürlich können Sie sagen: „Die Vorschläge der Opposition,“ etwa der SPD-Fraktion – Kollege Stoch hat ja zitiert, was die SPD-Fraktion vorgeschlagen hat – oder unsere Vorschläge – die habe ich in jeder Landtagsdebatte zu diesem Thema zitiert – „die gefallen uns nicht, wir gehen einen anderen Weg.“ Aber Sie können doch nicht ernsthaft hier von diesem Redepult aus sagen: „Was soll ich denn machen? Sie haben keine Vorschläge.“

(Zuruf: So ist es!)

Diese Vorschläge lagen immer auf dem Tisch, Herr Ministerpräsident, und Sie setzen sich zu wenig mit diesen Vorschlägen auseinander, weil Sie stur auf dem beharren, was die Ministerpräsidentenkonferenz beschließt.

(Beifall)

Es ist doch erkennbar, dass da falsche Beschlüsse getroffen wurden, dass man gesagt hat: „Na ja, wir müssen sehen, wo wir Infektionen verhindern“, und Sie sagen dann so nonchalant: „Na ja, das Leben muss man nach vorn leben; hinterher ist man immer schlauer“, aber auf diejenigen, die es schon vorher gepredigt haben, will man halt nicht hören.

Es ist doch klar erkennbar: Wenn es, wie wir das immer betont haben, etwa im Hotel- und Gaststättengewerbe funktionierende Hygienekonzepte gibt und wenn man nicht nachweisen kann, dass in diesem Bereich ein besonderes Infektionsgeschehen stattfindet – und dann schließt man ausgerechnet diesen Bereich und wundert sich, dass man diese Pandemie nicht in den Griff bekommt –, dann muss man vielleicht auch mal darauf kommen, dass man es hätte vorher besser wissen können, Herr Ministerpräsident, und nicht nur hinterher schlauer ist.

(Beifall – Zuruf: So ist es!)

Abschließend zum Thema Schulen: Da gilt das Gleiche. Das haben Sie auch schön geredet, nach dem Motto: „Na ja, die Kultusministerin will das eine, der Ministerpräsident will das

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

andere, und dann ruckelt es halt ein bisschen und geht ein bisschen hin und her, aber das ist doch gar nicht schlimm, denn mit Wahlkampf hat das Ganze überhaupt nichts zu tun. Niemand in diesem Haus hat eine Wahl im Blick. Es findet eigentlich überhaupt keine Wahl statt.“ Also, Herr Ministerpräsident, für wie naiv halten Sie die Menschen in diesem Land und die Abgeordneten in diesem Haus?

Selbstverständlich geht es darum, Geländegewinne vor der Landtagswahl zu realisieren. Nur, wenn man das halt so macht wie die Regierung, dann hat man letztlich Verwirrung in der Bevölkerung und Verwirrung im Bildungswesen. Genau das ist eben nicht die Aufgabe der Politik, in einem solch wichtigen Bereich Verwirrung zu stiften, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es geht doch da um klare Ziele. Es geht darum: Das Beste für die Schülerinnen und Schüler ist Präsenzunterricht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Deshalb sollte man alles tun – Kollege Röhm bestätigt es –

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Kollege Röhm hat jahrzehntelange Erfahrung mit Präsenzunterricht.

(Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Karl Zimmermann CDU)

– Bitte?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb bin ich auch im Plenum präsent!)

– Sehen Sie, Kollege Zimmermann, Ihre Rolle gefällt mir immer besser. Das erinnert mich an eine Fernsehsendung – wie hieß sie? –, die „Muppet Show“. Das kam auch immer gern von da oben.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Karl Zimmermann CDU: Es fehlt noch der Zweite! – Heiterkeit)

Aber jetzt zurück zum Kollegen Röhm. – Es sind sogar drei.

(Zuruf)

Der Kollege Dörflinger rückt schon ab, da passt es. – Spaß beiseite. Kollege Röhm: Präsenzunterricht ist das Beste, und man sollte alles tun, um Präsenzunterricht zu gewährleisten. Wenn man nun feststellt – das ist im Moment der Fall –, dass ältere Schülerinnen und Schüler zu Infektionsherden beitragen und der Präsenzunterricht nicht mehr möglich ist, dann sollte man zu Fernunterricht kommen und nach Möglichkeit vermeiden, dass die Schüler gänzlich frühzeitig in die Ferien geschickt werden.

Jetzt muss man sich die Frage stellen: Warum funktioniert das nicht? Das funktioniert doch offensichtlich deshalb nicht, weil es Versäumnisse bei der Digitalisierung der Schulen gibt.

(Beifall)

Am heutigen Tag haben wir nichts gehört, Herr Ministerpräsident, was in die Richtung geht, dass Sie sagen: „Das räumen

wir ein“ oder: „Da haben wir Konzepte, um das zu verbessern.“ Es ist doch auch notwendig, darüber zu reden, wie wir die Kinder wieder an die Schulen bekommen – wenn nicht präsent, so zumindest im Fernunterricht. Welche Pläne haben Sie da für Schulöffnungen nach dem 10. Januar? Da sind Sie am heutigen Tag völlig blank gewesen, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jede Schule hat einen Plan! – Gegenruf: Ja, ja! Genau!)

Wir haben auch nicht gehört, was mit der Wirtschaft nach dem 10. Januar passiert. Das Einzige, was der Handel, die Gastronomie, all diese Bereiche, die Friseure etc., denen Sie jetzt den Lockdown verordnet haben, von dieser heutigen Debatte mitnehmen, ist: Wenn die Inzidenzzahl am 10. Januar noch immer höher ist als 50 – und zwar unabhängig von regionalen Schwerpunkten –, dann geht es für uns nicht weiter.

Herr Ministerpräsident, machen Sie sich eigentlich keine Vorstellung, was das für die Leute heißt? Sie brauchen doch eine Perspektive, sie brauchen eine gewisse Hoffnung. Die fehlt am heutigen Tag, und deshalb war das, was Sie am heutigen Tag geboten haben, so enttäuschend.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Schwarz, Sie haben das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat gesagt, man brauche eine Wenn-dann-Strategie. Herr Kollege Rülke fragt nach Perspektiven. Ich stelle mir, Herr Kollege Stoch, nach Ihrer Rede eher die Frage: Wo wollen Sie eigentlich hin? Das war jetzt sehr verwirrend, was Sie hier ausgeführt haben. Deswegen will ich Ihnen auf Ihre Frage nach einer Wenn-dann-Strategie, die Sie ja auch mit dem Antrag hinterlegt haben, eine ganz klare Antwort geben. Ich finde, der Ministerpräsident hat es vorhin im Grunde gut auf den Punkt gebracht: Es gibt zwei Möglichkeiten.

Möglichkeit eins: Die Zahlen gehen wieder herunter. Die Zahlen erreichen eine Inzidenz von 50 oder weniger als 50. Das heißt, wir haben das Infektionsgeschehen unter Kontrolle. Herr Kollege Stoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, das haben wir gemeinsam in Deutschland, in Baden-Württemberg schon einmal hinbekommen. Das haben wir im Frühjahr hinbekommen: dass wir nämlich die Kurve gebrochen haben. Ich bin mir sicher: Wenn wir die Maßnahmen einhalten, dann schaffen wir es, wieder unter diese Inzidenz zu kommen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Schwarz, Herr Abg. Keck von der FDP/DVP würde jetzt gern versuchen, seine Zwischenfrage zu stellen. Es hat vorhin nicht funktioniert.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lassen Sie mich noch das zweite Szenario darstellen. Dann lasse ich gern die Zwischenfrage zu.

Das ist das eine Szenario. Das führt dann dazu, dass wir wieder über das Aufheben von Maßnahmen diskutieren, so wie wir das im Frühjahr hier getan haben.

(Zuruf)

(Andreas Schwarz)

Dann können wir wieder über das Aufheben von Maßnahmen sprechen. Dann kann man darüber diskutieren, wie man beispielsweise bei den Museen, in den Bereichen Kunst und Kultur, Gastronomie, Tourismus etc. wieder in die Lockerungen kommt, genauso, wie wir das im Frühjahr gemacht haben. Das ist die eine Variante.

Die andere Variante, Herr Kollege Stoch – ich gehe davon aus, dass Sie sie gelesen haben –, ist die, die nicht so gut aussieht. Sie ist im Papier der Besprechung der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Kanzlerin unter Ziffer 12 vermerkt, mitgetragen von der Kanzlerin und allen Ministerpräsidenten, auch den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit SPD-Parteibuch.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Frau Schwarz ist sehr vernünftig!)

Denn dort heißt es unter Ziffer 12:

Bei weiter steigendem Infektionsgeschehen sind zusätzliche Maßnahmen erforderlich.

Genau deshalb sind jetzt diese harten Lockdown-Maßnahmen beschlossen worden, werden diese harten Maßnahmen kommen. Das heißt, wir brauchen keine Wenn-dann-Strategie, wie sie von Ihnen vorgelegt wurde, sondern das jetzt notwendige Verhalten ist doch klar: Das Ziel ist, herunterzukommen, auf unter 50 zu kommen. Daran arbeiten wir. Darum geht es uns. Das ist das Ziel meiner Fraktion: das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bringen, sodass wir dann quasi wieder zu einem normalen Alltag kommen können.

(Beifall)

Jetzt, Herr Kollege Keck.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Keck, wollen Sie bitte Ihre Zwischenfrage jetzt stellen?

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Ja. – Vielen herzlichen Dank, Herr Schwarz. Eigentlich wollte ich den Herrn Ministerpräsidenten fragen, aber man hat mich oben nicht gesehen.

Meine Frage ist einfach: Wie finden von Ihrer Seite, vonseiten der Regierung Gespräche mit den Schweizer Nachbarn statt? Ich komme aus dem Landkreis Konstanz, direkt an der Grenze zur Schweiz. Der Herr Ministerpräsident spricht zu Recht vom Drücken der Inzidenzzahlen auf 100, auf 50. Dann gibt es wieder eine Perspektive, alles zu öffnen. Wir haben bei uns und in ganz Baden-Württemberg die Gastronomie seit sechs Wochen geschlossen; das bedeutet ein Berufsverbot.

Dementsprechend frage ich: Wie finden Gespräche Ihrerseits mit den Schweizer Nachbarn statt, wo die Inzidenz in den Nachbarkantonen bei 600 und mehr liegt?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Diese Frage, Herr Kollege, müssen Sie in der Tat an die Regierung richten. Ich weiß, dass der Ministerpräsident im engen Austausch mit den Schweizer Behörden steht, auch die Abgeordneten meiner Fraktion. Beispielsweise der Kollege Frey als Präsident des Oberrheins ist im regen Austausch mit der Schweiz. Wir haben ja ein Interesse daran, dass man da nach Möglichkeit kohärente Regelungen schafft.

Ich bin mir sicher, dass auch Frau Staatsministerin Schopper Ihnen im Nachgang zur Sitzung nochmals ausführlich berichten kann, welche Gespräche schon mit den Schweizer Behörden geführt worden sind.

Jetzt ist hier über den Präsenzunterricht diskutiert worden. Da sage ich ganz klar, Herr Kollege Stoch: Da gibt es kein Schwarz oder Weiß, kein Ja oder Nein. Auch hier müssen wir einen angemessenen Weg vorgeben. Ich bringe nochmals unseren Vorschlag in die Diskussion ein, dass wir sehr genau prüfen, wie wir ab dem neuen Jahr – beispielsweise ab Klasse 8, denn da sind die Schülerinnen und Schüler verstärkt in der Lage, mit digitalen Medien zu arbeiten – in den Wechselunterricht einsteigen,

(Zurufe)

dass wir den Schulen den entsprechenden Rückhalt geben und sie dabei unterstützen, ab Klasse 8 Wechselunterrichtsmodelle, Präsenz- und Fernunterricht zu ermöglichen. Ich finde, das sollten wir tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf)

Zu den Punkten, die die FDP/DVP vorgebracht hat: Ich bin zunächst dem Ministerpräsidenten dankbar, Herr Kollege Schweickert, dass die Frage zu den Bringdiensten so deutlich beantwortet wurde, dass quasi auch die Händlerinnen und Händler die Möglichkeit haben, die Waren, die bestellt worden sind, zu den Kunden nach Hause zu bringen. Ich finde, das ist ein wichtiges Signal, um auch dem inhabergeführten Einzelhandel Unterstützung zu signalisieren.

Die Punkte allerdings, die die FDP/DVP in ihrem Entschließungsantrag vorbringt, sind, gelinde gesagt, in meinen Augen nur wichtige Begleitmaßnahmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es ist nicht zielführend, das, was am Wochenende beschlossen wurde, einfach in die Tonne zu treten.

(Zuruf)

Das, was Sie hier aufgeschrieben haben, Herr Kollege Rülke: Schnelltests in Pflegeheimen – machen wir; Luftfiltergeräte anzuschaffen ist zumindest für die Räume, die schlecht belüftet werden können, eine sinnvolle Ergänzung; FFP2-Masken auch für Lehrerinnen und Lehrer, auch in Grundschulen auszugeben ist eine sehr sinnvolle Maßnahme; den Fernunterricht ab Klasse 8 habe ich gerade angesprochen. Das alles sind gute Begleitmaßnahmen. Aber sowohl Sie als auch die SPD haben in Ihren Anträgen einen ganz wesentlichen Punkt vergessen: Der wesentliche Punkt ist nämlich, dass wir die Landesregierung bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützen, die die Ministerpräsidenten mit der Kanzlerin am Wochenende beschlossen haben.

(Zurufe)

Bei der SPD taucht dieser Punkt nicht auf.

(Unruhe)

Bei Ihnen, Herr Rülke, habe ich es

(Zurufe)

(Andreas Schwarz)

so dezidiert auch nicht gefunden. Es ist für mich das Wesensmerkmal, dass wir, der Landtag, hier die Beschlüsse vom Wochenende mit einem klaren Haken versehen, dass wir uns hinter diese Beschlüsse stellen, dass wir sie unterstützen. Das ist wichtig, um jetzt das Infektionsgeschehen in den Griff zu bekommen. Alle anderen Maßnahmen kann man on top machen. Aber wir sollten uns gemeinsam hinter diese Beschlüsse stellen. So können wir die Ausbreitung des Virus eindämmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Reinhart, jetzt haben Sie das Wort.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorab möchte ich sagen: Wir sollten uns nicht bemühen, Gegensätze zu suchen, die es in Teilen gar nicht gibt. Ich glaube,

(Zuruf)

wir alle teilen den Satz, dass es gut ist, wenn – wie der Ministerpräsident sagt – durchgeimpft wird. Seien wir doch alle froh, dass die Wissenschaft in einem Tempo, und zwar in einem Erfindungstempo, das atemberaubend in der Geschichte ist, Impfstoffe entwickelt hat, die sogar aus Deutschland stammen – in dieser kurzen Zeit –, die bereits in Großbritannien und in den USA notzulassen sind und hoffentlich in wenigen Tagen auch in den 27 Ländern der Europäischen Union zugelassen werden.

Denn das ist natürlich einer der großen Hoffnungsschimmer, die uns eine Perspektive geben, die uns die Chance eröffnen, dass wir im Januar, im Februar, im März aus der Pandemie herauskommen. Jetzt werden die Impfzentren eingerichtet, und wir alle haben damit endlich die Aussicht, diesen Schutz zu erhalten.

Wollen wir alle hoffen, dass es nicht bei 50 % Ablehnung bleibt. Wir müssen alles dafür tun, dass 70, 80, 90 % bereit sind, sich impfen zu lassen. Denn dann entsteht genau das, was wir brauchen, nämlich die gewünschte Herdenimmunität.

Ich will darüber hinaus auch auf die Vorhaltungen eingehen. Kollege Rülke hat gefragt: Was ist mit der Wirtschaft? Ich will vorab schon sagen, auch an die Kolleginnen und Kollegen von der FDP/DVP gerichtet: Beim letzten Mal – im Oktober, November – haben Sie die Lockdown-Maßnahmen, die noch viel milder waren, teilweise kritisiert.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, weil sie falsch waren!)

– Ja, jetzt sagen Sie, weil sie falsch waren. Sie haben kritisiert, dass sie nicht weit genug – –

(Zuruf: Nein, wir nicht!)

– Entschuldigung, dass es Ihnen zu wenig weit geht, das war im Grunde der Tenor.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was haben wir gesagt? – Zuruf: Andersrum!)

Insoweit will ich nur sagen – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das müssen Sie noch mal nachlesen!)

– Herr Kollege, da muss man fair bleiben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das müssen Sie noch mal nachlesen im Plenarprotokoll!)

Sie wissen, ich schätze Ihre Beiträge sehr, aber ich erwarte Fairness auch gegenüber der Regierung. Denn im Grunde müssen wir damit immer sorgfältig, mit gewissenhafter Abwägung umgehen. Und ich sehe die Kritik in der Ex-post-Betrachtung als inkonsequent an.

Damit komme ich auch zur Wirtschaft. Ich empfehle jedem einen Artikel von Marc Beise in der heutigen Ausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ zur Lektüre. Er sagt im Grunde, dass die Schließungen in der Wirtschaft eine Zukunftsinvestition darstellen, weil der Lockdown die Wirtschaft in Wirklichkeit schützt.

(Widerspruch)

– Ja natürlich, die Wirtschaft schützt. Denn das ist im Grunde der einzige Weg, damit wir überhaupt eine Zukunftsperspektive bekommen und die Zahl der Infizierten letztlich nicht auf Millionenhöhe steigt, was die Wirtschaft wirklich steil in die Rezession treiben würde.

(Beifall)

Dem schließt sich übrigens selbst der Chef des ifo Instituts, Clemens Fuest, an, der heute genauso gesagt hat: Das ist exakt die einzige Maßnahme, jetzt genau die Zeit, in der über Weihnachten und Neujahr alles heruntergedimmt ist, zu nutzen, um nach dem 10. Januar wieder eine Perspektive zu bekommen.

(Zurufe)

Im Übrigen stand der Termin 10. Januar bei uns in Baden-Württemberg in den Schulen ja Gott sei Dank schon fest; keine Frage. Seien wir froh, dass wir diese längeren Schulferien bis 10. Januar haben.

Jetzt wird zu Recht gefragt: Wie geht es danach weiter? Ich kann nur eines sagen: Alle 16 Länder haben sich auf sechs Seiten – ich wiederhole das noch einmal – über das weitere Vorgehen geeinigt – übrigens auch, was die Schulen betrifft. Unter Ziffer 7 steht:

Im Zeitraum bis 10. Januar „sollen ... die Kontakte deutlich eingeschränkt werden“:

Kinder sollen in dieser Zeit, wann immer möglich, zu Hause betreut werden. Daher werden in diesem Zeitraum die Schulen grundsätzlich geschlossen oder die Präsenzpflicht wird ausgesetzt. Es wird eine Notfallbetreuung sichergestellt und Distanzlernen angeboten. Für Abschlussklassen können gesonderte Regelungen vorgesehen werden. In Kindertagesstätten wird analog verfahren. Für Eltern werden zusätzliche Möglichkeiten geschaffen, für die Betreuung der Kinder im genannten Zeitraum bezahlten Urlaub zu nehmen.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Genau das wird gemacht. Genau darauf haben sich jetzt die Kultusminister in der KMK übereinstimmend geeinigt.

(Zuruf)

Und genau das haben auch die sieben Regierungschefinnen und -chefs der SPD so mit unterschrieben und beschlossen. Nichts anderes passiert in Baden-Württemberg als das, was der Ministerpräsident hier vorgetragen hat.

(Zuruf)

Insoweit, finde ich, sollte man einfach – –

(Zuruf)

– Ich habe schon in der Tenorierung Kritik gegenüber dem, was der Ministerpräsident hier ausgeführt hat, von Ihnen vernommen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Weil er nicht sagt, was er abgelehnt hat!)

– Ja gut, auch dazu wollte ich Ihnen sagen: Die haben bereits am 5. beschlossen – –

(Zuruf)

– Herr Kollege Stoch, jetzt bleiben Sie doch einmal ganz normal dabei, was darin steht, was Ihre Kolleginnen und Kollegen – auch in den SPD-geführten Ländern – vereinbart haben: dass man sich am 5. Januar erneut zu einer Ministerpräsidentenkonferenz trifft, dort logischerweise die Lage analysiert – woher kommen wir, wo stehen wir? –, dass wir alle die Hoffnung haben, dass wir die Inzidenzwerte unter 50 bekommen, und dann am 11. Januar die Schule normal beginnen lassen können. Wenn das nicht der Fall ist, muss logischerweise mit Alternativmodellen trotzdem dafür gesorgt werden, dass die Bildung möglichst stark, breit und gut für die Kinder und die jungen Leute in unserem Land, die die Schule besuchen, gesichert bleibt.

Wir haben doch gar keine Alternative. Und ich finde, wir sollten auch nicht streiten, weil wir in der Sache doch alle das Gleiche wollen. Insoweit muss ich wirklich sagen: Ich sehe am Zielhorizont überhaupt keinen Unterschied in der Auffassung. Deshalb appelliere ich an die Bereitschaft zum Konsens, gerade auch in unseren demokratischen Parteien; denn hier gilt es jetzt, in diesen schweren Wochen und Monaten überparteilich im Sinne der Gemeinsamkeit zusammenzustehen.

(Beifall)

Abschließend plädiere ich für Folgendes: Wir haben mit den Kolleginnen und Kollegen der Grünen – mit denen wir übrigens viel besser zusammenarbeiten, als Sie es hier gern darstellen – –

(Heiterkeit – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Klotz am Bein!)

– Ich kann Sie in Ihrer Sehnsucht ja verstehen; aber, Herr Kollege Rülke, bleiben Sie einmal ganz gelassen.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Ich wollte Ihnen nur empfehlen, einen Blick – –

– Ja, gut, ich habe ja die klaren Aussagen des Ministerpräsidenten vernommen, der sich sogar gegen die eigene Parteientscheidung gewandt hat. Insoweit kann ich Ihnen versichern: Die Ehe ist stabil, Herr Kollege Rülke.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Reinhart, Frau Abg. Reich-Gutjahr würde gern eine Frage stellen.

(Unruhe)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bitte sehr.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Bitte, Frau Abg. Reich-Gutjahr.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Reinhart. – Sie haben sehr viel zu den Schulen ausgeführt, aber es gibt ja noch einen zweiten Bereich, der heute auch schon zur Sprache kam: die Wirtschaft. Der Kollege Keck hatte gerade nach der Schweizer Seite gefragt, die ja die Restaurants geöffnet hat und damit ihre Erfahrungen sammelt.

Ich habe von Ihnen noch nichts zu der Frage gehört: Was passiert, wenn die Zahlen jetzt so hoch bleiben, mit all den Berufsgruppen, die im Moment keine Perspektive für ihre Geschäfte haben? Was ist dazu Ihre Überlegung?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich kann Ihnen nur genau das antworten, was im Grunde die Ökonomen, die Sachverständigen – deshalb habe ich es gerade zitiert –

(Abg. Anton Baron AfD: Sie sind nicht sachverständig?)

heute gesagt haben. Ich bin nicht klüger als die Professoren und Sachverständigen bzw. der Sachverständigenrat

(Zuruf: Wer sind die?)

und auch nicht klüger als das ifo Institut.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Fragen Sie doch mal einen Unternehmer!

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich will Ihnen nur sagen, die sagen alle miteinander – – Es geht ja darum: Was kann man im Moment an alternativem Handeln wählen? Dazu sagen sowohl das ifo Institut als auch der erwähnte Experte und alle anderen Experten – wenn Sie sich das heute einmal in der „Süddeutschen Zeitung“ anschauen –: Es gibt im Moment keine vernünftige Alternative zum Lockdown. Und genau das sei die richtige Alternative, weil nur dadurch ab Mitte Januar wieder Perspektiven für die Wirtschaft entstehen.

Eines möchte ich hinzufügen: Der Bund und die Ministerpräsidenten – –

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Das ist nicht der Punkt. Entschuldigung! Ich habe nicht von der Ministerpräsidentenrunde gesprochen, ich habe von danach gesprochen.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Der Ministerpräsident, Frau Kollegin Reich-Gutjahr, hat klar erklärt, dass die Überbrückungshilfe bis zum 30. Juni nächsten Jahres sogar ausgeweitet wird. Es kommt sogar hinzu, dass die Zuschussbeträ-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

ge auf 500 000 € erhöht werden, wie wir gehört haben. Außerdem gilt weiterhin der gesamte Instrumentenkasten sowohl vom Bund als auch vom Land. Ich erinnere auch an den Instrumentenkasten der L-Bank, Liquidität plus Bürgschaften etc.

Insoweit werden wir auch hier alle miteinander nur dahin gehend unterwegs sein können, dass wir sagen: Nur wenn jetzt die Perspektive geschaffen wird – deshalb wird sie auch so schnell geschaffen; also schon am 16. Dezember und nicht erst nach Weihnachten haben wir die Perspektive –, kann es Mitte Januar vernünftig weitergehen. Wenn dies nicht der Fall wäre, so bin ich überzeugt davon, dass am 5. Januar in der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz in der Analyse diskutiert werden muss: Wie kommen wir nun voran?

Auf eines setze ich, und dafür werbe ich auch: dass so schnell wie möglich mit der Impfstrategie der Impfstraßen, die der Sozialminister für das Land vorgestellt hat, nicht nur im Land begonnen wird, sondern jetzt auch in den 44 Stadt- und Landkreisen, weil uns das eine parallele Perspektive geben wird und geben muss.

Wenn Sie unseren Antrag anschauen, Frau Kollegin, dann sehen Sie, dass wir darin die Vereinbarungen der Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern vom 13. Dezember für wirksam und angemessen erachten, die Gesundheit der Menschen zu schützen, dass wir das unterstützen – stimmen Sie bitte nachher unserem Entschließungsantrag zu – und dass es zur Abwendung der Gefahr gerade nötig ist, Impfzentren in allen Regionen des Landes aufzubauen und einzurichten, sodass bald mit den ersten Impfungen begonnen werden kann. Auch das ist eine Ziffer in unserem Entschließungsantrag.

Es geht weiter damit, dass wir vor allem die wesentlichen Einschränkungen der Lebensführung und der bisher bekannten Freiheiten feststellen und versuchen, Eigenverantwortlichkeit, Solidarität und Rücksichtnahme der Menschen untereinander voranzubringen. Insoweit sehen Sie, wenn Sie unseren Antrag insgesamt lesen, worum wir ersuchen.

Deshalb glaube ich, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir alle sind jetzt gefordert, um in den nächsten drei Wochen mit Maß, Ziel, Zusammenhalt, Solidarität, auch mit diesen Maßnahmen, gut durch die Krise zu kommen, um mit einem ruhigen, auch stilleren Weihnachtsfest und einem Jahreswechsel mit guten Perspektiven ins neue Jahr gehen zu können, damit wir hoffentlich all denen wieder Perspektiven geben können, die sehnlichst darauf warten – auch wir alle hier in diesem Parlament.

(Beifall)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann sind wir im Prinzip am Ende der Sitzung bzw. dieses Tagesordnungspunkts angekommen.

Wir müssen noch über die vorliegenden Entschließungsanträge abstimmen.

Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/9530. Ich darf Sie bitten, hier jetzt abzustimmen. Wer stimmt dem Antrag der SPD zu? – Danke. Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zu dem Antrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9531. Ich schlage vor, dass wir über die beiden Abschnitte I und II insgesamt abstimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer also dem Antrag Drucksache 16/9531 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Entschließungsantrag mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Anton Baron AfD: Frau Kurtz, der Herr Stein möchte kurz eine Erklärung abgeben!)

– Ich bin noch nicht fertig.

(Zuruf: Es geht um eine Erklärung zur Abstimmung!)

– Das machen wir zum Schluss. Er hat mir das schon angekündigt.

Wir kommen jetzt zum Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/9532. Ich schlage auch hier vor, dass wir über die Abschnitte I und II zusammen abstimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt dem Antrag der FDP/DVP-Fraktion zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt hat Herr Abg. Stein noch eine Erklärung zur Abstimmung zu seinem Abstimmungsverhalten zum Antrag der Regierungsfractionen angemeldet.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Darauf warten alle sehnsüchtig!)

Abg. Udo Stein AfD: Danke schön, Frau Präsident. – Herr Rülke, als Demokrat müssen Sie einfach damit leben, dass es mein gutes Recht ist, hier mein Abstimmungsverhalten zu erklären.

(Unruhe)

Ich möchte Corona keinesfalls leugnen. Corona kann eine sehr schlimme Krankheit sein. Ich möchte aber kurz auf die Zahlen eingehen. Herr Ministerpräsident, Sie haben hier sehr viele Zahlen genannt. Da möchte ich den Gesundheitsminister Jens Spahn vom 14. Juni 2020 zitieren:

Wir müssen jetzt aufpassen, dass wir nicht nachher durch zu umfangreiches Testen ... zu viele falsch Positive haben. Weil die Tests nicht 100 Prozent genau sind, sondern eine kleine, aber auch eine Fehlerquote haben.

Herr Kretschmann, da appelliere ich jetzt einfach mal an Sie, dass man die Gesamttestzahl nimmt, um die möglichen Fehlerquoten aus Ihren Zahlen herauszunehmen. – Sie schütteln jetzt den Kopf. Dann liefern Sie doch einfach mal die Zahlen. Hören Sie auf, hier dauernd Ihre falschen Testzahlen nach vorn zu stellen.

(Zurufe – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Er erklärt kurz, warum er gegen den Antrag gestimmt hat.

Abg. Udo Stein AfD: Genau, das darf man auch begründen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das lassen wir jetzt zu, und dann ist es gut.

Abg. Udo Stein AfD: Herr Kretschmann, ich kann dem auch nicht zustimmen, wenn Sie sagen: „Wir müssen impfen, impfen, impfen, und dann ist alles gut.“ Die Bürger sind nicht die Laborratten der Regierung.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Dr. Christina Baum AfD:
Sehr richtig!)

Genau aus diesen Gründen lehne ich Ihren Antrag ab. Ich kann es auch mit meinem Gewissen nicht vereinbaren, was Sie hier gerade der Bevölkerung antun. Als freiheitsliebender Mensch kann ich das gleich zweimal nicht tun.

(Zuruf: Pfui Teufel! – Gegenruf: Hey!)

Frau Präsident, wenn das, was Sie hier machen, so weitergeht, dann heißt das für viele in unserem Land: „Grüß Gott, Bankrott.“ Das werde ich nicht mittragen.

(Beifall – Zurufe, u. a.: Sehr richtig! – Geh doch nach drüben!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Es wurden ein paar Sachen in den Raum gerufen, die auch nicht ganz in Ordnung waren.

(Zurufe, u. a.: Dann können Sie ja Ordnungsrufe erteilen!)

Ich bitte Sie darum, in Zukunft davon Abstand zu nehmen, bei einer Erklärung zur Abstimmung alles zu diffamieren.

Jetzt kommt noch der Hinweis, dass wir uns am Mittwoch, 16. Dezember 2020, um 9:00 Uhr zur nächsten Plenarsitzung wiedertreffen. Wir haben zwei lange Plenartage vor uns. Ich hoffe, dass Sie das mit Disziplin gut durchhalten.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 17:51 Uhr